

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
<b>L-01: Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin (von: Landesvorstand (beschlossen am: 12.09.2019))</b>			
L-01-001	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<b>Von Zeile 1 bis 3:</b>  <u>Wir tragen die Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. Unsere Vision ist, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können - unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien. Alle Kinder haben das Recht auf Teilhabe, Chancengleichheit und Empowerment.</u> Berlin ist <u>jedoch</u> Hauptstadt der Kinderarmut, jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. <del>Der Kindergeburtstag, der Schulausflug –</del> Dinge,	modifizierte Übernahme:  "Kinder haben Rechte! Vor 30 Jahren wurde die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet - ihre Umsetzung einzufordern hat jedoch nicht an Aktualität verloren. Alle Kinder haben das Recht auf Teilhabe, Chancengleichheit und Empowerment. Berlin ist jedoch die Hauptstadt der Kinderarmut..."
L-01-002	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>Von Zeile 2 bis 3:</b>  <del>Berlin ist Hauptstadt der Kinderarmut, jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. Der Kindergeburtstag, der Schulausflug.</del> Es geht hierbei nicht nur um 180.000 Kinder, deren Eltern auf <u>Transferleistungen angewiesen sind, sondern auch diejenigen, die sozial, kulturell, materiell bzw. finanziell benachteiligt sind.</u> <del>Der Kindergeburtstag, der Schulausflug, der volle Kühlschrank –</del> Dinge,	Übernahme
L-01-006	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<b>In Zeile 6 einfügen:</b>  Deutschland nicht hinnehmbar. <u>Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können – und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.</u>	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-006-2	Klemens Griesehop (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 6 einfügen:</b></p> <p><b>Deutschland nicht hinnehmbar.</b></p> <p><u>Unter "alle Kinder" verstehen wir auch in Obdachlosigkeit gedrückte Kinder und Jugendliche sowie Kinder und Jugendliche von Familien in Sammelunterkünften. Berlin schließt wohnungslose Geflüchtete mit Kindern weiterhin vom Wohnberechtigungsschein aus. In der Koalitionsvereinbarung "Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weit offen." steht: "Die Koalition wird prüfen, wie Geflüchteten die Anmietung einer Wohnung mit Wohnberechtigungsschein ermöglicht werden kann und bezieht dabei die Praxis von Niedersachsen und Bremen mit ein."</u></p> <p><u>Wir fordern vom Berliner Senat und insbesondere die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen alle rechtlichen Gestaltungsräume auszuschöpfen, um die Wohnungslosigkeit geflüchteter Familien zu beenden. Dazu gehört auch, sie nicht länger vom Wohnberechtigungsschein (WBS) auszuschließen und bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften Kontingente für geflüchtete Familien bereitzustellen. Spätestens nach 6 Monaten muss diesen Familien eine Wohnung zugewiesen werden.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 264:</b> "Besonders dramatisch ist die Situation für wohnungslose geflüchtete Familien. Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen alle rechtlichen Gestaltungsräume ausschöpft, um die Wohnungslosigkeit geflüchteter Familien zu beenden. Dazu gehört auch, sie unabhängig vom Aufenthaltsstatus nicht länger vom Wohnberechtigungsschein (WBS) auszuschließen und bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften Kontingente für geflüchtete Familien bereitzustellen. Spätestens nach sechs Monaten soll diesen Familien eine Wohnung zugewiesen werden."</p> <p>Dadurch auch L-01-264 erledigt</p>
L-01-007	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<p><b>Von Zeile 7 bis 11 löschen:</b></p> <p><del>Armut nimmt strukturell und systematisch Chancen, Zuversicht und Teilhabe. Kinder tragen nie die Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung in ihrer Familie. Sie nehmen die Sorgen wahr und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt.</del></p>	zurückgezogen
L-01-008	Bernd Schwarz (KV Berlin-Reinickendorf)	<p><b>Von Zeile 8 bis 11:</b></p> <p><b>die Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung in ihrer Familie.</b> Sie nehmen die Sorgen wahr und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern <del>und</del> <u>Sie</u> erleben soziale Diskriminierung <u>und werden häufig Opfer von Klassismus und Exklusion.</u> Armut nimmt Hoffnung und <del>entmutigt</del> <u>kann entmutigen.</u></p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-011	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<p><b>In Zeile 11 einfügen:</b></p> <p><b>Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt.</b> <u>Es ist nicht hinnehmbar, dass in einem Land wie Deutschland, dass zu den reichsten Ländern der Erde gehört, Armut vielerorts heute vererbt und als normal angesehen wird.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>"Armut wird heute vielerorts vererbt und als normal angesehen, dass wollen wir nicht länger hinnehmen."</p>
L-01-011-2	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<p><b>In Zeile 11 einfügen:</b></p> <p>Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt. <u>Es ist nicht hinnehmbar, dass in einem Land wie Deutschland, dass zu den reichsten Ländern der Erde gehört, Armut vielerorts heute vererbt und als normal angesehen wird.</u></p>	erledigt durch L-01-11
L-01-013	Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<p><b>Von Zeile 13 bis 16:</b></p> <p><del>Besonders betroffen sind die Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Und auch, wenn Eltern ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko. Unabhängig davon, ob ihre Eltern arbeiten, sind Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem Migrationshintergrund und auch Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen besonders betroffen. Dass damit die Schwächsten</del></p>	Übernahme
L-01-015	Fatos Topac (Abteilung Gesundheit und Soziales)	<p><b>In Zeile 15 einfügen:</b></p> <p>Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. <u>Ebenso sind Kinder besonders dann von Armut betroffen, wenn ihre Eltern sucht- bzw. psychisch krank sind. Dieses gilt auch gerade für Familien mit Pflegebedürftigen, seien es die pflegebedürftigen Kinder, die eine Erwerbstätigkeit ihrer Eltern fast unmöglich machen oder pflegebedürftige Eltern, die kein Erwerbseinkommen haben.</u> Und auch, wenn Eltern</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 14 nach "Geschwister":</b> "Kinder von sucht- bzw. psychisch kranken Eltern" <b>und in Zeile 16 nach "bekommen":</b> "oder ein Kind oder ein Elternteil pflegebedürftig wird"</p>
L-01-015-2	Fatos Topac (Abteilung Gesundheit und Soziales)	<p><b>In Zeile 15 einfügen:</b></p> <p>Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. <u>Ebenso sind Kinder besonders dann von Armut betroffen, wenn ihre Eltern sucht- bzw. psychisch krank sind. Dieses gilt auch gerade für Familien mit Pflegebedürftigen, seien es die pflegebedürftigen Kinder, die eine Erwerbstätigkeit ihrer Eltern z.T. fast unmöglich machen oder pflegebedürftige Eltern, die kein Erwerbseinkommen haben.</u></p>	erledigt durch L01-15

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-016	Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<b>Von Zeile 16 bis 17:</b>  <b>ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko. Dass damit die Schwächsten der Menschen, die durch rassistische, sexistische und behindertenfeindliche Einstellungen oder sonstige Diskriminierungen in unserer Gesellschaft besonders noch einmal zusätzlich unter Druck <u>stehen gesetzt werden</u>, nehmen wir nicht hin! Deshalb entwickeln die</b>	Übernahme
L-01-020	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<b>In Zeile 20 einfügen:</b>  <b>von armen Familien in Berlin, <u>die im kommenden Jahr vorgelegt wird</u>.</b>	Übernahme
L-01-020-2	Taylan Kurt (KV Mitte)	<b>In Zeile 20 einfügen:</b>  <b>von armen Familien in Berlin. <u>Wir erwarten von der zuständigen Senatsverwaltung, dass durch die Kommission zeitnah konkrete Maßnahmen vorgelegt werden</u>.</b>	modifizierte Übernahme:  "Wir erwarten, dass hier von der zuständigen Senatsverwaltung konkrete Maßnahmen vorgeschlagen und zeitnah umgesetzt werden."
L-01-021	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<b>Von Zeile 21 bis 22 löschen:</b>  <b>Die allermeisten Eltern tun alles dafür, dass es ihren Kindern gut geht <del>und sie die Armut nicht spüren</del>. Eltern sparen an sich selbst, aber auf dem Weg aus der Armut ihrer Kinder</b>	Übernahme
L-01-025	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<b>In Zeile 25:</b>  <b><del>Antragsverfahren</del> <u>Unterstützungssysteme</u> sind der Hauptgrund für eine hohe Dunkelziffer verdeckter Armut.</b>	Übernahme
L-01-027	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>Von Zeile 27 bis 34 löschen:</b>  <b><del>gewaltig. Während in den Bezirken Neukölln und Mitte Armut jedes zweite Kind betrifft, ist in Pankow und Steglitz-Zehlendorf „nur“ etwa jedes 8. arm. Im Märkischen Viertel sind weiterhin weit mehr als die Hälfte aller Kinder arm, im benachbarten Lütbars „nur“ jedes 16. Kind; im Gesundbrunnen fast zwei Drittel aller Kinder, im benachbarten Stadtteil Mitte dagegen „nur“ jedes 7. Kind und im Prenzlauer Berg „nur“ jedes 10. Kind. Noch krasser sind die Unterschiede zwischen Hellersdorf und Mahlsdorf: Während Kinder in Mahlsdorf nur in Einzelfällen von Armut betroffen sind, trifft es in Hellersdorf fast die Hälfte aller Kinder.</del></b>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 34 nach "Kinder":</b> "Das zeigt: Wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, so ist Kinderarmut doch in allen Stadtteilen ein Problem. Wir setzen deshalb mit Maßnahmen an, die individuell alle Familien erreichen, egal in welchem Stadtteil sie leben. Darüber hinaus müssen jedoch die Kieze, wo besonders viele Familien von Armut betroffen sind, besonders in den Blick genommen werden. Denn ausgerechnet in diesen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus..."  <b>Die Zeile 35 bis 36 "häufiger Unterricht aus" löschen, dann weiter, wie in Zeile 36.: " ist die Bildungsqualität..."</b>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-036	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 36:</b>  <b>besonders betroffenen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die <del>Bildungsqualität</del> Bildungs- und Lebensqualität</b>	modifizierte Übernahme:  <b>Zeile 38:</b> Nach "und einen Beruf," einfügen: "und damit die Chancen auf einen Weg heraus aus der Armut und hin zu mehr Lebensqualität und Teilhabe". Streichung von "die aus der Armut führen können."
L-01-037	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<b>In Zeile 37 einfügen:</b>  <b>geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. <u>Damit wird Aufstieg durch Bildung unmöglich und für viele unerreichbar.</u></b> Dadurch sinken die	modifizierte Übernahme:  "Damit wird Aufstieg durch Bildung fast unmöglich und für viele unerreichbar und so sinken die Chancen..."
L-01-037-2	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<b>In Zeile 37 einfügen:</b>  geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. <u>Damit wird Aufstieg durch Bildung unmöglich und für viele unerreichbar.</u> Dadurch sinken die	erledigt durch L-01-37
L-01-038	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 20.11.2019)	<b>In Zeile 38 einfügen:</b>  <b>Chancen auf eine Ausbildung, ein Studium und einen Beruf, die aus der Armut führen können. <u>Auch die Abhängigkeit und Wechselwirkung von Gesundheit und Krankheit zu Einkommensarmut ist insbesondere bei Kindern eine strukturelle Belastung.</u></b>	Übernahme
L-01-042	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<b>Von Zeile 42 bis 44 löschen:</b>  Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. <del>Denn wir haben die Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können — und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.</del>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-01-001
L-01-042-2	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 22.11.2019)	<b>In Zeile 42 einfügen:</b>  <b>Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. <u>Für uns gilt dabei das Prinzip der Sozialraumorientierung: Hilfe direkt vor Ort, vielfältig und eng vernetzt, nah bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse.</u></b> Denn wir haben die Verantwortung für	modifizierte Übernahme:  Text wird übernommen, allerdings dann ein Absatz und weiter: "Wir haben Verantwortung..."
L-01-043	Stefan Ziller (KV Berlin- Marzahn/Hellersdorf)	<b>Von Zeile 43 bis 44 löschen:</b>  alle Menschen in der Stadt. <del>Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können — und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.</del>	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-048	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 48 einfügen:</b>  <b>aufstellen.</b> <u>Hierfür ist es unumgänglich, zuständige Mitarbeitende in den Senats- und Bezirksverwaltungen, aber auch pädagogische Fachkräfte für heterogene Lebensumstände der Familien zu sensibilisieren. Angebote an den Anliegen der Familien entlang partizipativ zu konzipieren sowie Gespräche mit Familien dialogisch zu gestalten, die auf radikalen Respekt und Wertschätzung basieren müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir daraufhin wirken, entsprechende nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren.</u>	<b>modifizierte Übernahme:</b>  <b>Füge ein nach Zeile 121:</b> "Wir wollen zuständige Mitarbeiter*innen in den Senats- und Bezirksverwaltungen, aber auch pädagogische Fachkräfte für heterogene Lebensumstände der Familien sensibilisieren, Angebote an den Anliegen der Familien entlang partizipativ konzipieren sowie Gespräche mit Familien dialogisch gestalten, die auf Respekt und Wertschätzung basieren. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir daraufhin wirken, entsprechende nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren."
L-01-048-2	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<b>In Zeile 48 einfügen:</b>  <b>aufstellen.</b> <u>Familien mit Zuwanderungsgeschichte oder Geflüchtete, die bei uns Zuflucht gefunden haben und deren Kinder, sind oft überproportional von Armut betroffen. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass bestehende, wie auch zukünftige Angebote, Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung sich an den Bedürfnissen aller Betroffenen orientieren. Dazu gehören zum Beispiel muttersprachliche Informationen und Angebote sowie muttersprachliches Personal.</u>	<b>modifizierte Übernahme:</b>  <b>Füge ein nach Zeile 121 (nach modifizierte Übernahme L-01-048):</b> "Geflüchtete Familien und Familien mit Zuwanderungsgeschichte sind oft überproportional von Armut betroffen. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass Angebote, Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung sich an den Bedürfnissen aller Betroffenen orientieren. Dazu gehören zum Beispiel muttersprachliche Informationen und Angebote sowie muttersprachliches Personal."
L-01-048-3	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<b>In Zeile 48 einfügen:</b>  <b>aufstellen.</b> <u>Familien mit Zuwanderungsgeschichte oder Geflüchtete, die bei uns Zuflucht gefunden haben und deren Kinder, sind oft überproportional von Armut betroffen. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass bestehende, wie auch zukünftige Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung sich an den Bedürfnissen aller Betroffenen orientieren. Dazu gehören zum Beispiel muttersprachliche Informationen und Angebote sowie muttersprachliches Personal.</u>	erledigt durch L-01-048-2
L-01-071	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 71 einfügen:</b>  <b>Das wollen wir ändern! Die mehrfachen Ungerechtigkeiten wollen wir auf Bundesebene mit unserem Gesetzesentwurf für starke Kinderrechte im Grundgesetz und mit der</b>	Übernahme
L-01-089	Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain- Kreuzberg)	<b>In Zeile 89 einfügen:</b>  <b>Ein-Eltern-Familien ankommt. Solange wir die Kindergrundsicherung auf der Bundesebene nicht durchgesetzt haben, muss die Ungerechtigkeit, dass Kinder mit Eltern mit Transferbezug kein Kindergeld bekommen, sofort abgeschafft werden.</b>	<b>modifizierte Übernahme:</b>  <b>Zeile 75 ff werden wie folgt umformuliert:</b> "Dafür wollen wir das soziokulturelle Existenzminimum neu berechnen, an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern bemessen und so erhöhen, dass Kinder gut leben können. Dazu wollen wir auch die Hineinrechnung von Familien, die Sozialgeld bekommen, beenden. zusätzlich fügen wir in Zeile 67 nach "ausgeschlossen": "Das ist zutiefst ungerecht und wollen wir ändern!"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-089-2	Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<b>In Zeile 89 einfügen:</b>  <b>Ein-Eltern-Familien ankommt.</b> <u>Solange wir die Kindergrundsicherung auf Bundesebene nicht durchgesetzt haben, muss zumindest jetzt die Ungerechtigkeit abgeschafft werden, dass Kinder deren Eltern Transferleistungen beziehen, kein Kindergeld bekommen.</u>	erledigt durch L-01-089
L-01-090	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<b>In Zeile 90:</b>  <b>Auf der Berliner Ebene haben wir <del>beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel bringen, für uns mit Vorrang. Mit</del> der rot-rot-grünen Koalition <u>haben wir uns aber auch</u> vorgenommen, Familien</b>  Von Zeile 94 bis 96 löschen:  die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. <del>Beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse- und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel bringen.</del> Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu	modifizierte Übernahme:  <b>ersetze von Zeile 90 bis 98:</b>  "Auf der Berliner Ebene haben wir uns mit der rot-rot-grünen Koalition vorgenommen, Familien finanziell zu entlasten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei dafür sorgen, dass die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel bringen, sind dafür Voraussetzung. Von kostenloser Kita- und Hortbetreuung, dem kostenlosen Schulessen oder dem kostenlosen ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren alle Familien, besonders aber Familien, die in Armut leben. Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu hoch waren und Familien, die statistisch nicht als arm erfasst werden und in verdeckter Armut leben, helfen wir hier unbürokratisch und direkt".
L-01-091	Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<b>Von Zeile 91 bis 92:</b>  finanziell zu entlasten. Von <del>kostenloser</del> <u>kostenfreier</u> Kita- und Hortbetreuung, dem <del>kostenlosen</del> <u>kostenfreien</u> Schulessen oder dem <del>kostenlosen</del> <u>kostenfreien</u> ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren alle Familien, besonders aber	Übernahme
L-01-095	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<b>In Zeile 95:</b>  <b>gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher <del>und</del> verlässlich <u>und kostenlos</u> ans Ziel</b>	zurückgezogen
L-01-095-2	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<b>In Zeile 95:</b>  gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher <del>und</del> verlässlich <u>und kostenlos</u> ans Ziel	erledigt durch L-01-095

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-102	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<p><b>Von Zeile 102 bis 105 löschen:</b></p> <p><b>unsere Verwaltung</b> <del>noch</del>-fitter zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 setzen wir <del>beispielsweise</del>-einen Schwerpunkt beim Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto. Davon profitieren natürlich alle Berliner*innen; wir wollen aber ein <del>besonderes</del>-Augenmerk darauf legen, die Verwaltung <del>besonders</del>-für Familien schneller und</p> <p>Von Zeile 108 bis 110:</p> <p>nach einem Familienförderungsgesetz, auf <del>die wir</del><del>das wir</del> uns <del>auch</del>-im Koalitionsvertrag verständigt haben, setzen wir uns dafür ein, dass alle Bezirksamter ein Familienbüro einrichten,<del>in-dem alle</del>. <u>Alle</u> Leistungen, die Familien zustehen, <u>sollen</u> gebündelt beantragt werden können und <del>in-dem</del>-auch</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 102:</b> "... unsere Verwaltung fitter zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 setzen wir einen Schwerpunkt beim Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto. Davon profitieren natürlich alle Berliner*innen; wir wollen aber ein Augenmerk darauf legen, die Verwaltung besonders für Familien schneller und ..."</p> <p><b>Von Zeile 108 bis 110:</b></p> <p>"...nach einem Familienförderungsgesetz, auf das wir uns im Koalitionsvertrag verständigt haben, setzen wir uns dafür ein, dass alle Bezirksamter ein Familienbüro einrichten. Alle Leistungen, die Familien zustehen, sollen hier gebündelt beantragt werden können und auch Sozialarbeiter*innen sollen zur Beratung..."</p>
L-01-119	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<p><b>Von Zeile 119 bis 121:</b></p> <p>bearbeitet werden und würden armen Familien das Leben erleichtern. <del>Es ist klar, dass eine Familie im-Transferleistungsbezug weder den Musikschulunterricht noch die Klassenfahrt zahlen kann – jeder neue Antrag ist hier eine unnötige Hürde.</del><u>Für Familien im Transferleistungsbezug bedeutet jeder Antrag eine unnötige Hürde.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 119:</b> "Kinder und Familien im Transferleistungsbezug haben ein Recht auf Kostenübernahme für den Musikschulunterricht oder die Klassenfahrt – jeder neue Antrag ist aber eine unnötige Hürde."</p>
L-01-123	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<p><b>Von Zeile 123 bis 124:</b></p> <p><b>uns ist die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets der richtige Weg.</b> <del>Wir</del><u>Die Kinder</u> brauchen stattdessen endlich eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene <del>einerseits und andererseits</del>. <u>In Berlin benötigen wir außerdem</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 123:</b> "... richtige Weg. Die Kinder brauchen stattdessen endlich eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene einerseits und andererseits in Berlin Angebote bei Mittagessen, ... "</p>
L-01-127	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<p><b>In Zeile 127 einfügen:</b></p> <p>zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht <u>gute</u> auf Bildung und Teilhabe. Alle werden</p>	erledigt durch 127-2
L-01-127-2	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<p><b>In Zeile 127 einfügen:</b></p> <p>zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht auf <u>gute</u> Bildung und Teilhabe. Alle werden</p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-140	LAG Gesundheit und Soziales (beschlossen am: 20.11.2019)	<p><b>In Zeile 140 einfügen:</b></p> <p><b>werden, bevor Hilfen zur Erziehung nach §27 des Achten Sozialgesetzbuches nötig werden. Zur Entlastung von Kindern in belasteten Familien sollte auch die Möglichkeit der Kostenübernahme für Familientherapie frühzeitig in Erwägung gezogen werden.</b> Wir</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>Text identisch, allerdings an anderer Stelle einfügen: <b>in Zeile 143</b> nach "Hilfen zur Erziehung stärken."</p>
L-01-144	Taylan Kurt (KV Mitte)	<p><b>Von Zeile 144 bis 145:</b></p> <p><b>Kinderarmut entsteht dort, wo Eltern arm sind. Denn oftmals decken die Sozialleistungen nicht die notwendigen und insbesondere unvorhergesehenen Ausgaben ab. Für viele erwerbslose Eltern ist insbesondere die nur einmalige Zahlung der Erstausrüstung durch die Jobcenter für Neugeborene problematisch, da hierdurch in den folgenden Jahren anfallende Kosten für Kinder, wie z.B. das größere Kinderbett, aus dem zu knapp bemessenen Hartz 4 Satz angespart werden muss. Um unkompliziert für die Betroffenen diese Bedarfe zu decken, unterstützen wir daher bis zur Einführung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung die Einrichtung von Härtefallfonds in den Bezirken für Betroffene wie im Bezirk Mitte. Neben staatlicher Hilfe in der aktuellen Notsituation muss es also oberste Priorität haben, Eltern zu ermöglichen, aus der Armut</b></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 143 (nach der modifizierte Übernahme L-01-140):</b> "Oftmals decken die Sozialleistungen notwendige und insbesondere unvorhergesehene Ausgaben nicht ab. Während es für Neugeborene oder Schulanfänger*innen zwar eine Zahlung für die Erstausrüstung gibt, müssen in den folgenden Jahren anfallende Kosten, wie zum Beispiel das größere Kinderbett oder nach einigen Jahren ein neuer Schulranzen, selbst finanziert werden. Da der Hartz-IV-Satz unter dem Existenzminimum liegt, ist es unmöglich daraus etwas anzusparen. Um diese Bedarfe unkompliziert zu decken, unterstützen wir daher bis zur Einführung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung dem Beispiel des Bezirks Mitte folgend die Einrichtung von Härtefallfonds in den Bezirken."</p>
L-01-147	Taylan Kurt (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 147:</b></p> <p><b>kann, ist dafür unerlässlich. Deshalb Eine wesentliche Notwendigkeit ist es, hierzu Eltern, die von Hartz 4 leben, bei der Vermittlung in gute Arbeit zu unterstützen. Dafür müssen die Jobcenter verstärkte Anstrengungen unternehmen, insbesondere für die von Armut besonders betroffenen Alleinerziehenden. Das im Bezirk Mitte erprobte Modellprojekt der verstärkten Förderung von Familien-Bedarfsgemeinschaften, in denen kein Mitglied einer Erwerbsarbeit nachgeht, wollen wir auf ganz Berlin ausweiten. Durch die Betreuung dieser Bedarfsgemeinschaften im Rahmen eines eigenen Teams mit einem besseren Betreuungsschlüssel ist es gelungen, mehr als 200 Personen in Mitte in Arbeit zu bringen. Denn neben dem dadurch erzielten Erwerbseinkommen für die Familie wird auch die Vorbildfunktion der Eltern für ihre Kinder gestärkt. Ebenso ist es gut, dass wir zum Beispiel im nun vorgelegten</b></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 154 nach "offensiv bewirbt.":</b> "Wir wollen Eltern, die von Hartz-IV leben, bei der Vermittlung in gute Arbeit besser unterstützen. Das im Bezirk Mitte erprobte Modellprojekt der verstärkten Förderung von Familien-Bedarfsgemeinschaften, in denen kein Mitglied einer Erwerbsarbeit nachgeht, wollen wir auf ganz Berlin ausweiten. Davon profitieren insb. Alleinerziehende und ihre Kinder. Durch die Betreuung dieser Bedarfsgemeinschaften im Rahmen eines eigenen Teams mit einem besseren Betreuungsschlüssel ist es gelungen, mehr als 200 Personen in Arbeit zu bringen. Neben dem dadurch erzielten Erwerbseinkommen für die Familie wird auch die Vorbildfunktion der Eltern für ihre Kinder gestärkt."</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-147-2	Klemens Griesehop (KV Pankow)	<b>In Zeile 147 einfügen:</b>  kann, ist dafür unerlässlich. <u>Auch für geflüchtete Familien muss deshalb unabhängig vom Aufenthaltsstatus spätestens nach 6 Monaten eine Arbeits- und Ausbildungsurlaubnis erteilt werden, auch wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dies hilft der Familie bei der Integration in die Lebens- und Arbeitswelt in Berlin, um sich als aktiver Teil unserer Gesellschaft zu begreifen. Durch diese existenzielle Sicherheit können geflüchtete Familien damit auch traumatische Erfahrungen verarbeiten.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein nach modifizierte Übernahme L-01-147:</b> "Auch für geflüchtete Familien muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus spätestens nach 6 Monaten eine Arbeits- und Ausbildungsurlaubnis erteilt werden, auch wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Diese existenzielle Sicherheit kann geflüchteten Familien beim Fußfassen in Berlin helfen und dazu beitragen, traumatische Erfahrungen zu verarbeiten."
L-01-169	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<b>In Zeile 169 löschen:</b>  Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten) <del>eigentlich ein großartiges-</del>	Übernahme
L-01-176	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 176:</b>  eine diskriminierungsfreie Bildungspolitik, die allen Kindern <del>dieselben</del> gerechte Chancen bietet.	Übernahme
L-01-179	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<b>Von Zeile 179 bis 180:</b>  vorgeschlagen. Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote in Berlin muss endlich <del>in den Griff bekommen</del> gesenkt werden und allen Kindern muss ein guter Zugang zu Bildung ermöglicht werden –	Übernahme
L-01-179-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 179 einfügen:</b>  vorgeschlagen. Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote <u>sowie die hohe Zahl von Schulabsolvierenden mit geringer Literalität</u> in Berlin muss endlich in den Griff	Übernahme
L-01-182	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 182 einfügen:</b>  <u>Hausaufgaben, aber auch Erwachsenenbildungsangebote zur Stärkung von Eltern</u> sind Beispiele dafür, wie zumindest ein Stück weit unterschiedliche	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-183	Klemens Griesehop (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 183 einfügen:</b></p> <p><b>Voraussetzungen in den Familien ausgeglichen werden können.</b></p> <p><u>Kein Kind/Jugendlicher darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule/Berufsschule verlassen, d. h. wenn ein Kind/Jugendlicher einen Schulzweig oder Ausbildungsgang - aus welchen Gründen auch immer - verlässt bzw. sich falsch entschieden hat, muss unbedingbar vor der Streichung aus der Schüler- oder Auszubildendenliste der verantwortlichen Schule eine sinnvolle Anschlussperspektive entwickelt, abgesichert und nachweislich gefunden werden durch Unterstützung von Schulsozialarbeit, Jugendberufsagentur sowie Jugend- und Familienhilfe. Die Streichung aus der Schüler- bzw. Ausbildungsliste kann erst erfolgen, wenn die Anschlussperspektive erfolgreich dokumentiert ist. Die/der Jugendliche muss deshalb auch in der Übergangszeit sozialpädagogisch bzw. oder durch eine andere kompetente Beratung begleitet werden.</u></p>	<p><b>Verfahren</b></p> <p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 183:</b></p> <p>"Kein*e Jugendliche*r darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ohne Anschlussperspektive ein, das in den Berufsschulen angeboten wird. Auch wer eine Ausbildung abbricht, soll durch die Jugendberufsagentur so lange begleitet werden, bis eine neue Perspektive gefunden wurde. Und vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Berufsschulen mit ihrem sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht eigenständig erschlossen haben."</p>
L-01-184	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<p><b>Von Zeile 184 bis 186:</b></p> <p><del>Aber um</del> <u>Um</u> Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Gerade junge <del>Mütter und Väter</del> <u>Eltern</u> dürfen sich in dieser aufregenden und anstrengenden Zeit nicht allein gelassen <del>fühlen</del> <u>werden</u>. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt</p>	Übernahme
L-01-185	Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<p><b>In Zeile 185 löschen:</b></p> <p><del>und von Geburt an</del> ansetzen. Gerade junge Mütter und Väter dürfen sich in dieser aufregenden</p>	zurückgezogen
L-01-185-2	Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<p><b>In Zeile 185:</b></p> <p>und von Geburt an ansetzen. <del>Gerade junge Mütter und Väter</del> <u>Eltern</u> dürfen sich in dieser aufregenden</p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-192	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<p><b>Von Zeile 192 bis 196:</b></p> <p><del>Finanzielle Armut in einer Familie bedeutet natürlich nicht zwangsläufig, dass Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen oder diese gar vernachlässigen. Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren Unterstützung. Wenn Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt das in</del>  <u>Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren Unterstützung. Wenn Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt das in zu</u> vielen Fällen auch zu Hoffnungslosigkeit bei den Eltern, teilweise zu Depression oder</p>	Übernahme
L-01-200	LAG Gesundheit und Soziales (beschlossen am: 20.11.2019)	<p><b>In Zeile 200 einfügen:</b></p> <p><u>durch die Schulzeit zu begleiten. Der Einsatz von Einzelfallhilfe und Familienhilfe in besonders belasteten Familien soll extern evaluiert werden und gegebenenfalls neu strukturiert werden, damit qualifizierte und fallbezogene Hilfe bei den Familien auch wirklich ankommt.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>"Um die Einzelfallhilfe und Familienhilfe in besonders belasteten Familien weiter zu verbessern, wollen wir eine externe Evaluation ermöglichen, damit fallbezogene Hilfe bei den Familien in hoher Qualität ankommt."</p>
L-01-200-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 200 einfügen:</b></p> <p><b>durch die Schulzeit zu begleiten.</b></p> <p><u>Um den intergenerationalen Armutskreislauf durchbrechen zu können, ist es an der Zeit, frühkindliche Bildung und Erwachsenenbildung (Bildungsangebote wie etwa Grundbildung für Eltern) im Rahmen von Angeboten der Familienbildung (family literacy) gemeinsam zu denken. Dieser erfolgsversprechende Ansatz wird in Deutschland kaum verfolgt. Berlin könnte hierfür eine Vorreiterrolle übernehmen und ein Konzept zur Familienbildung als landesfinanziertes Programm pilotieren, behutsam erproben und sukzessiv ausdehnen. Eine enge Kooperation zur Stärkung von Familienbildung zwischen Volkshochschulen und Kitas sowie Grundschulen könnte erkenntnisbringend sein, wobei an bereits bestehende erfolgreiche Angebote angeknüpft werden sollte, um Parallelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen und zu stärken.</u></p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-201	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<p><b>Von Zeile 201 bis 202:</b></p> <p><del>Darüber hinaus</del>Es gibt es in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten. In <u>Musik- und Jugendkunstschulen, in</u> Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen</p> <p>In Zeile 206: Kindern und Jugendlichen arbeiten, leisten einen <del>unbezahlbaren</del>zentralen Beitrag für deren Entwicklung</p> <p>In Zeile 212: Familienzentren <del>befähigen</del>finanziell in die Lage versetzen, diese Beratungen weiter <del>zu bieten</del>anzubieten und – ähnlich wie die Early</p>	Übernahme
L-01-210	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 210:</b></p> <p>Erziehung hinaus, da der Bedarf an <del>Schuldnerberatung</del>Schuldner*innenberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen</p>	Übernahme
L-01-210-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 210:</b></p> <p>Erziehung hinaus, da der Bedarf an <del>Schuldnerberatung</del>Schuldner*innenberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen</p>	erledigt durch L-01-210
L-01-215	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 20.11.2019)	<p><b>In Zeile 215 einfügen:</b></p> <p><u>Bewerbungsberatung, erfahren. Durch aktive Gesundheitsförderung werden aus Kindern nicht nur gesundheitsbewusste Erwachsene, sondern können auch Auswirkungen von Armut eingeschränkt werden. Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe für Menschen mit besonderen Einschränkungen und dem Gesundheitswesen für von Behinderung betroffener oder bedrohter Kinder sowie für pflegende Kinder und Jugendliche.</u></p>	Übernahme
L-01-215-2	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<p><b>In Zeile 215 einfügen:</b></p> <p>Bewerbungsberatung, erfahren. <u>Wir wollen auch Mehrgenerationen-Häuser gewinnen und sie darin bestärken, im Rahmen ihrer Arbeit und ihrer Angebote, Kindern, Jugendlichen und Familien zu helfen und Armut zu bekämpfen.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>"Wir wollen auch Mehrgenerationen-Häuser darin bestärken, im Rahmen ihrer Arbeit und ihrer Angebote Kindern, Jugendlichen und Familien zu helfen und einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten."</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-215-3	Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)	<b>In Zeile 215 einfügen:</b>  Bewerbungsberatung, erfahren. <u>Wir wollen auch Mehrgenerationen-Häuser gewinnen und sie darin bestärken im Rahmen ihrer Arbeit und ihrer Angebote. Kindern, Jugendlichen und Familien zu helfen und Armut zu bekämpfen.</u>	erledigt durch L-01-215-2
L-01-216	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<b>Von Zeile 216 bis 219:</b>  <del>Wer will, dass</del> -Familien gut <del>unterstützt werden</del> <u>unterstützen</u> können, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Denn gerade die Menschen, die daran arbeiten, gehen oft auf dem Zahnfleisch. Es ist deshalb dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und <del>anderen Menschen, die in diesen Zusammenhängen arbeiten,</del> <u>anderem Fachpersonal</u> sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit	modifizierte Übernahme:  "Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Denn gerade die Menschen, die hier arbeiten, gehen oft auf dem Zahnfleisch. Es ist deshalb dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit"
L-01-220	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<b>In Zeile 220:</b>  entsprechend ihrer <u>QualifikationLeistungen</u> zu entlohnen. Es ist deshalb richtig, dass	Übernahme
L-01-222	André Schulze (KV Berlin-Neukölln)	<b>In Zeile 222:</b>  <del>mehr Geld bekommen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die</del> <u>KostenblätterEntgelte und Zuwendungen</u> , nach denen	modifizierte Übernahme:  "Wir setzen und aber auch dafür ein, dass die Kostenblätter sowie die Entgelte und Zuwendungen, die die freien Träger bekommen, endlich so angepasst werden..."
L-01-227	André Schulze (KV Berlin-Neukölln)	<b>In Zeile 227 einfügen:</b>  <u>damit der Träger sie weiterhin finanzieren kann. Für eine solide Finanzierung von Trägerstrukturen bedarf es auch einer auskömmlichen, einheitlichen Verwaltungsgemeinkosten-Pauschale im Bereich der Zuwendungen um eine nachhaltige Fortführung der wichtigen Arbeit zu gewährleisten. Die bisherige Unterfinanzierung der Gemeinkosten geht häufig gerade auch zu Lasten der Mitarbeiter*innen.</u> Außerdem stellt die Tatsache, dass viele	Übernahme
L-01-239	LAG Gesundheit und Soziales (beschlossen am: 20.11.2019)	<b>In Zeile 239 einfügen:</b>  <u>ihrer Herkunft zu unterstützen. Auch die Supervision der Stadtteilmütter durch Fachkräfte soll selbstverständlich sein und verlässlich finanziert werden.</u> Es ist bedauerlich, dass der Senat sich mit der Umsetzung	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-253	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 02.10.2019)	<p><b>In Zeile 253:</b></p> <p><b>Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein ProblemMangel</b> – aber gerade für Familien,</p>	<p>erledigt durch Ü-L-01-253-2</p>
L-01-253-2	Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>Von Zeile 253 bis 255:</b></p> <p><del>Bezahlbarer</del><u>Der Mangel an leistbarem</u> Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein <u>immer größer werdendes</u> Problem – aber <u>gerade für besonders schwer haben es</u> Familien, die von Armut betroffen sind. Immer häufiger werden sie aus ihrem <del>gewohnten</del><u>sozialen</u> Umfeld verdrängt, <u>auf das sie angewiesen sind</u>. In Extremfällen werden Familien sogar wohnungslos, weil sie zwangsgeräumt wurden.</p> <p>Von Zeile 261 bis 264:</p> <p><del>keine Familien geräumt werden</del><u>Räumungen stattfinden wie dies auch im Wohnraumversorgungsgesetz vorgeschrieben ist</u> und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung wohnungslos werden.<u>[Zeilenumbruch]</u></p> <p>Ein entscheidender Baustein ist hier die Prävention, <u>die wir landesweit durch aufsuchende Hilfe ausbauen wollen. Zudem soll die AöR "Soziale Wohnraumversorgung Berlin" gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen und sozialen Trägern das Präventionsprogramm der landeseigenen Wohnungsunternehmen verbessern und stärken, auch damit Mietschulden gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht. Denn wenn die Aussicht auf die Fortführung des Mietvertrages besteht, sollten diese die Mietschulden auch übernehmen. Wir begrüßen, dass der Senat bei den Kosten der Unterkunft die Härtefallregelung für Familien ausgebaut hat.</u></p>	<p>Übernahme für Zeile 253-255</p> <p><b>modifizierte Übernahme für Zeilen 261-264:</b> "keine Räumungen stattfinden, wie dies auch im Wohnraumversorgungsgesetz vorgeschrieben ist, und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung wohnungslos werden. Daneben wollen wir auch durch die verstärkte befristete Beschlagnahmung von Wohnraum nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) bei privaten Vermieter*innen Zwangsräumungen von Familien in die Wohnungslosigkeit verhindern. Ein entscheidender Baustein ist ebenso die Prävention, die wir landesweit durch aufsuchende Hilfe ausbauen wollen. Zudem soll die AöR "Soziale Wohnraumversorgung Berlin" gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen und sozialen Trägern das Präventionsprogramm der landeseigenen Wohnungsunternehmen verbessern und stärken, auch damit Mietschulden gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht. Denn wenn die Aussicht auf die Fortführung des Mietvertrages besteht, sollten diese die Mietschulden auch übernehmen. Wir begrüßen, dass der Senat bei den Kosten der Unterkunft die Härtefallregelung für Familien ausgebaut hat."</p>
L-01-260	Taylan Kurt (KV Mitte)	<p><b>Von Zeile 260 bis 263:</b></p> <p><del>beschämend. Wir fordern deshalb, dass bei kommunalen Wohnungsgesellschaften grundsätzlich keine Familien geräumt werden und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung wohnungslos werden. Ein entscheidender Baustein ist hier:</del><u>Wir fordern deshalb von kommunalen Wohnungsgesellschaften ein Zwangsräumungsverbot beim Vorliegen von sozialen Härten und wollen durch die verstärkte befristete Beschlagnahmung von Wohnraum nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) bei privaten Vermieter*innen Zwangsräumungen von Familien in die Wohnungslosigkeit verhindern. Ein entscheidender Baustein ist ebenso</u> die Prävention, damit Mietschulden</p>	<p>erledigt durch L-01-253-2</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-264	Klemens Griesehop (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 264 einfügen:</b></p> <p><b>gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht.</b></p> <p><u>Geflüchteten Familien muss spätestens nach 6 Monaten unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein Wohnberechtigungsschein (WBS) erteilt werden, auch wenn das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Es ist ein Skandal, dass geflüchtete Familien mit Kindern jahrelang in Sammelunterkünften verbringen müssen. Berlin ist das einzige Bundesland, dass diesen Familien den WBS-Schein verwehrt. Dies muss sofort geändert werden!</u></p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-01-006-2
L-01-266	Katrín Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 266 einfügen:</b></p> <p><b>beschleunigen, setzen uns aber auch für den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen ein - dazu haben wir eine ausführliche Beschlusslage, die alle Instrumente vom Wohnraumschutz, preisgünstigen Neubau, den Ankauf bzw. der Rekommunalisierung bis hin zum Mietendeckel und der Vergesellschaftung von Wohnraum umfasst.</b> Unsere</p>	Übernahme
L-01-275	Klemens Griesehop (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 275 einfügen:</b></p> <p><b>Sozialwohnungen; davon profitieren vor allem auch einkommensschwächere Familien.</b></p> <p><u>Gemeinwohlorientierte Bauträger*innen wie Genossenschaften und Stiftungen sind finanziell zu unterstützen, damit sie geflüchtete Familien aufnehmen und integrieren können, d. h. es sind sowohl die Genossenschaftsanteile - die im Eigentum des Landes Berlin verbleiben - als auch ein Zuschuss zu zahlen, der die Differenz zwischen der Kostenmiete der Genossenschaft und den vom Sozialamt zu zahlenden Unterkunftskosten ausgleicht.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>"Gemeinwohlorientierte Bauträger*innen, wie Genossenschaften und Stiftungen, sollen durch mehr Förderung finanziell unterstützt sowie bei der Grundstücksvergabe im Erbbaurecht berücksichtigt werden, damit sie mehr einkommenschwachen Familien eine Wohnung zur Verfügung stellen können. Zudem wollen wir, dass nach Hamburger Vorbild die Genossenschaftsanteile als Darlehen von den Jobcentern zur Verfügung gestellt werden, damit auch Familien ohne eigenes Einkommen in eine Genossenschaftswohnung ziehen können."</p>
L-01-280	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 280:</b></p> <p><b>Beratungsangebote <del>und</del>, Angebote von Kinder-, Jugend- und Familienzentren schafft <del>und</del> Diskriminierungen insbesondere Klassismus, oft verschränkt mit Sexismus und / oder Rassismus, systematisch, ganzheitlich und nachhaltig abbaut.</b> Bündnis</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>"...Familienzentren schafft und jegliche Form von Diskriminierung systematisch, ganzheitlich und nachhaltig abbaut."</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
<b>L-02: Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen (von: Landesvorstand (beschlossen am: 31.10.2019))</b>			
L-02-000	Tarek Massalme (KV Mitte)	<p><b>Neuer Titel:</b>  <b>Jetzt die Landeseigenen zu mehr Klimaschutz auffordern!</b></p> <p><b>Von Zeile 0 bis 1 einfügen:</b>  <u>"Jetzt die Landeseigenen zu mehr Klimaschutz auffordern!</u></p> <p><u>Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bauen bis 2026 90.000 neue Wohnungen. Eigentümer und Gesellschafter ist das Land Berlin. Erklärtes Ziel: den Berliner Wohnungsmarkt entlasten. Das ist ein wichtiger sozialer Beitrag für alle Berliner*innen. Die soziale Frage darf jedoch nicht von der ökologischen Frage getrennt werden!</u></p> <p><u>Tatsächlich hat das angestrebte Bauvolumen im sozial geförderten Wohnungsneubau erhebliche Auswirkungen auf die Erreichung der CO2-Neutralität im Gebäudesektor im Sinne der Klimaziele BEK 2030 und 2050. Deshalb fordern wir das Land Berlin und ihre landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf, ab sofort alle Planungen bei Neubauvorhaben und Bestandssanierungen auf ihre Klimaschädlichkeit hin zu überprüfen. Wir fordern die Einführung verbindlicher Nachhaltigkeitsstandards bei allen Bauvorhaben in Bezug auf:</u></p> <p><u>die Bauweise,</u>  <u>das Maß der Versiegelung,</u>  <u>die Art der Baustoffe,</u>  <u>die Form der Gebäudetechnik,</u>  <u>die Art der Energieversorgung und Energieerzeugung,</u>  <u>die soziale und funktionale Nutzungsmischung sowie</u>  <u>die Nutzungsflexibilität.</u></p> <p><u>Wir brauchen jetzt den Impuls und das Signal der Öffentlichen, ihrem gesellschaftlichen und gemeinwohlorientierten Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise für alle Berliner*innen gerecht zu werden!</u></p> <p><u>Was wir jetzt falsch bauen, kostet Zukunft."</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 250 nach "geschaffen":</b> Berlin muss auch seine eigene Verantwortung wahrnehmen. Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bauen bis 2026 90.000 neue kostengünstige Wohnungen. Erklärtes Ziel: den Berliner Wohnungsmarkt entlasten. Das ist ein wichtiger sozialer Beitrag für alle Berliner*innen. Die soziale Frage darf jedoch nicht von der ökologischen Frage getrennt werden. Deshalb fordern wir das Land Berlin und ihre landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf, ab sofort alle Planungen bei Neubauvorhaben und Bestandssanierungen auf ihre Klimaschädlichkeit hin zu überprüfen. Wir fordern die Einführung verbindlicher Nachhaltigkeitsstandards bei allen Bauvorhaben in Bezug auf Bauweise, Maß der Versiegelung, Art der Baustoffe, Form der Gebäudetechnik, Art der Energieversorgung und Energieerzeugung soziale und funktionale Nutzungsmischung sowie Nutzungsflexibilität. Wir brauchen jetzt den Impuls und das Signal der Öffentlichen, ihrem gesellschaftlichen und gemeinwohlorientierten Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise gerecht zu werden! Was wir jetzt falsch bauen, kostet Zukunft.</p>
L-02-001	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Neuer Titel:</b>  <b>Jetzt entschlossen handeln und das Klima retten!</b></p>	zurückgezogen
L-02-001-2	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 1:</b></p> <p><b>Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen</b>  <u>Jetzt entschlossen Handeln und das Klima retten!</u></p>	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-003	Tarek Massalme (KV Mitte)	<p><b>Nach Zeile 3 einfügen:</b></p> <p><u>nach Zeile 266 einfügen:</u></p> <p><b><u>Was wir jetzt falsch bauen, kostet Zukunft.</u></b>  <u>Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bauen bis 2026 90.000 neue Wohnungen. Eigentümer und Gesellschafter ist das Land Berlin. Erklärtes Ziel ist es, so den Berliner Wohnungsmarkt zu entlasten. Das ist ein wichtiger sozialer Beitrag für alle Berliner*innen. Die soziale Frage jedoch kann nicht von der ökologischen Frage getrennt werden!</u></p> <p><u>Tatsächlich hat das angestrebte Bauvolumen im sozial geförderten Wohnungsneubau erhebliche Auswirkungen auf die Erreichung der CO2 Neutralität im Gebäudesektor im Sinne der Klimaziele BEK 2030 und 2050.</u></p> <p><u>Deshalb fordern wir das Land Berlin und ihre landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf, ab sofort alle Planungen bei Neubauvorhaben und Bestandssanierungen auf Ihre Klimaschädlichkeit hin zu überprüfen. Wir fordern die Einführung verbindlicher Nachhaltigkeitsstandards bei allen Bauvorhaben in Bezug auf die Errichtung, das Maß der Versiegelung, die Konstruktionsweise, die Art der Baustoffe, die Form der Gebäudetechnik, die Art der Energieversorgung und Energieerzeugung, auf ihre soziale und funktionale Nutzungsmischung sowie Nutzungsflexibilität. Wir brauchen jetzt den Impuls und das Signal der Öffentlichen ihrer gesellschaftlichen und gemeinwohlorientierten Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise im Sinne aller Berliner*innen gerecht zu werden! Um die Ziele des günstigen Wohnungsneubaus nicht gegen die Klimaziele auszuspielen, fordern wir das Land Berlin auf einen "Förderfond Klimaschutz Neubau" einzurichten, der es den Landeseigenen ermöglichen soll, zusätzliche Mittel abrufen zu können, um den sozial geförderten Neubau klimafreundlich zu errichten.</u></p>	erledigt durch L-02-000
L-02-009	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 9 einfügen:</b></p> <p>Berlin steht nicht allein da. Weltweit, <u>besonders im globalen Süden</u> sind die Folgen des Klimawandels <u>jetzt schon</u> verheerend. Die</p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-013	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 13 einfügen:</b>  Opfer eines steigenden Meeresspiegels. <u>Immer mehr Menschen im globalen Süden verlieren aufgrund von Klimawandelbedingten Umweltkatastrophen ihre Zuhause und müssen flüchten.</u> Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die	Übernahme
L-02-014	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<b>In Zeile 14 einfügen:</b>  Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. <u>Wir erkennen diesen Klimanotstand an, den auch das europäische Parlament und zahlreiche andere Städte bereits festgestellt haben.</u>	modifizierte Übernahme  <b>Füge in Zeile 70 zu Beginn ein:</b> "Wir erkennen den Klimanotstand an und machen ihn zur Grundlage unserer Politik".
L-02-014-2	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<b>In Zeile 14 einfügen:</b>  Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. <u>Wir erkennen diesen Klimanotstand an, den auch das europäische Parlament und zahlreiche andere Städte bereits festgestellt haben.</u>	erledigt durch L-02-014
L-02-016	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 16:</b>  Menschheitsaufgabe zu bewältigen. Wer heute vernünftig ist, weiß, dass wir <del>radikal</del> <u>jetzt effektiv</u> handeln	zurückgezogen
L-02-017	Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow)	<b>Nach Zeile 17 einfügen:</b>  <u>Wir werden all unser Handeln darauf ausrichten, ein klimaneutrales Berlin bis 2035 zu erreichen.</u>	modifizierte Übernahme:  "Die Wissenschaft mahnt uns, unser Handeln daran zu orientieren, dass Berlin bis 2035 klimaneutral ist. Wir werden unsere Maßnahmen darauf ausrichten, dies soweit möglich zu erreichen".
L-02-017-2	Brigitte Kallmann (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<b>Von Zeile 17 bis 18:</b>  <u>Das, und nicht weniger, ist unser Ziel!</u> <u>Berlin muss seinen Beitrag leisten in der Anstrengung, die vereinbarte Begrenzung der Erderwärmung um 1,5 Grad zu schaffen und das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Wir basieren sowohl die notwendigen Maßnahmen als auch das Tempo der anvisierten Umsetzung auf nationale und internationale Studien, die darauf verweisen, dass keine Zeit zu verlieren ist.</u> <del>Das, und nicht weniger, ist unser Ziel!</del> -Dafür dürfen wir die Verantwortung nicht an andere	modifizierte Übernahme  <b>Von Zeile 17 bis 18:</b> "Um das 1,5 Grad Ziel überhaupt noch erreichen zu können, muss Berlin seinen Beitrag leisten, um auch dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden."

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-022		<p><b>In Zeile 22 einfügen:</b></p> <p>ehrlichen CO<sub>2</sub>-Preis wird Klimaschutz konterkariert. <u>Der Einstiegspreis soll bei 60 Euro pro Tonne liegen und jährlich weiter ansteigen, um die erforderliche Lenkungswirkung zur Einhaltung des Paris-kompatiblen CO2-Budgets zu erreichen.</u></p>	erledigt durch L-02-022-2
L-02-022-2	Sascha Krieger (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 22 einfügen:</b></p> <p><u>ehrlichen CO2-Preis, der im Einklang mit dem Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz 2019 zunächst mindestens bei 40 Euro pro Tonne, ab 2020 bei mindestens 60 Euro pro Tonne liegen soll und danach planbar in gleicher Höhe weiter ansteigt.</u> wird Klimaschutz konterkariert. Ohne Maßnahmen zur energetischen</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 22 nach "ehrlichen CO2-Preis":</b> "der bei mindestens 40 Euro pro Tonne, ab 2020 bei mindestens 60 Euro pro Tonne liegen soll und danach planbar jährlich mindestens um 20 Euro weiter ansteigt, wird Klimaschutz konterkariert".</p>
L-02-033	Michael Sebastian (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 33:</b></p> <p><b>Transformation arbeiten und klimaschädliches Verhalten bestrafen</b><u>verhindern.</u> Denn wir meinen es ernst</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>Transformation arbeiten und klimaschädliches Verhalten bestrafen oder verhindern. Denn wir meinen es ernst</p>
L-02-37	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 37 einfügen:</b></p> <p>Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden, <u>die noch heute von den Auswirkungen der über 500-jährigen Kolonialgeschichte betroffen sind und</u> die weniger zur Klimakatastrophe</p>	Übernahme
L-02-038	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>In Zeile 38 einfügen:</b></p> <p>beigetragen haben, aber noch stärker von ihr betroffen <u>sind sowie gegenüber Tier- und Pflanzenarten, die durch den Klimawandel ihren Lebensraum verlieren und/oder vom Aussterben bedroht</u> sind. In diesem Wissen haben wir uns</p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-045	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<p><b>Von Zeile 45 bis 48:</b></p> <p><del>Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend überflüssig macht.</del> Unser Ziel ist keine reine Antriebswende, sondern eine echte, groß angelegte, stadtweite Verkehrswende. Dafür werden wir unsere Stadt an den notwendigen Stellen umbauen, autofreie Kieze erschaffen und Flächengerechtigkeit durch neue Räume zum Leben verwirklichen. Die autogerechte Stadt ist ein Relikt der Vergangenheit, die Mobilität der Zukunft ist grün!</p> <p><u>Neue Mobilität soll dabei so komfortabel wie bislang nur das eigene Auto sein und eben dieses eigene Auto, egal wie es angetrieben wird, überflüssig machen. Dabei halten wir es für legitim, dem neuen Komfortangebot bspw. auch durch weiträumige Fahrausschlusszonen für private Pkw Nachdruck zu verleihen und setzen dies um, damit unsere Stadt ihrer Klimaverantwortung gerecht werden kann.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeilen 45 bis 48:</b> "Wir bauen Berlin um, denn unser Ziel ist es, den öffentlichen Raum sozialer und gerechter zu gestalten. Deshalb geht es uns nicht um eine reine Antriebswende, sondern eine echte, stadtweit angelegte Verkehrswende. Wir brauchen Flächengerechtigkeit durch neue Räume zum Leben. Die autogerechte Stadt ist ein Relikt der Vergangenheit! Wir wollen autofreie Kieze, umgewidmete Parkplätze, begrünte Querstraßen und kleine Parks. Auch weiträumige Fahrausschlusszonen werden dafür nötig sein. Langfristig wollen wir Autos, egal wie sie betrieben werden, in der Stadt überflüssig machen."</p>
L-02-045-2	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Von Zeile 45 bis 48:</b></p> <p><del>Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend überflüssig macht.</del> Unser Ziel ist es, den öffentlichen Raum sozialer und gerechter zu gestalten. Hierzu gehört es, dass das Dogma einer autogerechten Stadt überwunden wird und Verkehr menschengerecht gedacht wird: Der öffentliche Raum muss grüner und sozialer sein, die Interessen von Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen berücksichtigt und von Grünflächen dominiert sein. Autos sollen hier allerhöchstens eine untergeordnete Rolle spielen dürfen. Langfristig wollen wir Autos in der Stadt überflüssig machen.</p>	<p>erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-045</p>
L-02-045-3	Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<p><b>Von Zeile 45 bis 48:</b></p> <p><del>Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend überflüssig macht.</del></p> <p><u>Unser Ziel ist eine Verkehrswende, die den Umbau der Stadt erfordert: autofreie Kieze, umgewidmete Parkplätze sowie begrünte ehemalige Querstraßen zur Kühlung, als CO2 Speicher, als kleine Parks – neue Freiheit durch neue Räume zum Leben.</u></p>	<p>erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-045</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-048	Wieczorek-Hahn (KV spandau)	<p><b>Nach Zeile 48 einfügen:</b></p> <p><u>Klimaschutznetzwerk für Bezirke</u>  <u>Der Klimaschutz ist nicht nur ein großes globales Problem, sondern auch für Bezirke real. Denn Klimaschutz fängt bei jedem einzelnen von uns an, geht über die Nachbarschaft, Orts- und Bezirksstadteile. Deshalb setzen wir, Bündnis 90/ Die Grünen uns für die Gründung eines Klimaschutznetzwerkes in Bezirken ein. Ziel dieses Netzwerkes ist es, alle Akteure an einen Tisch zu bringen, um den Klimaschutz in Bezirken voranzubringen und zu verbessern. Aufgerufen sind alle ob private oder öffentliche Unternehmen, Vereine, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie öffentliche Einrichtungen. Sie alle können Einfluss nehmen auf den Klimaschutz.</u>  <u>Es geht insbesondere um Themenbereiche wie</u>  <u>- Klimaschutz,</u>  <u>- Energieeffizienz,</u>  <u>- Ressourceneffizienz,</u>  <u>- Klimafreundliche Mobilität.</u>  <u>Die regionale Bedeutung für Klimaschutzrelevante Komplexe liegt auf der Hand. Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen des globalen Klimawandels sind, zum Beispiel in Bezug auf Veränderungen der Fauna, der Flora und des Wetters. Das setzt ein konsequentes, vorausschauendes und rechtzeitiges Handeln voraus. Die Maßnahmen des zu entwickelnden Klimaschutzkonzeptes für Bezirke betreffen u.a.</u>  <u>- Bezirksplanung und Naherholung</u>  <u>- Umweltmanagement und Naturschutz</u>  <u>- Gebäudemanagement</u>  <u>- Soziales, Gesundheit und Wohnungswesen</u>  <u>- Wirtschaftsförderung</u>  <u>- Mobilität</u>  <u>- Kommunikation und Vernetzung.</u>  <u>Das Klimaschutznetzwerk soll das Klimaverhalten in Bezirken unmittelbar beeinflussen. Denn Klimaschutz geht uns alle an, nicht nur die Bezirksverwaltung. Deshalb ist zwischen der Politik und Verwaltung ein Handlungskonzept bei Hinzuziehung aller genannten Akteure in Bezirken erforderlich. Nur so kann es erreicht werden, dass ein umfassendes Konzept und ganzheitliches Konzept entsteht und die Bereitschaft aller entwickelt wird. Klimaschutz aktiv voranzutreiben. Die Koordinierung soll dabei von der Bezirksverwaltung übernommen werden.</u></p>	<p>erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-089-2</p>
L-02-059	LAG Umwelt (beschlossen am: 14.11.2019)	<p><b>In Zeile 59 einfügen:</b></p> <p><u>beweisen damit, dass dies selbst bei einer kohlekraftbasierten Wärmeversorgung möglich ist. Wir setzen die begonnene Zero – Waste – Strategie ambitioniert um und entwickeln für Berlin eine moderne und umweltfreundliche Kreislaufwirtschaft. Mit optimalen Trennsystemen sorgen wir zukünftig dafür, dass wir immer weniger Abfall verbrennen müssen. Wir wollen es schaffen, den Ressourcenverbrauch zu verringern und Reststoffe verstärkt als Sekundärrohstoffe wieder zu nutzen. Damit leisten wir einen außerordentlich hohen Beitrag für den Klimaschutz. Denn das Recyceln von Abfall erzielt eine rund 30fach höhere Klimagutschrift als dessen thermische Verwertung.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>In Zeile 59 einfügen:</b> "beweisen damit, dass dies selbst bei einer kohlekraftbasierten Wärmeversorgung möglich ist. Wir setzen die begonnene Zero – Waste – Strategie ambitioniert um und entwickeln für Berlin eine moderne und umweltfreundliche Kreislaufwirtschaft. Denn das Recyceln von Abfall erzielt eine rund 30fach höhere Klimagutschrift als dessen thermische Verwertung".</p>
L-02-063	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>Von Zeile 63 bis 64 löschen:</b></p> <p>und die dadurch den Berliner*innen mehr Lebensqualität gibt. <del>Eine solche Stadt gibt es bislang weltweit nicht.</del> Wir treten an, um die guten Ansätze, die weltweit ausprobiert</p>	<p>Übernahme</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-066	Till Kötter (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 66 einfügen:</b></p> <p>Lebensqualität zusammengehören. <u>Mit einer neuen, senatsübergreifenden Koordinierungsstelle und gemeinsam mit führenden deutschen Forschungsinstituten und Technologieanbietern im Bereich Mobilität, Gebäude und Energie, platzieren wir Berlin auch international als Innovationslabor für die klimaneutrale Wirtschaft von morgen</u></p>	erledigt durch L-02-438
L-02-066-2	Till Kötter (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 66 einfügen:</b></p> <p>Lebensqualität zusammengehören. <u>Mit einer neuen, senatsübergreifenden Koordinierungsstelle und gemeinsam mit führenden deutschen Forschungsinstituten und Technologieanbietern im Bereich Mobilität, Gebäude und Energie, platzieren wir Berlin auch international als Innovationslabor für die klimaneutrale Wirtschaft von morgen.</u></p>	erledigt durch L-02-066
L-02-068	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<p><b>In Zeile 68 einfügen:</b></p> <p><u>brauchen mehr! Wir wollen daher die Kapazitäten des Landes Berlin, sowie der Unternehmen, privaten Haushalte und öffentlichen Einrichtungen, CO2 sozial verträglich einzusparen, radikal und realistisch erhöhen. Wir wollen durch mehr Personal, mehr Know-how und eine gesteigerte Verwendung verfügbarer Finanzmittel und Förderprogramme in den verschiedenen Sektoren das tatsächliche Klima-Modernisierungsgeschehen deutlich beschleunigen und verbessern.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p><b>Füge ein in Zeile 68 nach "brauchen mehr!":</b> "Damit uns dies auch gelingt, müssen wir die Kapazitäten des Landes Berlin, der Bezirke sowie der Unternehmen, privaten Haushalte und öffentlichen Einrichtungen, CO2 sozial verträglich einzusparen, radikal und realistisch erhöhen. Wir brauchen dazu mehr Personal, mehr Know-how und mehr Finanzmittel und Förderprogramme: denn in Zeiten niedriger Zinsen an klimafreundlichen Investitionen zu sparen ist weder ökologisch noch ökonomisch nachhaltig. Der Spielraum für zusätzliche Einnahmen, um in den Klimaschutz investieren zu können, ist auf Landesebene begrenzt. Außerdem schränkt die Schuldenbremse den finanziellen Handlungsspielraum ein. Neben unserer Verpflichtung, mit öffentlichen Mitteln wirtschaftlich umzugehen, steht auch die Herausforderung keinen Investitionsstau in die Zukunft zu verlagern. Deswegen werden wir Investitionen in den Klimaschutz auch über Kredite finanzieren, wenn sie notwendig sind und über den laufenden Haushalt nicht gedeckt werden können".</p>
L-02-072	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<p><b>In Zeile 72:</b></p> <p>Klimafolgen <del>ein wichtiges Kriterium</del> <u>eines der zentralen Kriterien</u> für politische Entscheidungen werden. Dazu ist in einem</p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-075	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<p><b>Von Zeile 75 bis 79:</b></p> <p>dass die zu erwartenden CO<sub>2</sub>- <u>und anderen Treibhausgas</u>-Emissionen der öffentlichen Verwaltung ausgewiesen werden. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und alle Senatsverwaltungen müssen bei ihren Entscheidungen das Klima im Blick haben. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir <del>prüfen, inwieweit auch schnellstmöglich ein</del> Klima-Monitoring in Berlin <del>eingesetzt werden kann</del> einsetzen, um dauerhaft und strukturell die Belastung des Klimas <u>und die Einsparung oder Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Berlin</u> zu <del>evaluieren</del> <u>messen und festzuhalten</u>. Das vom Bündnis für Klimaschutz der</p>	Übernahme
L-02-077	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<p><b>In Zeile 77 einfügen:</b></p> <p><u>Entscheidungen das Klima im Blick haben. Wenn Gesetze oder Maßnahmen negative Auswirkungen auf das Klima haben, müssen sie gestoppt und Alternativen erarbeitet werden. Dabei werden wir uns am aktuell im Stadtstaat Bremen erarbeiteten Konzept eines Klimavorbehalts orientieren. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir zu einer Kontrollinstanz mit Einspruchsrecht weiterentwickeln.</u> Neben dem Klimavorbehalt wollen wir prüfen,</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 77 nach "Blick haben":</b> "Entscheidungen das Klima im Blick haben. Wenn Gesetze oder Maßnahmen negative Auswirkungen auf das Klima haben, müssen Alternativen geprüft und erarbeitet werden. Dabei werden wir uns am aktuell im Stadtstaat Bremen erarbeiteten Konzept eines Klimavorbehalts orientieren. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir weiterentwickeln und mit mehr Kompetenzen ausstatten. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir prüfen".</p>
L-02-081	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<p><b>Von Zeile 81 bis 86:</b></p> <p>angewandt wird, kann hier als Vorbild dienen.</p> <p><u>Um das Klima-Monitoring unabhängig von politischen Mehrheiten zu realisieren, wollen wir nach Vorbild des US-Congressional Budget Office eine unabhängige Einrichtung schaffen, die dem Berliner Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit unabhängig, nachprüfbar und zeitnahe Informationen zu (klima)relevanten politischen Entscheidungen bereitstellt, um eine effektive Kontrolle der Regierungsarbeit der Exekutive zu ermöglichen. Es sollte geprüft werden, ob eine solche Einrichtung gemeinsam mit Brandenburg initiiert werden kann.</u></p> <p>Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten, wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. <del>Darüber hinaus streben wir</del> <u>Dies kann dann die Basis dafür sein,</u> ein Klimabudget nach Osloer Vorbild <del>anzu etablieren</del>. Damit würde Berlin nicht nur ein Jahresziel, sondern eine CO<sub>2</sub>-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten <del>Energie- und Klimaverwaltung</del> <u>Einrichtung</u> übernommen wird.</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein von Zeile 81 nach "als Vorbild dienen" bis Zeile 86:</b> "Um das Klima-Monitoring zu realisieren, wollen wir nach Vorbild des US-Congressional Budget Office eine unabhängige Einrichtung, bestenfalls gemeinsam mit Brandenburg, schaffen, die nachprüfbar und zeitnahe Informationen zu (klima)relevanten politischen Entscheidungen bereitstellt.</p> <p>Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten, wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. Dies kann die Basis dafür sein, ein Klimabudget nach Osloer Vorbild mit festen Zielen für alle Sektoren zu etablieren. Damit würde Berlin nicht nur ein Jahresziel, sondern eine CO<sub>2</sub>-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Einrichtung übernommen wird."</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-082	Till Kötter (KV Pankow)	<b>Von Zeile 82 bis 84:</b>  <b>wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. Darüber hinaus streben wir ein Klimabudget nach Osloer Vorbild an. Damit würde Berlin nicht nur ein Jahresziel, dafür streben wir ein Berliner Klimaschutzgesetz an, mit festgeschriebenen Minderungszielen für alle Sektoren, in Einklang mit dem Paris Abkommen, und mit verbindlichen Zuständigkeiten der entsprechenden Senatsverwaltung als Grundlage für zukünftige Haushalts- und Investitionsentscheidungen. Damit würde Berlin nicht nur verbindliche Jahresziele, sondern eine CO2-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung</b>	erledigt durch L-02-81
L-02-089	LAG Umwelt (beschlossen am: 14.11.2019)	<b>In Zeile 89 einfügen:</b>  zentrale Rolle. Deshalb fordern wir mindestens eine*n Klimaschutzmanager*in <u>bzw./und eine*n Klimaschutzbeauftragte*n</u>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-089-2
L-02-089-2	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<b>Von Zeile 89 bis 91:</b>  <b>zentrale Rolle. Deshalb fordern wir mindestens</b> eine*n Klimaschutzmanager*in <u>mit einem Klimaschutzteam</u> pro Bezirk, die*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit konkreten Aufgaben betraut werden soll. <u>Jeder Bezirk soll einen Klimarat mit relevanten bezirklichen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und lokaler Wirtschaft einrichten, der regelmäßig tagt. Er soll dem Austausch, der Prüfung klimarelevanter Maßnahmen und Entwicklung neuer Lösungen dienen.</u> Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der	modifizierte Übernahmeübernahme:  <b>Füge ein von Zeile 89 nach "zentrale Rolle" bis Zeile 91:</b> "Deshalb fordern wir mindestens eine*n Klimaschutzmanager*in/Klimaschutzbeauftragte*n mit einem Klimaschutzteam pro Bezirk, die*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit konkreten Aufgaben betraut werden soll. Jeder Bezirk soll einen Klimarat mit relevanten bezirklichen Akteuren sowie Klimaschutznetzwerke einrichten, damit der Austausch, die Prüfung klimarelevanter Maßnahmen und Entwicklung neuer Lösungen auch auf der lokalen und nachbarschaftlichen Ebene vorangetrieben wird".
L-02-091	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>In Zeile 91 einfügen:</b>  konkreten Aufgaben betraut werden soll. <u>Das wollen wir im Berliner Energiewendegesetz verankern.</u> Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der	Übernahme
L-02-092	LAG Umwelt (beschlossen am: 14.11.2019)	<b>In Zeile 92 einfügen:</b>  <b>Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen. Über das BEK sollten auch Personalmittel gefördert werden, so dass die Bezirksämter personell in die Lage versetzt werden, diese Mittel zu beantragen.</b>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 92:</b> "Damit die Bezirke stärker als bislang BEK-Mittel in Anspruch nehmen, benötigen sie dafür auch das entsprechende Personal. Wir wollen einen Weg finden ausreichend Personalressourcen für die Antragstellung in den Bezirken zu finanzieren."

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-092-2	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<p><b>In Zeile 92 einfügen:</b></p> <p><b>Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.</b> <u>Dabei werden wir uns für eine höhere Eingruppierung der Tarifbeschäftigten für Stadtentwicklung, Bauen, Grünflächen und Mobilitätsentwicklung in den Bezirken einsetzen, damit alle freien Stellen besetzt werden. Außerdem werden wir uns für ausreichend Aus- und Fortbildungen einsetzen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksverwaltungen bestens aufgestellt sind, um die komplexen bestehenden und neuen Anforderungen zum Erreichen der Klimaschutzziele in der wachsenden Stadt zu meistern</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 92 nach "Akteur*innen":</b> "Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen. Dabei werden wir uns für ausreichend Aus- und Fortbildungen einsetzen und prüfen, inwieweit eine Höhergruppierung einzelner Stellen (Tarifbeschäftigten für Stadtentwicklung, Bauen, Grünflächen und Mobilitätsentwicklung) im öffentlichen Dienst insbesondere in den Bezirken nötig und möglich ist".</p>
L-02-092-3	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 92 einfügen:</b></p> <p><b>Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.</b></p> <p><u>Unser Ziel ist es, ein Viertel des Berliner Strombedarfs durch erneuerbare und vor allem Solarenergie zu decken. Dazu können auch die Bezirke einen wichtigen Beitrag leisten. Wir wollen, dass alle Bezirke sich feste Jahresziele für den Ausbau von Solarenergie-Anlagen setzen. Die Bezirke sollen dabei mit ihren eigenen Gebäuden vorangehen und umgehend prüfen, auf welchen Dach- und Fassadenflächen bezirkseigener Gebäude Solaranlagen installiert werden können und diese Potenziale schnell realisieren. Die Möglichkeit, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Nutzung von erneuerbarer Energie bei Neubauten festzulegen, wollen wir in den Bezirken engagiert nutzen.</u></p> <p><u>Um den Energieverbrauch zu senken, fordern wir die Bezirksämter auf, die Energieeinsparpotenziale bei bezirkseigenen Gebäuden möglichst schnell zu ermitteln und energetische Modernisierungen zügig umzusetzen. Neubauvorhaben sollen möglichst im Passivhausstandard und unter Berücksichtigung der Möglichkeit des Holzbaus erfolgen.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 110 "aufblüht":</b>"Für uns haben die Bezirke einen Vorbildcharakter, auch sie müssen ihren Anteil zur Energiewende leisten. Daher sollen sie Jahresziele für den Ausbau von Solarenergie-Anlagen fest setzen und mit ihren eigenen Gebäuden vorangehen. Bezirkliche Gebäude sollen darüber hinaus auf Energiesparpotentiale geprüft und energetische modernisiert werden. Die Möglichkeit, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Nutzung von erneuerbarer Energie bei Neubauten festzulegen, wollen wir in den Bezirken engagiert nutzen. Neubauvorhaben sollen beispielweise im Passivhausstandard oder durch ökologische Baumaterialien erfolgen".</p>
L-02-093	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 93 bis 94 einfügen:</b></p> <p>Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für <u>Klimaschutz und Klimaanpassung, z.B. durch</u> die Entsiegelung der Böden und somit für eine atmende Stadt, zu sorgen. Dafür müssen die bezirklichen Energiemanager*innen endlich</p>	<p>erledigt durch L-02-093</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-093-2	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<b>Von Zeile 93 bis 95:</b>  <b>Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für die Entsiegelung der Böden z.B. in Hinter- und Innenhöfen, für mehr Begrünung</b> und somit für eine atmende Stadt zu sorgen. <del>Dafür müssen die</del> <b>Die</b> bezirklichen Energiemanager*innen <b>müssen</b> endlich gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. <del>Was</del> <b>Diese Stellen erhalten</b> . <del>Unterstützung durch das Bauinformationszentrum. Hier gibt es Beratung und Information für ökologisches und klimaneutrales Bauen für jeden. Denn was wir</del>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeilen 93 bis 95:</b> "Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für die Entsiegelung der Böden z.B. in Hinter- und Innenhöfen, für mehr Begrünung und somit für eine atmende Stadt zu sorgen. Die bezirklichen Energiemanager*innen müssen endlich in ihren Kompetenzen gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. Wir wollen prüfen, inwiefern eine Bauberatung für klimaneutrales und ökologisches Bauen zur Pflicht werden kann. Die Bauberatungsstellen erhalten Unterstützung durch das Bauinformationszentrum.. Hier gibt es Beratung und Information für ökologisches und klimaneutrales Bauen für jeden. Denn was wir"
L-02-095	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 95:</b>  <del>gestärkt</del> <b>die nötigen Kompetenzen bekommen</b> und <b>bei wichtigen Entscheidungen mitbestimmen können, um sich ernsthaft für Klimaschutz im Bezirk einsetzen zu können!</b> Außerdem soll eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden, <del>in der der</del> <b>Aspekt der feministischen Stadtplanung mit einbezogen wird.</b> <del>[Leerzeichen]</del>	erledigt durch L-02-093-2 und L-02-242
L-02-099	Brigitte Kallmann (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<b>Nach Zeile 99 einfügen:</b>  <u>Wir streben eine Beratungsverpflichtung zum ökologischen Bauen an, die zu einem frühen Stadium der Planung Bestandteil jedes Bauvorhabens werden soll.</u>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-093-2
L-02-100	Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<b>Von Zeile 100 bis 105:</b>  <del>Darüber hinaus wollen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten- und Leistung-Rechnung (KLR) geprägt sind, nachhaltig umgestalten. Wir fordern, dass Klimaschutz Einzug in die KLR-Berechnung der Bezirke nimmt. Bezirke, die faire und ökologische Produkte beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, dürfen dafür nicht länger finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.</del>  <u>Darüber hinaus müssen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten- und Leistung-Rechnung (KLR) geprägt sind, strukturell umgestalten. Bestmöglicher Klimaschutz muss bei allen Produkten Voraussetzung für eine Beschaffung oder Investition sein. Dabei ist nicht der Zeitpunkt der Beschaffung, sondern eine wie vom IPCC angedachte LifeCycleAssesment-Berechnung aller Produkte die Grundlage. Zusätzlich sollte dies als Klimaschutzfaktor in die KLR-Kriterien mit einbezogen werden, damit Bezirke, die faire, klimafreundliche und ökologische Produkte beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, nicht länger dafür finanziell bestraft werden.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 450 nach "klimaschädlicher Geschäftsmodelle":</b> "Auch Berlins öffentliche Hand muss sowohl auf Landesebene als auch bei der bezirklichen Beschaffung und Investition Verantwortung übernehmen. Bestmöglicher Klimaschutz muss bei allen Beschaffungen und Investitionen Grundlage sein. Eine wie vom IPCC angedachte LifeCycleAssesment-Berechnung soll hierbei das Entscheidungskriterium sein, damit die Bezirke in Zukunft faire, klimafreundliche und ökologische Produkte beschaffen".

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-104	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>In Zeile 104:</b>  finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen <u>auf ihre grundsätzlich im Sinne der Nachhaltigkeit überprüft überarbeitet</u> und	Übernahme
L-02-105	LAG Umwelt (beschlossen am: 14.11.2019)	<b>In Zeile 105 einfügen:</b>  konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden. <u>Außerdem müssen die KLR-Kriterien sowohl in die Produktdatenblätter der KLR als auch in die Öffentlichkeitsarbeit Eingang finden.</u>	erledigt durch L-02-105 -3
L-02-105-2	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>In Zeile 105 einfügen:</b>  <u>konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden. Mittelfristig wollen wir auch die Zuteilung von Finanzmitteln an die Klimaschutzbemühungen der Bezirke koppeln. Auf dem Weg dahin wollen wir prüfen, inwiefern ein eigenes Produkt "Klimaschutz" hilfreich sein kann.</u>	Übernahme
L-02-105-3	LAG Tierschutzpolitik und LAG Umwelt (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 105 einfügen:</b>  <u>konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden. In die Produkt-Datenblätter der KLR muss auch die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden.</u>	Übernahme
L-02-107	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 107 einfügen:</b>  <u>können. Die im Berliner Handbuch zur Guten Pflege verankerten Verfahren und Richtlinien, die ausdrücklich die Habitate von Insekten und gebietsheimischer Flora und Fauna in Bewirtschaftungsmaßnahmen einbeziehen, sollen verbindlich umgesetzt werden.</u> Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter finanziell und	modifizierte Übernahme:  "können. Die im Berliner Handbuch zur Guten Pflege verankerten Verfahren und Richtlinien, die ausdrücklich die Habitate von Insekten und gebietsheimischer Flora und Fauna in Bewirtschaftungsmaßnahmen einbeziehen, müssen umgesetzt werden. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter finanziell und"
L-02-107-2	LAG Tierschutzpolitik und LAG Umwelt (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 107 einfügen:</b>  <u>können. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter sowie die Umwelt- und Naturschutzämter</u> finanziell und	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-109	Turgut Altug u.a. (KV-Friedrichshain Kreuzberg,)	<p><b>Von Zeile 109 bis 110:</b></p> <p><b>Bäume deutlich erhöht wird.</b> <del>Dies müssen</del> <u>„Deshalb werden wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit so viel wie noch nie in diesem Bereich investieren. Aktuell werden ca. 47 € pro Straßenbaum ausgegeben. Der Bedarf liegt aber bei mind. 80 €. Daher erhöhen wir das Baumbudget für Bezirke auf ca. 80 € pro Straßenbaum. Das sind 14,8 Mio. € jeweils in 2020 und in 2021 für 434.774 Straßenbäume, um sie zu pflegen und Neue anzupflanzen. Für die Maßnahmen zur Stärkung des Berliner Baumbestandes (Stadtbaumkampagne) stellen wir zusätzlich zu dem Haushaltsentwurf des Senats in 2021 2 Mio. € zur Verfügung. Für die Grünflächenpflege und Personal werden den Bezirken in 2020 ca. 7 Mio. € und in 2021 14,1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir unsere Grünanlagen, Parks, Stadtnatur vor den Folgen des Klimawandels schützen.</u></p> <p><u>Darüber hinaus werden wir 5,3 Mio. Euro mehr als im vorherigen Haushalt für die Berliner Wälder in die Hand nehmen, um mehr Förster*innen einzustellen, die Berliner Forsten gegen die Waldbrände auszurüsten und um die Folgen durch die Hitzerekorde der letzten Jahre in den Griff zu bekommen. Des Weiteren wird das neue Projekt "Parkmanager*innen und Naturranger*innen einzustellen" verstetigt. Auch das Parkmanagement wird in 2021 mit zusätzlichen Mitteln i.H.v. 2 Mio. € ausgebaut. Die Zivilgesellschaft im Bereich des Naturschutzes und Umwelt- und Naturbildung wird deutlich gestärkt. Mit all diesen Maßnahmen wird Berlin weiter grün aufblühen.“</u></p>	Übernahme
L-02-109-2	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 109 einfügen:</b></p> <p><b>Bäume deutlich erhöht wird.</b> <u>In Berlin sollen künftig für jeden gefälltten Baum mindestens drei neue gepflanzt werden. Außerdem müssen alle Emissionen des Landes ab 2030 durch Klimaschutzfonds ausgeglichen werden.</u> Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit</p>	erledigt durch mod Ü L-02-405
L-02-109-3	Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<p><b>Von Zeile 109 bis 110:</b></p> <p><del>Bäume deutlich erhöht wird.</del> <u>Bäume deutlich erhöht wird.</u> <del>Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit Berlin weiter grün aufblüht.</del> <u>um den Baumverlust der letzten fünf Jahre entgegenzuwirken. Bei der Planung neuer Stadtquartiere muss jede neue Straße von vornherein mit Straßenbäumen konzipiert werden. Auch die Umwidmung von Parkplätzen werden wir dazu nutzen, die in den letzten Jahren verlorengegangenen Bäume auszugleichen. Angepflanzt werden sollen vor allem trockenheits- und hitzeresiliente Bäume.</u></p> <p><u>. Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit Berlin weiter grün aufblüht.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p><b>Füge ein in Zeile 229:</b> "müssen von Beginn an autoarm, klimaneutral und mit einem hohen Baumbestand konzeptioniert werden",</p> <p><b>Füge ein in Zeile 396 nach "können":</b> "Bei der Umwidmung von Parkplätzen werden wir darauf achten, dass sowohl Bäume gepflanzt, grüne Erholungsoasen geschaffen und Radwege gebaut werden".</p>
L-02-110	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>In Zeile 110 einfügen:</b></p> <p><b>Berlin weiter grün aufblüht.</b> <u>Für die Ökosysteme sind auch Hecken, Sträucher und Stauden notwendig, denn sie erbringen entscheidende Funktionen für Mikroklima und Biodiversität und sind oft leichter anzupflanzen.</u></p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-113	Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)	<b>In Zeile 113 einfügen:</b>  <b>Landwirtschaft, <u>Startups zur Herstellung veganer Nahrungsmittel</u></b> . Verarbeitung geretteter Lebensmittel – sie und viele andere wirken vor Ort.	Übernahme
L-02-119	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>In Zeile 119 einfügen:</b>  Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität ( <u>gleichberechtigt Batterie und Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzelle</u> ) umbauen und es	modifizierte Übernahme:  <b>In Zeile 119 ersetzen:</b> "Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke umbauen und bei unbedingten notwendigen Fahrzeugen auf Elektro- bzw. Wasserstoffantrieb und auf Lasten- und Dienstfahräder umstellen. Das gleiche gilt auch für die Landesebene".
L-02-119-2	Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<b>Von Zeile 119 bis 120:</b>  Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität <del>umbauen</del> , <u>Lasten-</u> und <del>es ermöglichen, endlich auch-</del> Dienstfahräder <del>anzubieten</del> <u>umbauen</u> .	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-119
L-02-119-3		<b>In Zeile 119:</b>  Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf <del>E-Mobilität umbauen und</del> <u>das minimum reduzieren, alle unbedingt notwendigen Fahrzeuge sollen Wasserstoff- bzw. Elektrobetrieben sein. Außerdem wollen wir es</u>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-119
L-02-120	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>In Zeile 120 einfügen:</b>  <u>ermöglichen, endlich auch Dienstfahräder anzubieten. Weil wir Vorbilder sein wollen, fahren grüne Senats- und Bezirksamtsmitglieder bereits heute mindestens Hybrid-Dienstwagen und steigen bis 2021 auf komplett elektrische Fahrzeuge um.</u>	Übernahme
L-02-123	Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<b>In Zeile 123 einfügen:</b>  <b>Klimaschutzpolitik von unten heraus befördern.</b>  <u>Nicht nur die Bezirke können Vorreiter beim Klimaschutz sein. Unsere Landesverwaltung und die landeseigenen Betriebe sollen genauso befähigt werden, klimaneutral zu handeln. Besonders die Beschaffung fairer, nachhaltiger und klimafreundlicher Produkte und Dienstleistungen und der Umbau des landeseigenen Fuhrparks hin zu E-Mobilität, Dienst- und Lastenfahrädern muss prioritär in Angriff genommen werden. Was in den Bezirken gelingt, muss auch auf Landesebene angewendet werden.</u>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-119

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-131	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 131 bis 132 löschen:</b></p> <p>Aber auch der Kohleausstieg muss verantwortlich organisiert werden. Wir müssen <del>die Strom- und</del> die Wärmeversorgung der Stadt sicherstellen. Dazu gehört, dass wir das Berliner</p>	Übernahme
L-02-133	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<p><b>In Zeile 133 einfügen:</b></p> <p><b>Fernwärmenetz – eines der größten Europas – nachhaltig und ökologisch umbauen.</b> <u>Wie im Koalitionsvertrag vereinbart werden wir das in einem Landeswärmegesetz durch eine entsprechende Regelung gesetzlich absichern.</u> Dies ist</p>	erledigt durch mod Ü L-02-138
L-02-138	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>Von Zeile 138 bis 142:</b></p> <p><del>Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther hat mit Unterstützung eines Energieversorgers einen Vorschlag vorgelegt, der einen Weg aus der Kohle bis spätestens 2030 aufzeigt. Eine Übergangslösung kann dabei Erneuerbares Erdgas sein. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass - falls uns keine klimafreundlichere Lösung bereitsteht - sie sukzessive</del></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeilen 138 bis 142:</b> "Unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther hat mit Unterstützung eines Energieversorgers einen Vorschlag vorgelegt, der einen schrittweisen Weg Berlins aus der Kohle bis spätestens 2030 aufzeigt und dabei weiterhin eine bezahlbare Wärmeversorgung hat. Wir werden auch weiterhin ständig prüfen, ob aufgrund geänderter Rahmenbedingungen und neuer Entwicklungen ein schnellerer Umstieg möglich ist, denn wir brauchen so schnell wie möglich eine klimaneutrale Fernwärmeversorgung. Dazu legen wir noch in dieser Legislatur im Erneuerbare-Wärme-Gesetz bindende und stetig sinkende CO<sub>2</sub>-Grenzwerte im Fernwärmenetz fest, um den Einsatz von Erneuerbarer Wärme wie Power-to-Heat oder Solarthermie auch aus dezentraler Bürger*innen Energie - zu beschleunigen. Wir wollen damit schon heute Schritte einleiten, um die Nutzung von fossilen Gas möglichst zu vermeiden. Denn ansonsten besteht die Gefahr der Pfadabhängigkeit durch eine einmal gebaute fossile Infrastruktur. Sollten trotzdem übergangsweise Gaskraftwerke benötigt werden, müssen diese in der Lage sein, mit Erneuerbarem Gas (z.B. Wasserstoff aus erneuerbaren Energien) befeuert zu werden. Auch neue Gasleitungen nach Berlin müssen für steigende Anteile von Erneuerbarem Gas geplant und ausgelegt werden. Uns ist bewusst, dass Erneuerbares Gas möglicherweise nicht im benötigten Umfang aus nachhaltiger Produktion zur Verfügung steht bzw. vorrangig für andere Sektoren benötigt wird. Deshalb werden wir durch Pilotprojekte eine dezentrale Strom- und Wärmeversorgungen aufbauen. Sollte der Umstieg auf die Brückentechnologie Gas den Ausbau von klimafreundlichen Alternativen verzögern, besteht die Gefahr, dass die globale Erwärmung sogar weiter verstärkt wird".</p>
L-02-139	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 139 einfügen:</b></p> <p>vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 <u>schrittweise</u> aus der Kohle aussteigen</p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-138

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-139-2	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 139 bis 140:</b></p> <p>vorgelegt, die aufzeigt, dass <del>und wie wir</del> Berlin bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen <del>können</del> kann und dabei weiterhin <del>eine bezahlbare Wärmeversorgung hat</del>. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass <del>dabei übergangsweise bei aktuellen Marktbedingungen</del> nicht auf Erdgas <del>als Übergangstechnologie</del> verzichtet</p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-138
L-02-140	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<p><b>Von Zeile 140 bis 143:</b></p> <p><del>können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Das Ergebnis, dass dabei übergangsweise Erdgas benötigt wird, wollen wir überprüfen, aufgrund geänderter Rahmenbedingungen und neuer Entwicklungen wie unserer Erwartungen und Forderungen an einen zukünftigen deutlich höheren CO2-Preis. Wir brauchen so schnell wie möglich eine klimaneutrale Fernwärmeversorgung. Dazu legen wir konkrete Maßnahmen fest, wie stetig sinkende CO2-Grenzwerte für die erzeugte Fernwärme, um den Einsatz von Alternativen wie Power to Heat mit Strom aus erneuerbaren Energien oder die Einspeisung von Solarthermie ins Fernwärmenetz zu beschleunigen. Sollten trotzdem übergangsweise Gaskraftwerke benötigt werden, müssen sie Gase aus allen Quellen (z.B. auch Wasserstoff) nutzen können, die sich im nachhaltigen Energiemix der nahen Zukunft bewähren.</del></p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-138
L-02-141	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 141 bis 143 einfügen:</b></p> <p>werden kann. Wir müssen aber schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Zusätzlich braucht es strenge CO2-Grenzwerte durch ein Gesetz. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir</p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-138

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-141-2	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Von Zeile 141 bis 143:</b></p> <p>werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas <u>bis 2030</u> zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie <u>sukzessive ab 2030 nur noch</u> mit Erneuerbarem Gas befeuert werden <del>können</del>.</p> <p><u>Wir sehen die Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie kritisch, da essenzielle Punkte, wie eine dezentrale Strom- und Wärmeversorgung nicht bzw. nicht ausreichend beachtet wird. Wir wollen dezentrale Bürger*innenenergie fördern um das Monopol von Vattenfall aufzubrechen und damit den schnellstmöglichen Weg zu einem CO2-neutralem Berlin gehen. Der Berliner Senat soll sich nicht aus der Verantwortung nehmen, und Druck auf Vattenfall ausüben um den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern bis 2030 vollziehen und parallel das netto-null auch bis 2030 zu erreichen.</u></p> <p><u>Wenn der Kohleausstieg, wie in der Studie beschrieben, erst 2030 vollzogen und dann zu 60% mit fossilen Gas und Müllverbrennung kompensiert wird, würde Berlin nicht einmal die 2 Grad Grenze bis 2050 einhalten.</u></p> <p><u>Ein Rechtsgutachten des "Volksbegehren Klimaschutz" zeigt vier verschiedene Möglichkeiten für Landesgesetze auf, die gewährleisten würden, wie der Berliner Kohleausstieg gelingen kann. Damit soll Vattenfall unter Druck gesetzt werden, sich um einen Kohleausstieg ohne Kompensation durch fossile Energieträger zu bemühen. Wir verpflichten uns, diese zu prüfen und gegebenenfalls mit den Koalitionspartner*innen zu verhandeln.</u></p> <p><u>Weiter ist es für eine ernst gemeinte Energiewende unumgebar Berlin und Brandenburg stärker als gemeinsame Energieregionen zu betrachten. Wir verpflichten uns dies in Zukunft verstärkt zu machen und Pläne für eine gemeinsame Energiewende in Berlin und Brandenburg auszuarbeiten.</u></p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-138
L-02-143	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 143 einfügen:</b></p> <p>mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. <u>Dabei ist uns bewusst, dass Erneuerbares Gas möglicherweise nicht im benötigtem Masse aus nachhaltiger Produktion zur Verfügung steht bzw. vorrangig für andere Sektoren benötigt wird. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir</u></p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-138
L-02-143-2	Oliver Powalla (KV Neukölln)	<p><b>In Zeile 143 einfügen:</b></p> <p><u>mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können - auch neue Gasleitungen nach Berlin müssen für steigende Anteile von Erneuerbarem Gas geplant und ausgelegt werden.</u> Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir</p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-138
L-02-143-3	Nicole Holtz (KV Berlin- Reinickendorf)	<p><b>Von Zeile 143 bis 148:</b></p> <p>mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. <del>Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero-Waste Stadt darf nicht konterkariert werden und wir wollen die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status Quo ausweiten. Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben werden. Das Ziel der Zero-Waste-Stadt hat für uns Priorität. Bei der in Berlin anfallenden Menge an Restmüll wollen wir daher so weit wie möglich auf eine Reduzierung hinarbeiten. Hinsichtlich des unvermeidlichen Rests wollen wir die Wärme aus der Müllverbrennung effektiver nutzen als bisher. Darüber hinaus muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben werden.</del></p> <p><u>Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir effektiver nutzen als bisher. Darüber hinaus muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben werden.</u></p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-145

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-143-4	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 143 bis 144:</b>  mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. <del>Die</del> <u>Neben der</u> Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir <u>effektiver nutzen</u> <del>als bisher</del> <u>auch die Planung von modernen automatischen Abfalltrennungsanlagen vorantreiben. Mechanisch-Physikalische Stabilisierungsanlagen (MPS) wie in Pankow und Reinickendorf auch in anderen Stadtteilen ausbauen, sowie den Bau weiterer Bio-Gasspeicher wie in Spandau, zum Überbrücken von Spitzenlasten umsetzen.</u> Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-145
L-02-145	LAG Umwelt (beschlossen am: 14.11.2019)	<b>Von Zeile 145 bis 146:</b>  <del>nicht konterkariert werden und wir,</del> <u>Wie mit dem Antrag „Keine Ausweitung der Müllverbrennung in unserer Zero-Waste-Metropole “ beschlossen, wollen wir die Müllverbrennungsmenge nicht nicht über den Status Quo die genehmigte Menge von 520.000 Tonnen pro Jahr ausweiten. Wir werden an dieser wichtigen Schnittstelle von ökologischer Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz beharrlich sein und mit unserer Umweltsenatorin alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Steigerung der Kapazität zu verhindern und durch die Stärkung von Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling einen noch größeren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Entgegen der oben genannten und von Vattenfall finanzierten Machbarkeitsstudie, ist die Wärme aus Abfall grundsätzlich nicht als klimaneutral zu bewerten! Für die von uns angestrebte klimafreundliche Wärmenutzung aus Hausmüll müssen deshalb neben einer energetischen Optimierung der BSR-eigenen Abfallverbrennungsanlagen alle Anstrengungen unternommen werden, unseren Berliner Abfall zu vermeiden und zu recyceln.</u> Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und	modifizierte Übernahme:  <b>Von Zeile 145 bis 146:</b> „Die Verbrennung von Abfall ist nicht klimaneutral. Wir wollen daher keinen Ausbau der Müllverbrennungsanlage. Die Immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze zur Verbrennung unseres Berliner Restmülls darf nicht überschritten werden. Neben einer energetischen Optimierung der BSR-eigenen Abfallverbrennungsanlage müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, unseren Berliner Abfall zu vermeiden und wesentlich mehr als bisher zu recyceln, damit wir die Stadt wirklich zu einer „Zero-Waste-City“ machen. Das bedeutet auch, dass unabhängig von der genehmigten Menge für das MHKW Ruhleben in der Umsetzung des Zero Waste Konzeptes perspektivisch nicht mehr als 520.000 Tonnen verbrannt werden dürfen. Unser Ziel ist es die Müllverbrennung auf ein Minimum zu begrenzen.“
L-02-154	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<b>In Zeile 154:</b>  <b>emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und intensiv</b> <u>kleinteilig</u> zu analysieren <u>und transparent zu dokumentieren.</u>	Übernahme
L-02-154-2	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 154 einfügen:</b>  <b>emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und intensiv</b> <u>gemeinsam mit dem Land Brandenburg und den Hochschulen Berlins</u> zu analysieren.	Übernahme
L-02-157	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 157:</b>  eine nachhaltig versorgte Stadt zu reinvestieren. Neben <del>der Fortführung</del> der <u>mit hochdruck geführten</u> .	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 157:</b> "Neben der intensiven Fortführung der Rekommunialisierungsverfahren"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-166	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 166 bis 168:</b>  Wärme deutlich stärker fördern. Wir werden, <u>wie im Koalitionsvertrag vereinbart</u> , ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz <del>erarbeiten</del> <u>verabschieden</u> , wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und beim Austausch von Heizungsanlagen die künftig produzierte Wärme <del>zu einem vorgegebenen Anteil</del> durch erneuerbare Energien gedeckt	modifizierte Übernahme  "Wir fordern, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz zu verabschieden, wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und beim Austausch von Heizungsanlagen die künftig produzierte Wärme zu einem ambitionierten Anteil durch erneuerbare Energien gedeckt"
L-02-167	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>In Zeile 167 löschen:</b>  <del>wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und</del> beim Austausch von Heizungsanlagen die	Übernahme
L-02-169	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 169 einfügen:</b>  <u>wird. Insbesondere beim Neubau werden wir darauf achten, dass Heizungssysteme eingebaut werden, die auch mit Niedrigtemperaturnetzen betrieben werden können.</u>	Übernahme
L-02-174	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 174 bis 175:</b>  verknüpft und lokal verteilt werden – ob Solarthermie, Abwärme, Abwasserwärme, <u>Biomasse</u> , Geothermie oder Power2Heat aus <del>Stromüberschüssen oder Kraft-Wärme-Kopplung</del> <u>erneuerbaren Stromüberschüssen</u> . Darüber hinaus fördern wir	Übernahme
L-02-177	Brigitte Kallmann (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)		zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-179	Isaro Idris (KV Mitte)	<p><b>Von Zeile 179 bis 181:</b></p> <p><b>Strom stärker als Priorität</b> wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen zur Pflicht <u>machen</u>.</p> <p><u>Des weiteren werden wir den Forschungsset des Kompetenzzentrums für Photovoltaik des Helmholtz-Instituts Berlin massiv ausweiten, so dass mit seiner Hilfe die deutsche Solarindustrie einen neuen Impetus bekommt und wieder Spitzentechnologie auf dem Weltmarkt hervorbringen kann und auch wieder eine Vorreiterrolle in der Umwelttechnologie hat. Dadurch könnte das Ziel der Grünen in Berlin, ein Viertel des Stromes aus erneuerbaren Energien zu generieren, sogar noch übertroffen werden.</u></p> <p><u>Wir treten an, um eine starke wettbewerbsfähige deutsche Solarindustrie wieder hervorzubringen, in der wir jährlich eine deutsche Solarindustrie-Strategietagung in Berlin ausrichten, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland mit Berlin als Hauptstadt in Zeiten von globalen Umbrüchen weiterhin im globalen Wettbewerb seine Attraktivität behält.</u></p> <p><u>Wenn wir zu 100% zum Klimaschutz stehen, dann müssen wir in die deutsche Solarindustrie investieren. Es ist eine lohnende Investition in die Zukunft, für den Wirtschaftsstandort Deutschland, für neue langfristige Arbeitsplätze und für den Klimaschutz und um die alten industriestrategischen Fehler wiederqutzumachen.</u></p> <p><u>Da wir wahrscheinlich am Ende des Jahres den Klimanotstand ausrufen werden, ist die Umsetzung des Klimaschutzes einer der politischen Schwerpunkte dieses Jahrhunderts.</u></p> <p><u>Die öffentliche Hand und somit ein landeseigenes strategisch ausgerichtetes Solarunternehmen in Berlin hätte hier Vorbildcharakter und auch eine gewichtige Signalwirkung, dass das Land Berlin in eine klimafreundliche, zukunftsorientierte Technologie investiert und ein gewichtiger Spieler bei der Umwelttechnologie wird.</u></p> <p><b>weiter in nächste Zeile:</b></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 186:</b> "Wir unterstützen Bestrebungen, eine deutsche Solarindustrie-Strategietagung in Berlin durchzuführen, und wollen öffentlichen Institutionen verstärkt Mittel zur Erforschung von Photovoltaik-Technologie zur Verfügung stellen, z.B. dem Helmholtz-Zentrum Berlin".</p>
		<p>Die Erforschung und Entwicklung neuer Solartechnologien geschieht rasant und weltweit und Deutschland und Berlin müssen auf dieser Ebene mitspielen, ansonsten entgleiten uns Schlüsseltechnologien!</p> <p>Die neuesten Forschungserfolge und Ergebnisse des Helmholtz-Instituts könnten dann schnell in der Masse durch ein zu gründendes landeseigenes Solarunternehmen produziert werden, dadurch würde man Berlin schnell und effizient zur Hauptstadt der erneuerbaren Energien machen.</p> <p>Wie der Ausbau des ÖPNV mit 28 Milliarden Euro eine lohnende Investition in den Klimaschutz ist, so ist auch ein langfristig angelegtes Förderprogramm in die Berliner Solarindustrie eine mehr als lohnende Investition, in ein klimafreundliches, arbeitsplatz schaffendes Programm. Wenn man das mit dem Ausbau der Solarenergie wirklich ernst meint, muss man auch hier im großen Stil investieren.</p> <p>Durch die alljährlich stattfindende Solarindustrie-Strategietagung könnte man dann auch eine deutschlandweite Strategie erarbeiten.</p>	

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-179-2	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 179 bis 180:</b>  <b>Strom stärker wahrnimmt. Wir <del>haben das Ziel</del>beginnen 2020 mit dem Erarbeiten und Umsetzen von Konzepten, die gewährleisten,</b> dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch <del>Solaranlagen</del> <u>Photovoltaik-Anlagen</u> generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen	Übernahme
L-02-180	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 180 einfügen:</b>  <b>Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir <u>in einem ersten Schritt</u></b> bei Neubauten Solar-Anlagen	Übernahme
L-02-180-2	LAG Umwelt (beschlossen am: 14.11.2019)	<b>In Zeile 180:</b>  <b>Stromes durch <del>Solaranlagen</del><u>Photovoltaik-Anlagen</u></b> generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten <del>Solar</del> <u>Photovoltaik-</u> Anlagen	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 180:</b> "Stromes durch Photovoltaik-Anlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen"
L-02-181	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<b>Von Zeile 181 bis 182:</b>  <b><u>zur Pflicht machen. Bei umfangreichen energetischen Sanierungen von Bestandsbauten soll es ebenfalls eine Verpflichtung zur Nachrüstung von Solar-Anlagen geben.</u></b> Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell befördert der Ausbau an <del>Photovoltaik</del> <u>Solar</u> -Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeilen 181 bis 182:</b> "zur Pflicht machen. Bei umfangreichen Sanierungen von Bestandsbauten soll es ebenfalls eine Verpflichtung zur Nachrüstung von Solar-Anlagen geben. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell befördert der Ausbau an Solar-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-"
L-02-182	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 182:</b>  <del>befördert</del> der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik <u>und Solarthermie-</u>	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 182:</b> "befördert der Ausbau an Solar-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Solaranlage"
L-02-183	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 183:</b>  <b>Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern <del>potenziert den Nutzen</del><u>muss in allen Bauplänen berücksichtigt und weitestgehend zur Pflicht werden. Auch innovative Fassadenbegrünung müssen gefördert und bei Neubauten ab 25% der Fassadenfläche vollbegrünt werden.</u></b>  In Zeile 186 einfügen:  sparendem Photovoltaik-Strom. <u>Wir wollen dies kontinuierlich ausbauen und zudem Balkonphotovoltaik-Module nach Freiburger Vorbild mit einer Prämie von mindestens 1/2 des Einkaufspreises fördern.</u>	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 183:</b> "Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern muss in allen Bauplänen berücksichtigt und wenn möglich zur Pflicht werden. Unser Ziel ist es, dass bei Gebäuden über acht Stockwerken, mindestens 20 Prozent der Netto-Fassadenfläche begrünt wird. Auch innovative Fassadenbegrünungen müssen gefördert und bei Neubauten konsequenter vorgeschrieben werden".  <b>Füge ein in Zeile 186:</b> "sparendem Photovoltaik-Strom. Wir wollen dies kontinuierlich ausbauen und zudem Balkonphotovoltaik-Module mit einer Prämie fördern".

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-186	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<p><b>In Zeile 186 einfügen:</b></p> <p><b>sparendem Photovoltaik-Strom.</b></p> <p><u>Notwendig ist ebenso eine Solarbauoffensive für den Bestand an Gebäuden, um die Metropole Berlin zur Solar-City zu transformieren. Auch auf den öffentlichen Altbauten und Altbauten in genossenschaftlichen Wohnanlagen, auf Supermärkten und Industriegebäuden sollen PV-Anlagen installiert werden, wo dies baulich möglich und durch den zu erwartenden Stromertrag gerechtfertigt ist. Weiterhin wollen wir möglichst viele Parkflächen mit aufgeständerten PV-Modulen ausstatten. Hierzu soll eine Solarbauoffensive vom Senat ergriffen werden.</u></p> <p><u>Die Kredite dafür können von der Investitionsbank Berlin (IBB) sukzessive mit dem Aufwuchs der Solaranlagen aufgenommen werden, die den Landesämtern, Bezirken und Genossenschaften für die Solarbauoffensive von der IBB zur Verfügung gestellt werden können. Für die erforderlichen Investitionen kann die IBB am Finanzmarkt eigene Wertpapier-Emissionen am Kapitalmarkt (Kommunalschuldverschreibungen) emittieren (aufnehmen) - teilweise zu Negativ-Zinsen - vor dem Hintergrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Durch die garantierte 20-jährige Einspeisevergütung kann diese Investition refinanziert werden und ist kostenneutral für den Landeshaushalt.</u></p> <p><u>Das Stadtwerk Berlin sucht sich nicht die Projekte mit den besten Renditen heraus, sondern bildet Pools von renditestarken Projekten mit Projekten ohne Rendite, so dass dabei noch eine kleine Rendite herauskommt und somit mehr PV-Anlagen gebaut werden können. Das Stadtwerk Berlin sollte vorrangig mit der Solarbauinitiative des Senats beauftragt werden.</u></p> <p><u>Mit der Solarbauinitiative können die Finanzinvestitionen zu einem Boom für die Solarbranche umgelenkt werden vom Betongold in Solargold!</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>In Zeile 186 einfügen nach "sparendem Photovoltaik-Strom":</b> "Notwendig ist ebenso eine Solarbauoffensive für den Bestand an Gebäuden, um die Metropole Berlin zur Solar-City zu transformieren. Auch auf den öffentlichen Altbauten und Altbauten in genossenschaftlichen Wohnanlagen, auf Supermärkten und Industriegebäuden sollen PV- Anlagen installiert werden, wo dies baulich möglich und durch den zu erwartenden Stromertrag gerechtfertigt ist. Weiterhin wollen wir möglichst viele Parkflächen mit aufgeständerten PV-Modulen ausstatten. Hierzu soll eine Solarbauoffensive vom Senat ergriffen werden. Neben der bereits erfolgten finanziellen Ausstattung der Stadtwerke, sind zukünftig in bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand, Solaranlagen verpflichtend vorzusehen und in den entsprechenden Investitionskosten als selbstverständlich zu berücksichtigen. Ziel sollte dabei eine möglichst vollflächige Dachflächennutzung sein. Eine Solaranlage muss in Berlin genauso selbstverständlich zu einem öffentlichen Gebäude gehören wie Türen und Fenster (oder bisher Dachziegel). Mit der Solarbauinitiative können die Finanzinvestitionen zu einem Boom für die Solarbranche umgelenkt werden vom Betongold in Solargold!"</p>
L-02-189	Andreas Otto (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 189:</b></p> <p><b>Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden <del>gestrichen wird</del> Nachhaltigkeitskriterien einbezieht,</b> damit in Zukunft</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 189:</b> "Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden gestrichen und Nachhaltigkeitskriterien einbezogen werden, damit in Zukunft"</p>
L-02-189-2	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Von Zeile 189 bis 190:</b></p> <p>Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden gestrichen wird, <del>damit in Zukunft unbürokratisch und überall auch ökologischer Strom erzeugt werden kann</del> Photovoltaik-Anlagen auf allen Dächern Pflicht werden. Der von unserer</p>	<p>zurückgezogen</p>
L-02-199	Andreas Otto (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 199:</b></p> <p><b>in die Pflicht: <del>Wir wollen, dass Der Senat muss für</del> alle landeseigenen Gesellschaften, Anstalten und Körperschaften verbindliche Ziele zur CO2-Einsparung und zur Produktion erneuerbarer Energie vorgeben und anschließend mit den einzelnen Unternehmen einen Fahrplan aufstellen, wie sie</b></p>	<p>Übernahme</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-200	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 200:</b>  <u>möglichst schnell bis spätestens 2030</u> klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 199:</b> "Um das 1,5 Grad Ziel überhaupt noch einzuhalten, müssen alle Unternehmen ein verbindliches Konzept aufstellen, wie sie so wirtschaften können, dass sie dem Pariser Klimaabkommen gerecht werden".
L-02-201	Andreas Otto (KV Pankow)	<b>Von Zeile 201 bis 202:</b>  <b>Photovoltaik-Anlagen auf Berlins Dächern. Mit der reformierten Bauordnung, der Abschaffung der einer</b> Wirtschaftlichkeitsprüfung, <u>die Lebenszykluskosten sowie Nutzen für den Klimaschutz einbezieht, und</u> der Novelle des Energiewendegesetzes und dem „Masterplan	Übernahme
L-02-204	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>In Zeile 204 einfügen:</b>  <u>führen. Wir wollen eine Trendwende in Berlin: In Zukunft muss sich derjenige rechtfertigen, der keine Solaranlage hat - denn Berlins Dachflächen sind eine unserer wertvollsten Ressourcen und müssen genutzt werden.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 204:</b> "führen. Wir wollen eine Trendwende in Berlin: In Zukunft muss sich derjenige rechtfertigen, der keine Solaranlage hat - denn Berlins Dachflächen sind eine unserer wertvollsten Ressourcen und müssen genutzt werden. Daher müssen wir auch die bezirkliche Ebene weiter stärken und Handlungsträger*innen mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten".
L-02-204-2	Levi Penell (KV Berlin- Charlottenburg/Wilmers- dorf)	<b>In Zeile 204 einfügen:</b>  <b>führen.</b>  <u>Um den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen, müssen wir auch die lokale Ebene stärken. Die Bezirke kennen die Bedingungen vor Ort am besten und sollen als Bindeglied zwischen den Gebäudeinhaber*innen und der Politik fungieren. Dafür ist es notwendig, dass wir die bezirklichen Handlungsträger*innen mit den entsprechenden finanziellen Mitteln und Handlungsmöglichkeiten ausstatten, um den Ausbau der Photovoltaik auch bei Bestandsgebäuden gewährleisten zu können.</u>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-204
L-02-204-3	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>In Zeile 204 einfügen:</b>  <b>führen.</b>  <u>Die senatorischen Behörden werden aufgefordert Kleinst-Anlagen "Solar-Rebell" (PV-PLUG) durch Zulassung und Unterstützung (z. B. Werbung, finanzielle Förderung) pro Wohnung oder Wochenend-Grundstück zu unterstützen. Solche Anlagen - auch bekannt als Solar-Rebell - liegen unter der Bagatellgrenze und können mit einem Schuko-Stecker an einer normalen Steckdose angeschlossen werden, da sie eine Energiesteckdose ist und alle Anforderungen der Sicherheit erfüllt. Es sollte eine Werbekampagne gestartet werden, damit diese Möglichkeit der Energieeinsparung im Stadtbild erkennbar wird. Auch Aufklärung ist notwendig, damit Hausbesitzer beruhigt sind und sich nicht gegen Anlagen der Mieter*innen stellen und ebenso dafür zu sorgen, dass die Netzbetreiber den Schuko-Stecker als Energiesteckdose anerkennen.</u>  <u>Erzeugt die PV-PLUG-Anlage "Solar-Rebell" mehr Strom als der Haushalt gerade verbraucht, dreht sich der Zähler rückwärts. Das wäre auch eine sehr gute Möglichkeit für Mieter*innen und einkommensschwache Haushalte, sich an der Energiewende zu beteiligen und daran zu partizipieren.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 204 nach "führen":</b> "Der Senat wird aufgefordert, Kleinst-Anlagen "Solar-Rebell" (PV-PLUG) pro Wohnung oder Wochenend-Grundstück als sichtbaren sichtbare Möglichkeit für erneuerbare Energien, Akzeptanz und Teilhaber zu unterstützen (z. B. Werbung, finanzielle Förderung). Es sollte eine Werbekampagne gestartet werden, damit diese Möglichkeit der nachhaltigen Energieerzeugung im Stadtbild erkennbar wird. Auch Aufklärung, die bereits vom Solarzentrum geleistet wird, ist weiterhin notwendig, damit Hausbesitzer*innen beruhigt sind und sich nicht gegen Anlagen der Mieter*innen stellen"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-204-4	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<p><b>In Zeile 204 einfügen:</b></p> <p><b>führen.</b></p> <p><u>Bereits in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen "Berlin gemeinsam gestalten.Solidarisch.Nachhaltig.Welttoffen" für die Legislaturperiode von 2016 bis 2021 wurde vereinbart: "Bis 31.12.2018 sind alle Dachflächen öffentlicher Gebäude auf ihre Eignung zur Installation von Solaranlagen zu überprüfen. Die Bedingungen für die Nutzung von Erdwärme, Windenergie und biogenen Reststoffen, die stofflich nicht klimafreundlich verwertbar sind werden verbessert." Da die Prüfung der Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden bereits seit einem Jahr abgeschlossen sein müsste, könnte die Installation der Solaranlagen mittels der Solarbauinitiative starten.</u></p>	zurückgezogen
L-02-205	Isaro Idris (KV Berlin-Mitte)	<p><b>Von Zeile 205 bis 206:</b></p> <p><del>Mit</del>Wie in den obigen Ausführungen beschrieben und mit unserem Beschluss „Berliner Sonne – Die Energie der Zukunft!“ haben wir darüber hinaus noch viele weitere Maßnahmen beschlossen, damit Berlin <u>wirklich</u> zur Hauptstadt der Erneuerbaren</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeilen 205 bis 206:</b> "Mit unserem Beschluss „Berliner Sonne – Die Energie der Zukunft!“ haben wir darüber hinaus noch viele weitere Maßnahmen beschlossen, damit Berlin wirklich zur Hauptstadt der Erneuerbaren"</p>
L-02-212	Andreas Otto (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 212 einfügen:</b></p> <p><b>immer weiter zu reduzieren und die Lebenszyklen von Gebäuden mitbedenken.</b> <u>Das Ziel aus unserem Koalitionsvertrag von 2016, für Gebäude des Landes Berlin und der Landesunternehmen den Passiv- bzw. Plusenergiehausstandard bei Neubauten vorzusehen, muss von Senat und Koalition endlich umgesetzt werden.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 212:</b> "immer weiter zu reduzieren und die Lebenszyklen von Gebäuden mitbedenken. Dabei wollen wir unter anderem auch Passiv- bzw. Plusenergiehausstandard bei Neubauten weiter unterstützen".</p>
L-02-216	Andreas Otto (KV Pankow)	<p><b>In Zeile 216 einfügen:</b></p> <p><b>ökologische, energieeffiziente, Umwelt und Klima schützende Dämm- und Baustoffe wie Hanf und Stroh.</b> Holz, Lehm,</p> <p>In Zeile 221 einfügen:</p> <p>Holzbaucusters <u>Berlin-Brandenburg</u>, damit diese Schritt für Schritt dazu verpflichtet werden, Mindestquoten</p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-219	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<b>Von Zeile 219 bis 222:</b>  <b>gestellt.</b> <u>Weitere Schritte sind eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Anweisungen für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau) nach dem Vorbild der Frankfurter Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen. In der Bauwirtschaft sollte Kreislaufwirtschaft das oberste Ziel sein, d.h. es sollten nur Baustoffe und Bauelemente verbaut werden, die später wiederverwendet oder recycelt werden können.</u> Wir wollen darüber hinaus ein Förderprogramm bzw. verpflichtende Vorgaben ( <u>z.B. Mindestquoten</u> ) für landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften für den Holzbau und den Aufbau eines Holzbaucusters, <del>damit diese um dem Holzbau</del> Schritt für Schritt <del>dazu verpflichtet werden, Mindestquoten beim Holzbau und flächendeckend zum Durchbruch zu erfüllen</del> <u>verhelfen.</u> Auch für Recyclingbeton fordern wir Mindestquoten, u.a. bei allen	Übernahme
L-02-225	Andreas Otto (KV Pankow)	<b>In Zeile 225 einfügen:</b>  <b>In den neuen Stadtquartieren muss flächensparend und umweltgerecht gebaut werden.</b> <u>Weil wir möglichst wenig Boden versiegeln wollen, sollen neue Wohngebiete grundsätzlich im Geschosswohnungsbau errichtet werden. Neue Einfamilienhaussiedlungen lehnen wir ab.</u> Die Nähe	Übernahme
L-02-228	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 228 einfügen:</b>  <b>sondern auch die Lebensqualität der Bewohner*innen erhöht.</b> <u>Dabei wollen wir das Wissen von feministischer Stadtplanung nutzen.</u> Quartiere, die wir jetzt planen,	Übernahme
L-02-229	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>Von Zeile 229 bis 230:</b>  <b>müssen von Beginn an <del>autoarm</del> <u>autofrei</u></b> und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn erreichbar sein, <u>Sharing-Dienste integrieren</u> und Komfort für Fußgänger*innen bieten. Bei landeseigenen Gebäuden und	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeilen 229 bis 230:</b> "müssen von Beginn an autoarm und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn erreichbar sein, Sharing-Dienste integrieren und Komfort für Fußgänger*innen bieten. Bei landeseigenen Gebäuden und"
L-02-233	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 233 einfügen:</b>  <b>auf und preisen den Klimaschutz bei Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum CO2-Schadenspreis <u>von mindestens 180 €/t</u></b> ein.	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 233:</b> "auf und preisen den Klimaschutz bei Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum realen CO2-Schadenspreis von mindestens 180€/t ein"
L-02-242	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 242 einfügen:</b>  <b>werden wir die breiten Erkenntnisse zur zeitgemäßen <u>feministischen</u> Bauweise</b> in einem Informationszentrum  In Zeile 250 einfügen:  <u>geschaffen. Die Energie- oder Bauwende werden oft sehr technisch kommuniziert. Auf Grund gesellschaftlicher Sozialisation fühlen sich beispielsweise viele Frauen* weniger davon angesprochen. Da wir für die Energie- und Bauwende die Mitarbeiter aller gesellschaftlicher Gruppen benötigen, müssen die Beratungsangebote so konzipiert sein, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden.</u>	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 95:</b> "Neben dem ökologischen Aspekt muss auch über soziale, gemeinschaftliche und feminitische Stadt- und Bauplanung aufklären kann. Bei der Beratung muss darauf geachtet werden, dass alle Geschlechter und gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden".

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-250	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 250 einfügen:</b>  geschaffen. <u>Die Energie- oder Bauwende werden oft sehr technisch kommuniziert. Auf Grund gesellschaftlicher Sozialisation fühlen sich beispielsweise viele Frauen* weniger davon angesprochen. Da wir für die Energie- und Bauwende die Mitarbeit aller gesellschaftlicher Gruppen benötigen, müssen die Beratungsangebote so konzipiert sein, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden.</u>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-242
L-02-251	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<b>In Zeile 251:</b>  <b>Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss jedoch</b> vor allem <u>den Energieverbrauch drastisch reduzieren und dazu</u> die energetische Modernisierung der	Übernahme
L-02-252	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 252 einfügen:</b>  Gebäude im Bestand in Angriff nehmen. <u>Wir fordern daher eine energetische Sanierungsquote von 10% pro Jahr. Dafür wollen wir die energetische Sanierung im Ordnungsrecht verbindlich festschreiben.</u> Das derzeitige Tempo ist zu gering und der Umfang und	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 255:</b> "Um das 1,5 Grad Ziel überhaupt zu erreichen, ist eine Modernierungsquote von fünf Prozent nötig. Daher werden wir prüfen, inwieweit durch einen CO2-Schadpreis bzw. durch das Ordnungsrecht deutlich höhere und vor allem ökologisch sinnvolle Modernisierungen befördert werden können".
L-02-255	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<b>In Zeile 255 einfügen:</b>  <b>durch die Modernisierungen erreicht. Um die Erreichung der Klimaziele bei der energetischen Gebäudemodernisierung im Auge zu behalten und bei Bedarf nachzusteuern, brauchen wir daher ein verlässliches Monitoring des Gebäudebestandes (z.B. durch ein aufzubauendes Kataster) sowie Qualitäts-, Umsetzungs- und Erfolgskontrollen für energetische Maßnahmen.</b>	Übernahme
L-02-261	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 261 einfügen:</b>  verbindlichen Modernisierungsfahrplänen für weitere Schritte. <u>Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ist noch in dieser Legislaturperiode ein Erneuerbare Wärme Gesetz zu verabschieden, das einen CO2-Grenzwert für die Fernwärme festlegt und ökologische Mindeststandards an die Qualität der Fernwärme beinhalten und einen Netzzugangsanspruch zugunsten erneuerbarer Wärme regeln.</u>	erledigt durch L-02-138

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-262	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>In Zeile 262 einfügen:</b></p> <p><b>Dem Land Berlin kommt bei der energetischen Gebäudemodernisierung <u>und -Sanierung</u> der eigenen Bestände eine</b></p> <p>In Zeile 266 einfügen:</p> <p>Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden. <u>Bei energetischer Modernisierung und -Sanierung muss der Arten- und Tierschutz für Gebäudebrüter besser beachtet werden, denn im Baugesetzbuch, bei der Gebäudebrüter-Verordnung, bei der Begutachtung und dem Vollzug in den Naturschutzbehörden bestehen große Defizite.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 262:</b> "Dem Land Berlin kommt bei der energetischen Gebäudemodernisierung der eigenen Bestände eine"</p> <p><b>Füge ein in Zeile 266:</b> "Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden. Bei energetischer Modernisierung muss der Arten- und Tierschutz für Gebäudebrüter besser beachtet werden, denn im Baugesetzbuch, bei der Gebäudebrüter-Verordnung, bei der Begutachtung und dem Vollzug in den Naturschutzbehörden bestehen große Defizite".</p>
L-02-266	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<p><b>In Zeile 266 einfügen:</b></p> <p><b>Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden. <u>Dies kann z.B. in einem „Bündnis für Klimaschutz“ (analog zum Mietebündnis) vereinbart werden.</u></b></p>	Übernahme
L-02-266-2	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>In Zeile 266 einfügen:</b></p> <p>Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden. <u>Es wird geprüft, wie die Berücksichtigung von Artenschutzbelangen z.B. Nistplätze für Gebäudebrüter eine Voraussetzung für die Förderung energetischer Baumaßnahmen bilden kann und welche Förderrichtlinien der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der integrierten Stadtteilentwicklung, von „Zukunft Stadtgrün“ oder der Städtebauförderprogramme Ansatzpunkte für den Schutz urbaner Biodiversität bilden.</u></p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-262
L-02-275	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<p><b>In Zeile 275:</b></p> <p><b>ein <u>Drittelmodell</u> eine faire Kostenteilung im Sinne des <u>Drittelmodells</u>, das neben den Mieter*innen auch die Vermieter*innen an der Finanzierung</b></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 274:</b> "Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordert deshalb eine faire Kostenteilung im Sinne des Drittelmodells, das neben den Mieter*innen auch die Vermieter*innen an der Finanzierung beteiligt. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein die Energetischen Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System zu ersetzen, dass darüber hinaus nach einer Amortisierung ausläuft und die Modernisierungskosten im Vorfeld transparent macht. Wir schlagen außerdem vor zu prüfen, inwiefern eine Umstellung von Kalt- auf Warmmiete einen Anreiz für Vermieter*innen darstellt ihren Wohnungsbestand energetisch zu sanieren und inwiefern eine solche Umstellung rechtlich gelöst werden könnte".</p>
L-02-276	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain- Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 276 einfügen:</b></p> <p>der Kosten beteiligt. <u>Nach der Amortisierung der realen Modernisierungskosten soll die Modernisierungsumlage ersatzlos entfallen.</u> Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter*innen</p>	erledigt durch L-02-275

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-277	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 277 einfügen:</b></p> <p>überschaubar und kalkulierbar zu halten. <u>Die Modernisierungskostenschätzung müssen den Mieter*innen vor Beginn schriftlich und detailliert mitgeteilt werden.</u> Der Weg, den Berlin hier im Zuge des Mietendeckels</p>	erledigt durch L-02-275
L-02-279	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 279 einfügen:</b></p> <p><u>werden. Wir schlagen außerdem vor zu prüfen, inwiefern eine Umstellung von Kalt- auf Warmmiete einen Anreiz für Vermieter*innen darstellt ihre Wohnungsbestand energetisch zu sanieren und inwiefern eine solche Umstellung rechtlich gelöst werden könnte.</u></p>	erledigt durch L-02-275
L-02-280	Nina Stahr (KV Steglitz-Zehlendorf)	<p><b>Von Zeile 280 bis 289:</b></p> <p><del>Wir denken Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammen. Für uns ist klar, dass der Mietendeckel das Problem der bisher zu niedrigen Sanierungsrate nicht lösen kann, jedoch darf er auch nicht dazu führen, dass sinnvolle energetische Sanierungen ausgebremst werden. Deshalb haben wir ein neues Umlagesystem durchgesetzt, das dafür sorgt, dass sich neben den Mieter*innen, auch Vermieter*innen und das Land Berlin an den Kosten beteiligen und die Umlage auf die Mieter*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. Um dies auch wirklich umsetzen zu könne, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu tragen. Damit wird in Berlin schon bald das faire Drittelmodell Wirklichkeit. Deshalb gilt für uns, die dringend nötige Steigerung bei der energetischen Sanierung mit sozialen Maßnahmen zu koppeln und so die Kosten für die Mieter*innen sozial abzufedern. Auch wenn der Mietendeckel das Problem der zu niedrigen Modernisierungsrate nicht lösen kann, wollen wir die Chance nutzen, die Modernisierung der Gebäude auf energetische Themen zu konzentrieren und die Förderprogramme attraktiver zu gestalten. Es ist entscheidend, dass eine positive Maßnahmenliste mit ambitionierten Standards entwickelt bzw. ökologisch-soziale Modernisierungsfahrpläne erstellt werden. damit Luxussanierungen durch die Hintertür ausgeschlossen werden und gezielt nur Maßnahmen unterstützt werden, die wirklich einen Effekt für den Klimaschutz erbringen. Damit wirklich eine faire und sozialgerechte Verteilung dieser Kosten gelingt, müssen wir dafür sorgen, dass die landeseigenen Förderprogramme zur energetischen Sanierung zukünftig besser abgerufen und deutlich aufgestockt werden. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Umlage bei der energetischen Modernisierung von einem Euro pro Quadratmeter nicht dazu führt, dass sinnvolle und notwendige Maßnahmen ausgebremst werden und wir in Berlin einen ersten Schritt Richtung Drittelmodell gehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin steht hinter den Vereinbarungen zum Mietendeckel. Darüber hinaus wollen wir, dass Vermieter*innen, die keine oder nur moderate Mieterhöhungen in den letzten Jahren vorgenommen haben und daher niedrige Mieten anbieten nicht bestraft werden. Deshalb sollte der Inflationsausgleich schon ab Januar 2021 möglich sein. Wir setzen uns dafür ein, Genossenschaften aufgrund ihres Selbstverwaltung-Charakters und ihrer Gemeinwohlorientierung aus dem Mietendeckel auszunehmen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit geringem Einkommen unterstützt werden, um die Kosten für die energetische Modernisierung zu tragen. Das bereits eingeführte Klimawohngeld für Transferleistungsempfangende ist ein erster Baustein in diesem Sinne. Für bereits</del></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeilen 280 bis 289:</b> "Deshalb gilt für uns, die dringend nötige Steigerung bei der energetischen Sanierung mit sozialen Maßnahmen zu koppeln und so die Kosten für die Mieter*innen sozial abzufedern. Auch wenn der Mietendeckel das Problem der zu niedrigen Modernisierungsrate nicht lösen kann, wollen wir die Chance nutzen, die Modernisierung der Gebäude auf energetische Themen zu konzentrieren und die Förderprogramme attraktiver zu gestalten. Es ist entscheidend, dass eine positive Maßnahmenliste mit ambitionierten Standards entwickelt bzw. ökologisch-soziale Modernisierungsfahrpläne erstellt werden, damit Luxussanierungen durch die Hintertür ausgeschlossen werden und gezielt nur Maßnahmen unterstützt werden, die wirklich einen Effekt für den Klimaschutz erbringen. Damit wirklich eine faire und sozialgerechte Verteilung dieser Kosten gelingt, müssen wir dafür sorgen, dass die landeseigenen Förderprogramme zur energetischen Sanierung zukünftig besser abgerufen und deutlich aufgestockt werden. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Umlage bei der energetischen Modernisierung von einem Euro pro Quadratmeter nicht dazu führt, dass sinnvolle und notwendige Maßnahmen ausgebremst werden und wir in Berlin einen ersten Schritt Richtung Drittelmodell, die absichert, dass dem Ziel der Warmmietenneutralität Rechnung getragen wird, gehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin steht hinter den Vereinbarungen zum Mietendeckel. Darüber hinaus wollen wir, dass Vermieter*innen, die keine oder nur moderate Mieterhöhungen in den letzten Jahren vorgenommen haben und daher niedrige Mieten anbieten nicht bestraft werden. Deshalb sollte der Inflationsausgleich schon ab Januar 2021 möglich sein. Wir setzen uns dafür ein, Genossenschaften aufgrund ihres Selbstverwaltung-Charakters und ihrer Gemeinwohlorientierung aus dem Mietendeckel auszunehmen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit geringem Einkommen unterstützt werden, um die Kosten für die energetische Modernisierung zu tragen. Das bereits eingeführte Klimawohngeld für Transferleistungsempfangende ist ein erster Baustein in diesem Sinne. Für bereits"</p>
L-02-285	Janik Feuerhahn (KV Pankow)	<p><b>Von Zeile 285 bis 287:</b></p> <p>Mieter*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. <del>Um dies auch wirklich umsetzen zu könne, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert werden. Um die energetische Sanierung zu vervielfachen und soziale Mieten sicherzustellen, wandeln wir das bestehende Förderprogramm in einen handlungsstarken und auskömmlich finanzierten energetischen Sanierungsfonds um.</del> Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit</p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-280

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-289	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<p><b>In Zeile 289:</b></p> <p><b>tragen. Damit wird in Berlin schon bald <del>daseine</del> faire <del>Drittelmodell</del> <del>Wirklichkeit</del> <del>Kostenteilung</del> <del>Wirklichkeit</del>, die absichert, dass dem Ziel der Warmmietenneutralität Rechnung getragen wird.</b> Für bereits</p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-280
L-02-298	Matthias Oomen (KV Charlottenburg- Wilmersdorf)	<p><b>Von Zeile 298 bis 303:</b></p> <p><del>Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.</del></p> <p><u>Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Neue Mobilitätsdienstleistungen ziehen weltweit in die Städte ein und revolutionieren das Verkehrswesen. Wir sind stolz darauf, dass Berlin hier schon heute quasi Reallabor und internationales Schaufenster ist und eine globale Vorreiterrolle einnimmt. Diese Vorreiterrolle wollen wir verteidigen und ausbauen. Wir werden daher zukünftig - konsequent und jedes Jahr planmäßig fortschreitend - Parkplätze, die heute quasi exklusiv dem motorisierten Individualverkehr zur Verfügung stehen, der Gemeinschaftsnutzung zurück führen und für neue Mobilitätsdienstleistungen reservieren. Dafür werden wir den engen Kontakt mit neuen Mobilitätsdienstleistern suchen und deren Bedarf mindestens decken. Auch dort, wo heute schon Parkdruck herrscht. Und zwar genau deshalb, weil Parkdruck herrscht und wir dringend und mit aller Macht umsteuern müssen. Um neue Angebote auch zeitnah zu ermöglichen, werden wir zudem stadtweit immer ein Übergangebot an Flächen für neue Mobilitätsdienstleistungen bereit halten. Denn wir wollen dass Mietfahrräder, Elektroroller und Co zukünftig wie selbstverständlich und sicher am Straßenrand stehen und nicht auf den Rad- oder Gehwegen. Nur dann werden klimafreundliche Alternativen auch stadtweit akzeptiert. Wir nehmen hier unseren politischen Anspruch proaktiv wahr und werden gestalten und steuern.</u></p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-298-2	Matthias Oomen (KV Charlottenburg- Wilmersdorf)	<p><b>Von Zeile 298 bis 303:</b></p> <p><del>Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.</del></p> <p><u>Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Um dies zu erreichen ist für uns ein deutlich besser ausgebautes und qualitativ hochwertigeres ÖPNV-Angebot eine wichtige Maßnahme. Wir wollen mehr Rufbusse und Ridesharing, mehr Busspuren, wir wollen mehr Straßenbahnen in allen Himmelsrichtungen und ja, wir wollen dort, wo es verkehrlich und volkswirtschaftlich sinnvoll ist, auch eine Vervollständigung und einen Ausbau des U-Bahn-Netzes. Nicht nur die Innenstadt steht für uns im Blickpunkt. Am Stadtrand und in den Vorstädten engagieren wir uns für mehr und bessere Fahrradabstellanlage, Park-and-Ride-Parkplätze, sowie einen Ausbau des S-Bahn- und Regionalverkehrsangebotes. Wir werden uns im VBB dafür einsetzen, dass Pendler*innen noch attraktivere Angebote zum Umstieg vorfinden werden als heute.</u></p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-298-3	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p><b>Von Zeile 298 bis 303:</b></p> <p><del>Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.</del></p> <p>Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Eine im ersten Schritt verbrennerfreie Innenstadt und autofreie Kieze, sowie im darauf folgenden Schritt eine größtmöglich autofreie Innenstadt sind unsere politische Ziel.</p> <p>In dieser Konsequenz auch deshalb, weil sich ein Großteil der Probleme des Autoverkehrs - viele von ihnen klimawirksam - nicht dadurch von alleine beheben, in dem man den Antrieb von Benzin- oder Diesel auf Wasserstoff- oder Batterieantrieb umstellt.</p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-298-4	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Von Zeile 298 bis 299:</b></p> <p>Für uns steht fest: <del>Der</del><u>Bis 2030 soll der</u> motorisierte Individualverkehr <del>muss dafür auf ein Minimum reduziert werden</del><u>aus Berlin verschwinden</u>. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes</p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-299	Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p><b>In Zeile 299 einfügen:</b></p> <p>werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt, <u>die konsequente Abkehr von autoorientiertem Autobahn- und Straßenbau sowie</u> ein deutlich besser ausgebautes</p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-299-2	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 299:</b></p> <p>werden. <del>Autofreie Kieze</del><u>Lebendige, autofreie Kieze in allen Bezirken Berlins</u>, eine <u>zunächst</u> verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes</p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-299-3	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 299:</b></p> <p>werden. <del>Autofreie Kieze</del><u>Lebendige, autofreie Kieze in allen Bezirken Berlins</u>, eine <u>zunächst</u> verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes</p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-299-4	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p><b>Von Zeile 299 bis 303 löschen:</b></p> <p><del>werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.</del></p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-302	Isaro Idris (KV Berlin-Mitte)	<p><b>In Zeile 302 einfügen:</b></p> <p>Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. <u>Es ist eine Überlegung wert, sich nicht allein auf die Elektromobilität festzulegen, sondern auch den Betrieb von Biogasautos zumindest zu erwägen, denn die E-Mobilität hat eine wesentlich schlechtere CO2 Bilanz, ganz zu schweigen von der Problematik der Herstellung der Batterien etc.</u></p> <p><u>Es wäre durchaus möglich, Biogasautos herzustellen (wie FIAT in Norditalien), weil die Herstellung das Klima weitaus weniger belasten würde. Die Herstellung von Biogas wird zur Zeit von der Firma Verbio betrieben. Dieses Biogas erreicht eine CO2-Einsparung von bis zu 90% und es vermeidet eine Feinstaub- und Stickoxid-Belastung. Außerdem stehen die dafür benötigten Rohstoffe nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln, denn es handelt sich dabei um Stroh oder Schlempe.</u></p> <p><u>Bisher ist dieses Unternehmen der größte Biogaslieferant in Deutschland und weltweit der einzige Produzent, der die Produktion von Biogas aus Stroh technologisch im großtechnischen Maßstab betreiben kann. Würde man mit dieser Firma ein Kooperationsprojekt mit dem Land Berlin entwickeln, könnte Biogas durchaus eine gewichtige Komponente im erneuerbaren Energiemix sein.</u></p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-303	Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 303 einfügen:</b></p> <p><u>Dies wollen wir gestalten und steuern. Unser Ziel sind neue Mobilitätskonzepte, die auf umweltfreundliche, ineinandergreifende Verkehrsträger setzen und den motorisierten Individualverkehr nach und nach ablösen werden. Daher lehnen wir Berlin als Standort für die Internationale Automobil Ausstellung (IAA) ab.</u></p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-303-2	Igor Leonidovic Fayler (KV Berlin-Neukölln)	<p><b>In Zeile 303 einfügen:</b></p> <p><b>Dies wollen wir gestalten und steuern.</b></p> <p><u>Tesla zählt zu den Pionieren der Elektromobilität, die für uns Grüne ein elementarer Baustein der Verkehrswende ist. Die Ansiedlung einer Gigafactory in Brandenburg kann auch in Berlin neue Impulse für die noch schleppende Einführung der Elektromobilität setzen. Mit der zusätzlichen Errichtung eines Design- und Entwicklungszentrums im Stadtgebiet bietet sich die Gelegenheit, Teslas Zukunft an unseren Prinzipien einer klima-, stadt- und menschenverträglichen Mobilitätswende auszurichten. E-Autos müssen in der Kombination zum Bus-, Bahn-, Fahrrad- und Fußverkehr design und gebaut werden. Ihre Batterien müssen ressourcenschonend und recyclingfähig sein, um Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen bei der Förderung von Lithium und anderer Rohstoffe möglichst zu verhindern. Die Forschung in Richtung einer effizienten, intermodalen und nachhaltigen Mobilität sollte durch das Land Berlin gefördert werden. Für die Weiterentwicklung von Teslas E-SUVs, Cybertrucks und vergleichbaren Modelle, die für urbane Mobilität zu schwer, zu gefährlich und übermotorisiert sind, werden wir hingegen keine staatlichen Zuschüsse gewähren. Bei den weiteren Gesprächen mit Tesla werden wir außerdem deutlich machen, wie bedeutsam die gewerkschaftliche Organisation der zukünftigen Beschäftigten in Berlin und Brandenburg für die sozial-ökologische Transformation der Automobilbranche ist.</u></p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-304	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 304 bis 307:</b>  <u>Wir wollen alles unternehmen, um den Umstieg vom Auto <del>auf</del> auf neue Mobilitätsangebote, das eigene oder geteilte Rad, in Bus oder Bahn oder auf die eigenen zwei Beine zu befördern. Mit mehr geschützten Fußgänger*innenüberwegen auch an Hauptverkehrsstraßen, einem umfassenden Radverkehrsnetz, mit geschützten Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit Ampelschaltungen welche die Bedürfnisse von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen in den Mittelpunkt stellen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen, machen wir das zu Fuß gehen und das Radeln attraktiver. Und zwar in der ganzen Stadt, für alle Menschen.</u>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-306	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 306 einfügen:</b>  Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 1000 Kilometern Radschnellverbindungen, <u>einem Radring parallel zum S-Bahn Ring</u> und mit	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-307	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 307 einfügen:</b>  dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln <u>überall und für alle Menschen</u> attraktiver.	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-307-2	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<b>In Zeile 307 einfügen:</b>  <u>dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen und dem Bau von Fahrradparkhäusern</u> machen wir das Radeln attraktiver. <u>Im Bereich Museumsinsel, Spandauer Straße, Friedrichstraße, Unter den Linden wollen wir mit modellhaften Projekten und auf Grundlage planerischer Konzepte erproben, wie die Berliner Innenstadt schrittweise autofrei und die Aufenthaltsqualität durch die Umgestaltung des öffentlichen Raums deutlich gesteigert werden kann. Diesen Prozess wollen wir auch nutzen, um die Diskussion um Verkehrsflüsse und Verkehrsmodelle in Berlin auf eine sachliche und zukunftsorientierte Grundlage zu stellen, die mit dem notwendigen Umbau des städtischen Verkehrssystems in Einklang steht.</u>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-307-3	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<b>In Zeile 307 einfügen:</b>  dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver. <u>Im besonderen Fokus liegen dabei die Gebiete außerhalb des S-Bahn-Rings. Hier möchten wir an zentralen Knotenpunkten den Umstieg auf andere Verkehrsträger erleichtern.</u>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-307-4	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 307 einfügen:</b>  dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver. <u>Bisherige Autostraßen sollen Stück für Stück in Fahrradstraßen und Autoparkplätze in ausgeleuchtete Fahrradstellplätze umgewandelt werden.</u>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-309	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<b>In Zeile 309 einfügen:</b>  <u>Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. Um hier auch den Graumarkt und die Tagesreisenden abzudecken, prüfen wir, in wie weit sich eine Nahverkehrsabgabe in die Flughafengebühren integrieren lässt und setzen dies, wenn möglich auch um.</u> Wir halten auch am Ziel der	Übernahme
L-02-309-2	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 309 bis 312:</b>  Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. <del>Wir halten auch am Ziel der Einführung eines Barentickets fest, wodurch alle Berliner*innen durch eine solidarisch gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können, und Wir begrüßen es, das alle Berliner Schüler*innen bereits ein kostenloses Ticket erhalten und fordern dies in Form der Bärenkarte auf alle Berliner*innen auszuweiten. Langfristig setzen wir uns für einen zu jeder Zeit umlagefinanzierten ÖPNV ein. Wir</del> werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.	Zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-312	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<p><b>Von Zeile 312 bis 318:</b></p> <p><b>und werden prüfen, wie durch eine City-Maut <u>oder eine Nahverkehrsabgabe</u> die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.</b> Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben <del>und uns dafür einsetzen, dass, denn, öffentliche Flächen sind</del> auch <u>in Berlin ein knappes Gut. Das Parken im öffentlichen Raum wollen wir wie anderswo üblich verteuern.</u> Auch für Anwohner*innen <u>muss</u> das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis <del>erhalten</del> <u>erhalten.</u> <del>[Leerzeichen]</del> Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien <del>und</del> einer besseren Taktung <del>gerade bei den Buslinien</del> <u>und neuen Mobilitätsangeboten wie Rufbussen und Ridesharing</u> in den Außenbezirken, werden wir das</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeilen 312 bis 318 nach "wie durch eine City-Maut":</b> oder vergleichbare Instrumente die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann. Wir werden ein umfassendes Parkraummanagement einführen, das eine feste Quote zur Umwidmung von Parkplatzflächen für Autos vorsieht. Auf diesen wiedergewonnenen Flächen werden wir exklusive Abstellflächen für Sharing-Mobilität ausweisen, Rad- und Fußwege bauen oder, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu fördern, diese ganz neu nutzen für Erholungs- und Spielräume, Grünflächen und Bäume. Dabei freuen wir uns über die Unterstützung des breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses "Berliner Straßen für alle". Öffentliches Land ist zu wertvoll, um es zu verschenken! Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir als Teil dieses Managements vorantreiben, denn öffentliche Flächen sind auch in Berlin ein knappes Gut. Das Parken im öffentlichen Raum wollen wir wie anderswo üblich verteuern. Auch für Anwohner*innen muss das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhalten. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien, einer besseren Taktung und neuen Mobilitätsangeboten wie Rufbussen und Ridesharing in den Außenbezirken, werden wir das "</p>
L-02-312-2	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 312 bis 313 einfügen:</b></p> <p><b>und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.</b> <u>Wir werden ein umfassendes Parkraummanagement einführen, dass unter anderem die Umwidmung von Parkplatzflächen für Autos hin zu exklusiven Abstellflächen für Privat- sowie Zweirad-Sharing-Mobilität vorsieht. Ferner wollen wir, wo möglich, Parkplätze neu nutzen für Erholungs- und Spielräume, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu fördern.</u> Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir <u>als Teil dieses Managements</u> vorantreiben und uns dafür</p>	<p>erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-312</p>
L-02-312-3	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p><b>Von Zeile 312 bis 315:</b></p> <p><b>und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.</b> <del>[Leerzeichen]</del> Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung <u>als wichtige Säule des Parkraummanagements</u> werden wir vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. <u>Öffentliches Land ist ein rares Gut und ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in unserer Öffentliches Land.</u> <u>Wir wollen es mit gezielten Parkraummanagement und gezieltem Rückbau von Parkplätzen entsiegeln, klimawirksam begrünen und für die Stadtgesellschaft zugänglicher gestalten.</u> <u>Öffentliches Land ist zu wertvoll, um es zu verschenken!</u> Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden</p>	<p>erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-312</p>
L-02-312-4	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p><b>In Zeile 312 einfügen:</b></p> <p>und werden prüfen, wie durch eine City-Maut <u>oder durch die Kombination von Fahrausschlusszonen und Nahverkehrsabgabe</u> die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.</p>	<p>erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-312</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-313	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 313 bis 315:</b>  <u>Auch Wir wollen die Ausweitung Verknappung und verteuerung von Parkplätzen und die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Um den Anreiz, das Auto stehen zu lassen noch weiter zu erhöhen wollen wir auch eine künstliche Verknappung der Parkfläche.</u> Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-312
L-02-315	Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf (beschlossen am: 26.11.2019)	<b>In Zeile 315 einfügen:</b>  <u>einen angemessenen Preis erhält. Nicht länger dürfen wir den klimaschädlichen Autoverkehr durch flächenfressenden und stadtunverträglichen Autobahnaus- und -umbau in Berlin befördern. Wir beenden den Weiterbau der A 100 und korrigieren die Umbaupläne für das Autobahn-Dreieck Funkturm so, dass die Verkehrsbelastung für Wohngebiete vermindert wird und keine zusätzlich beeinträchtigenden Verkehrsbauwerke entstehen.</u> Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-315-2	Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf (beschlossen am: 26.11.2019)	<b>In Zeile 315 einfügen:</b>  <u>einen angemessenen Preis erhält. Außerdem wollen wir alles daran setzen, die stadterstörerischen, Kieze zertrennenden Zeugnisse der autogerechten Planung - wie am Bundesplatz, Breitenbachplatz oder Adenauerplatz - zurückzubauen.</u> Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-315-3	Hans-Christian Höpcke (KV Pankow)	<b>In Zeile 315 einfügen:</b>  einen angemessenen Preis erhält. <u>Bis 2025 werden wir jeden zehnten Autoparkplatz im öffentlichen Straßenraum in Stellplätze für Fahrräder, Lastenräder, Elektrokleinstfahrzeuge oder Carsharing Fahrzeuge umwidmen.</u> Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-312
L-02-315-4	Cornelia Biermann-Gräbner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<b>In Zeile 315 einfügen:</b>  einen angemessenen Preis erhält. <u>Die Verkehrswende betrifft auch die Autobahnen in unserer Stadt. Notwendige Erneuerungen und Umbauten wie aktuell am Autobahndreieck Funkturm müssen konsequent mit dem Ziel der Klimaentlastung, Stadtverträglichkeit, Verkehrssicherheit und Verkehrsminderung geplant werden.</u> Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-318	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 318 bis 320:</b>  einer besseren Taktung, gerade bei den Buslinien in den Außenbezirken, werden wir <u>das da</u> Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen <u>oder es noch besser ganz abzuschaffen.</u> Dabei setzen wir besonders auf den	erledigt durch L-02-319
L-02-319	Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<b>Von Zeile 319 bis 320:</b>  Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es <u>kein Verzicht, sondern</u> ein Gewinn an Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen <u>oder abzuschaffen.</u> Dabei setzen wir besonders auf den	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-320	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 320 einfügen:</b>  <b>Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen.</b> <u>Hierbei setzen wir im Sinne einer menschengerechten Stadtplanung vor allem auf mehr Verbindungen zwischen und innerhalb der Bezirke, eine feministische Stadtplanung und die Abkehr von dem Konzept einer Stadtzentrumsfokussierten Verkehrspolitik.</u> <u>Wir fordern, dass (ähnlich wie bei der Ringbahn) auch zwischen den Außenbezirken direktere, dezentrale Verbindungen geschaffen werden. Hierbei soll auch die Schaffung eines Straßenbahn-Rings und neuer Nachtbusverbindungen in den Rand- und Außenbezirken geprüft werden.</u> Dabei setzen wir besonders auf den	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 320:</b> "Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen. Hierbei setzen wir im Sinne einer menschengerechten Stadtplanung vor allem auf mehr Verbindungen zwischen und innerhalb der Bezirke, eine feministische Stadtplanung und die Abkehr von dem Konzept einer Stadtzentrumsfokussierten Verkehrspolitik. Zwischen den Außenbezirken sollen direktere, dezentrale Verbindungen geschaffen werden. Hierbei soll auch die Schaffung neuer Nachtbusverbindungen in den Rand- und Außenbezirken geprüft werden. Dabei setzen wir besonders auf den"
L-02-323	Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)	<b>In Zeile 323 einfügen:</b>  <b>Investition in den Klimaschutz.</b> <u>Doch der Spielraum für zusätzliche Einnahmen, um in den Klimaschutz investieren zu können, ist auf Landesebene begrenzt. Die Schuldenbremse verlagert notwendige Ausgaben für Instandhaltung, Energieeffizienz und Energieeinsparung auf zukünftige Generationen. Das ist ungerecht und verschärft die Klimakrise. Wer heute dafür sorgt, dass Gebäude und Infrastruktur gut in Schuss sind, vermeidet Energieverschwendung und Kostenexplosionen. Deswegen wollen wir einen kreditfinanzierten Topf für generationengerechte Investitionen in die Zukunft schaffen.</u>	erledigt durch mod Ü L-02-068
L-02-329	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 329 bis 331 löschen:</b>  verteuern und das Abschleppen schneller durchzuführen. <del>Auch Sharing-Angebote haben auf den Fußwegen nichts zu suchen. Hier werden wir dafür sorgen, dass Abstellflächen auf der Straße oder auf Parkplätzen geschaffen werden.</del>	Übernahme
L-02-331	Florian Maaß (KV Mitte)	<b>In Zeile 331 einfügen:</b>  <b>oder auf Parkplätzen geschaffen werden.</b> <u>Wir wollen außerdem eine klimaneutrale Schifffahrt in Berlin ermöglichen. Dazu gehört, dass wir uns weiterhin für eine Umweltzone auch für Binnen- und Fahrgastschiffe einsetzen und die Umrüstung auf elektrische oder emissionsarme Antriebe fördern, sowie den Ausbau von Elektroanleger.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 331 nach "Parkplätzen geschaffen werden":</b> "Wir wollen uns außerdem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Schifffahrt in Berlin bis 2030 klimaneutral wird. Dazu gehört, dass wir eine Umweltzone auch für Binnen- und Fahrgastschiffe einführen und die Umrüstung auf elektrische und emissionsarme Antriebe fördern, sowie den Ausbau von Elektroanleger vorantreiben. Sport- und Privatschifffahrt mit Verbrennungsmotoren wollen wir in Berlin einstellen".
L-02-337	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 337 einfügen:</b>  <b>wollen sie immer weiter ausbauen.</b> <u>So wollen wir Liefer-Kooperationen fördern, damit die Anzahl an Fahrten und Leerfahrten massiv gesenkt wird. Dazu wird im Innenstadtring ab 2025 nur noch emissionsfreier Lieferverkehr zugelassen.</u> Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 337 nach "immer weiter ausbauen":</b> "So wollen wir Liefer-Kooperationen fördern, damit die Anzahl an Fahrten und Leerfahrten massiv gesenkt wird. Dazu wird im Innenstadtring bis spätestens 2030 nur noch emissionsfreier Lieferverkehr zugelassen. Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den"
L-02-337-2	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 337 einfügen:</b>  <b>wollen sie immer weiter ausbauen.</b> <u>Langfristig wollen wir den Paketlieferverkehr emissionsfrei gestalten, damit auch dieser Sektor ab 2035 Klimaneutral ist.</u> Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den	Übernahme
L-02-339	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 339 einfügen:</b>  <b>weiter entlasten. Gerade die Digitalisierung bietet hier viele Möglichkeiten.</b> <u>Um die Problematik kurzfristig zu entschärfen, ist die Umwandlung von Parkplätzen zu Ladezonen ein geeignetes Mittel.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 339 nach "bietet hier viele Möglichkeiten":</b> Um die Problematik kurzfristig zu entschärfen, können Parkplätze unter anderem auch in Ladezonen umgewandelt werden".

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-342	LAG Umwelt (beschlossen am: 14.11.2019)	<b>In Zeile 342 einfügen:</b>  geschaffen. <u>Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur ein.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 342 nach "geschaffen":</b> "Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur ein, der jedoch unserem Ziel von autofreien Kiezen nicht entgegenstehen darf".
L-02-342-2	Kreisverband Charlottenburg- Wilmersdorf (beschlossen am: 26.11.2019)	<b>In Zeile 342 einfügen:</b>  geschaffen. <u>Um die Verkehrswende in Berlin umzusetzen, dürfen wir nicht auf die Landes-Zuständigkeit für Planfeststellungsverfahren zum Autobahnbau verzichten.</u>	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeile 342 nach "geschaffen":</b> "Um die Verkehrswende in Berlin umzusetzen, wollen wir prüfen, ob es sinnvoll ist, die Landeszuständigkeit für Planfeststellungsverfahren beim Autobahnbau zu behalten".
L-02-342-3	Matthias Oomen (KV Charlottenburg- Wilmersdorf)	<b>In Zeile 342 einfügen:</b>  geschaffen. <u>Beim Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur, die wir grundsätzlich fördern wollen, achten wir strikt darauf, dass die Ladepunkte unserem höheren Ziel der autofreien Kieze und der autofreien Innenstadt nicht entgegenstehen. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Förderung von Ladestationen für gewerblichen Bedarf und bauen Ladestationen für private Nutzer*innen nicht inmitten von Wohngebieten, die eigentlich bevorzugt komplett autofrei sein sollten, sondern wählen gezielt Lagen entlang von Haupterschließungsstraßen aus.</u>	erledigt durch L-02-342
L-02-343	Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)	<b>In Zeile 343:</b>  Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage <del>und</del> mehr <u>Schul- und</u> Spielstraßen für Kinder die Kieze	erledigt durch L-02-343-2
L-02-343-2	Matthias Oomen (KV Berlin- Charlottenburg/Wilmers- dorf)	<b>Von Zeile 343 bis 344:</b>  <del>Kurzfristig wollen wir durch großräumige, regelmäßige autofreie Sonntage</del> <del>Sonn- und mehr Spielstraßen für Kinder</del> <del>Feiertage</del> die Kieze vom Autoverkehr entlasten und <u>so</u> die Lebensqualität <u>wirksam und wiederkehrend</u> steigern. <u>An Werktagen stellen wir durch mehr Spielstraßen sicher, dass Kinder ihre Räume zum spielen haben und die Kieze entlastet werden.</u> Darüber hinaus wollen wir prüfen,	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeilen 343 bis 344 nach "Kurzfristig wollen wir durch:</b> "großräumige, regelmäßige autofreie Sonn- und Feiertage die Kieze vom Autoverkehr entlasten und so die Lebensqualität steigern. An Werktagen stellen wir durch mehr Schul- und Spielstraßen - auch temporäre in Kooperation mit der Anwohner*innenschaft - sicher, dass Kinder ihre Räume zum Spielen haben und die Kieze entlastet werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen",
L-02-343-3	Vasili Franco (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber- g)	<b>In Zeile 343 einfügen:</b>  <del>Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage und mehr Spielstraßen</del> <u>- auch temporäre in Kooperation mit der Anwohner*innenschaft -</u> für Kinder die Kieze	erledigt durch L-02-343-2
L-02-344	LAG Bauen (beschlossen am: 13.11.2019)	<b>Von Zeile 344 bis 348:</b>  <del>vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen auch hitzefrei geben können, um dort für Abkühlung und Erholung zu sorgen. Dies kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis 2030 die Innenstadt zu einer</del> <u>Darüber hinaus wollen wir Hitzeinseln entschärfen, indem wir in jedem Bezirk - beginnenden in besonders hitzebelasteten Kiezen - beteiligungsorientiert, experimentell und mit zunächst temporären Elementen Wohnstraßen zu autofreien Modellstraßen umbauen, mit Entsiegelung von ehemaligen Verkehrsflächen, Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten, kühlendem und artenreichem Stadtgrün und Trinkbrunnen. So schaffen wir Begegnungsorte und klimangepasste grüne Oasen, kühlend an heißen Sommertagen, und als Schwammstadt zur Abmilderung von Starkregen. Auch dies ist Teil unseres Beitrags zur Verkehrswende, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis 2030 die Innenstadt zu einer autoarmen</u> <u>Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug</u>	modifizierte Übernahme  <b>Füge ein in Zeilen 344 bis 348:</b> "vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen auch hitzefrei geben können. Wir wollen Hitzeinseln entschärfen, indem wir in jedem Bezirk - beginnenden in besonders hitzebelasteten Kiezen - Wohnstraßen zu autofreien Modellstraßen umbauen. Dazu werden wir ehemalige Verkehrsflächen entsiegeln, Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten schaffen sowie kühlendes und artenreiches Stadtgrün und Trinkbrunnen bauen. Auch dies ist Teil unseres Beitrags zur Verkehrswende, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis 2030 die Innenstadt zu einer autoarmen Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-347	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 347 bis 348:</b>  nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir <del>autofreie Kieze</del> , <u>eine im Grundsatz</u> autofreie <del>Straßen-</del> <u>Innenstadt</u> , und <u>zum Übergang dahin</u> bis <u>spätestens</u> 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug <u>[Zeilenumbruch]</u>	Übernahme
L-02-348	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 348 einfügen:</b>  <u>und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten und diese sukzessive auf weitere Teile Berlins ausdehnen</u> , in der kein Fahrzeug	Übernahme
L-02-348-2	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 348 bis 349:</b>  <u>und bis 2030</u> <del>2025</del> die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein <del>Fahrzeug mit</del> <u>Verbrennungsmotor</u> <u>Auto in Individualbesitz</u> mehr fahren darf.	Abstimmung
L-02-349	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 349 einfügen:</b>  <u>mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Bis dahin setzen wir uns für die Erhöhung der Verkehrssicherheit und Luftreinhaltung für eine Regelgeschwindigkeit von 30km/h auf allen Hauptstraßen ein.</u>	Übernahme
L-02-349-2	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 349 einfügen:</b>  <u>mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Wir positionieren uns klar gegen Scheinlösungen, wie E-Roller, die in aktueller Form weder klimaschonend sind, noch zu einer echten Verkehrswende beitragen. Der Senat soll Kriterien ausarbeiten, wie diese im Sinne der Klimagerechtigkeit einen sinnvollen Teil zur Verkehrswende leisten.</u>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-349-3	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 349 einfügen:</b>  <u>mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Der Sport- und Privatschiffverkehrsverkehr mit Motorbooten ist ein klimaschädlicher Luxus, den sich nur wenige, wohlhabende Menschen leisten können. Im Sinne einer lokalen und globalen Klimagerechtigkeit fordern wir, dass er eingestellt werden soll.</u>	erledigt durch L-02-331
L-02-349-4	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 349 einfügen:</b>  <u>mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Durch seine Flüsse, Kanäle und Seen ist Berlin auch vom Schiffsverkehrsverkehr geprägt. Klimaschutz darf hier nicht Halt machen – nicht nur Autos, sondern auch Boote müssen auf lange Sicht emissionsfrei werden. Wir fordern deshalb: Boote mit alternativen Antrieben müssen verstärkt gefördert werden und diesel- und gasbetriebene Schiffsmotoren zunehmend abgeschafft werden. Deswegen wird ab 2030 auch der Schiffsverkehr in Berlin klimaneutral betrieben.</u>	erledigt durch L-02-331

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-349-5	Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<p><b>Nach Zeile 349 einfügen:</b></p> <p><u>Die Verkehrswende bezieht sich auch auf den Flugverkehr, dessen bislang ungebremstes Wachstum wir in Berlin beenden wollen durch das Durchsetzen eines Nachtflugverbots zwischen 22 und 6 Uhr, mit Hilfe von Start- und Landeentgelten und, indem wir eine Änderung des Landesreisekostengesetzes anstreben, damit Flugreisen innerhalb Deutschlands nicht mehr erstattungsfähig sind. Staatliche Institutionen müssen auch bei der Reduzierung des Flugverkehrs eine Vorbildrolle einnehmen. Über den Bundesrat streben wir weitere Initiativen an, die Flugreisen innerhalb Deutschlands bis 2030 unnötig machen sollen.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Nach Zeile 349 einfügen:</b> "Auch beim Flugverkehr werden wir die Verkehrswende vorantreiben. Wir wollen auf Bundesebene darauf hinwirken innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch schnelle und bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig zu machen. Das Land Berlin sollte umgehend alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um die Alternativen zum Flugverkehr auf innerdeutschen und inhereuropäischen Kurz- und Mittelstrecken von und nach Berlin zu stärken. Das Landesbeamten-gesetz und entsprechende Verwaltungsvorschriften sollen so angepasst werden, dass klimafreundliches Reisen der Landesbediensteten zum Standard wird."</p>
L-02-356	Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)	<p><b>Von Zeile 356 bis 357 einfügen:</b></p> <p><u>Landwirtschaft zu sorgen. Global betrachtet verursacht die Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich. Die Studien der letzten Jahre und der im August 2019 veröffentlichte IPCC-Bericht zeigen deutlich, dass zum Erreichen der Klimaziele eine massive Reduktion des Konsums von Tierprodukten notwendig ist. Deshalb geht für uns Klimaschutz nur Hand in Hand mit einer Ernährungswende, die die Förderung pflanzlicher Ernährung einschließt. Dazu gehört auch ein radikaler Wandel in der Gemeinschaftsverpflegung. In</u></p>	Übernahme
L-02-362	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Von Zeile 362 bis 363:</b></p> <p><u>das Angebot so umzustellen, dass deutlich mehr ausschließlich regionale, ökologische und vegan-vegetarische Produkte angeboten werden. Damit wir Fleisch und tierische Produkte in Massen konsumieren können, werden in Ländern des globalen Südens Regenwälder abgeholzt und Menschen, besonders indigene Bevölkerungsgruppen, vertrieben und verdrängt. Dies wollen wir nicht unterstützen.</u></p>	Übernahme
L-02-365	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 365 einfügen:</b></p> <p><u>Gemeinschaftsverpflegung hin zu regionalen, saisonalen, veganen und ökologischen Produkten einen</u></p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p><b>Füge ein in Zeile 365:</b> "Gemeinschaftsverpflegung hin zu regionalen, saisonalen, vegetarischen, veganen und ökologischen Produkten einen"</p>
L-02-367	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>In Zeile 367 einfügen:</b></p> <p><u>Ernährungswende in Berlin und die Agrarwende in der Region hängen eng zusammen. Wir wollen eine pflanzliche Ernährung fördern und das pflanzliche Ernährungsangebot verbessern. Dadurch ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen.</u></p>	Übernahme
L-02-373	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>In Zeile 373 einfügen:</b></p> <p><u>produzierten Lebensmitteln fordert. Insbesondere die vegan-vegetarische Ernährung sollte dabei stark im Fokus stehen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren und die nachhaltige Produktion unserer Lebensmittel zu stärken. So schaffen wir Strukturen, die dauerhaft für eine</u></p>	Übernahme
L-02-373-2	Isaro Idris (KV Berlin-Mitte)	<p><b>In Zeile 373 einfügen:</b></p> <p><u>produzierten Lebensmitteln fordert. Ein weiterer wichtiger Punkt wäre, Bioprodukte steuerlich zu begünstigen, damit mehr Verbraucher darauf umsteigen können.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 373:</b> "produzierten Lebensmitteln fordert. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Bioprodukte steuerlich zu begünstigen".</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-388	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 388 einfügen:</b>  für Insekten und Bienen dar. <u>Insekten wiederum die Nahrungsgrundlage für in der Stadt ansässige Vögel und Säugetiere.</u> Mehr und besseres Grün trägt dabei also nicht nur zu einer	Übernahme
L-02-393	Vasili Franco (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<b>In Zeile 393 einfügen:</b>  tragen, dass das Grün in der Stadt weiter wächst. <u>Wir stehen weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes als eine der größten und wichtigsten Grünflächen und damit grüne Lunge Berlins.</u>	Übernahme
L-02-396	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 396 einfügen:</b>  und begrünt werden können. <u>Und auch einen Teil von ehemaligen Autostraßen wollen wir entsiegeln.</u> Damit dauerhaft das Grün in der Stadt wächst, müssen wir den	Übernahme
L-02-405	Brigitte Kallmann (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<b>Nach Zeile 405 einfügen:</b>  <u>In Anlehnung an den Leitantrag zum Klimaschutz der BDJ im November wollen wir, dass die Ausgleichmaßnahmen planungsrechtlich so ausgestaltet werden, dass eine entsiegelte Fläche nicht kleiner als die neu versiegelte sein darf und vier junge Bäume einen alten Baum ersetzen.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Nach Zeile 405 einfügen:</b> "Ausgleichsmaßnahmen müssen planungsrechtlich so ausgestaltet werden, dass eine entsiegelte Fläche nicht kleiner als die neu versiegelte sein darf. Bei Baumfällungen sollen alte Bäume durch vier junge Bäume oder vergleichbare Maßnahmen kompensiert werden. Prioritär soll das, wo möglich, über den Mechanismus des Biotopflächenfaktor geschehen. Außerdem sollen alle Emissionen des Landes ab 2030 durch Klimaschutzfonds ausgeglichen werden."
L-02-416	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 416 einfügen:</b>  naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege. <u>Bei Park-, Ufer- und Platzsanierungen werden artenschutzfachliche Belange in die Planungen einbezogen.</u>	Übernahme
L-02-416-2	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 416 einfügen:</b>  naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege. <u>Es soll Möglichkeiten geben für Anwohner*innen sich bei der Nutzung und Bepflanzung von stadteigenen Grünflächen zu beteiligen. So können auch diese zu Begegnungsräumen werden und das Miteinander stärken.</u>	Übernahme
L-02-416-3	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>In Zeile 416 einfügen:</b>  naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege. <u>Dafür müssen Grünflächenämter mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden.</u>	erledigt durch L-02-109

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-438	Stephanie Stockklauser (KV Lichtenberg)	<p><b>Nach Zeile 438 einfügen:</b></p> <p><u>Auch die Berliner Wirtschaft muss sich zukunftsfähig aufstellen. Dies wird nur gelingen, wenn sie weniger Ressourcen verbraucht und weniger CO2 ausstößt. Wir wollen deshalb die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft stärker fördern. Berliner Unternehmen zeigen heute schon, wie mit Digitalisierung, Vernetzung und Kooperation Ressourcen eingespart werden können. Nirgends gibts es mehr Startups im Bereich der nachhaltigen Wirtschaft als hier. Dies liegt auch an der starken Forschungs- und Innovationslandschaft, gerade in Bereichen wie Clean Technologies und Energiewende oder Material Efficiency. Um den Transfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft zu stärken, sollen Netzwerke und Kooperationen besser gefördert werden. Auch die Zukunftsorte, in denen die Innovationen entwickelt und ausgerollt werden, müssen langfristig gesichert werden.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 445 einfügen:</b> "Die Berliner Wirtschaft muss sich zukunftsfähig aufstellen. Dies wird nur gelingen, wenn sie weniger Ressourcen verbraucht und weniger CO2 ausstößt. Wir wollen deshalb die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft stärker fördern. Berliner Unternehmen zeigen heute schon, wie mit Digitalisierung, Vernetzung und Kooperation Ressourcen eingespart werden können. Nirgends gibts es mehr Startups im Bereich der nachhaltigen Wirtschaft als hier. Dies liegt auch an der starken Forschungs- und Innovationslandschaft. Diese wollen wir weiter stärken und Berlin auch international als Zukunftslabor für klimaneutrale Technologien platzieren. Um den Transfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft zu stärken, sollen Netzwerke, Kooperationen und bereits im BEK vorgesehene Stellen finanziell und personell gestärkt und gefördert werden. Hierzu ist es auch entscheidend, dass Senatsübergreifend zusammengearbeitet wird".</p>
L-02-442	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 442:</b></p> <p><b>transparent machen und einen Fahrplan entwickeln, wie sie <u>möglichst schnell</u> schrittweise auf 100% bis 2030 klimaneutral</b></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 442:</b> "transparent machen und um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müssen die landeseigenen Unternehmen verbindliche Konzepte entwickeln"</p>
L-02-446	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 446 löschen:</b></p> <p><b>Die Förderbank des Landes Berlin (IBB) soll ihre Förderpolitik <u>soweit wie möglich</u> an den</b></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>In Zeile 446 löschen:</b> "Die Förderbank des Landes Berlin (IBB) soll ihre Förderpolitik soweit rechtlich möglich an den"</p>
L-02-460	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 460 einfügen:</b></p> <p><b>werden wir unterstützen, diesen Schritt zu wagen.</b></p> <p><u>Die Klimakrise ist eine der Folgen unseres Wirtschaftens. Obwohl schon seit den 1970er Jahren die Auswirkungen unseres Wirtschafts- auf das Ökosystem bekannt ist, haben wir es nicht geschafft, dieses System nachhaltig umzugestalten. Das hängt auch mit der Art und Weise zusammen, wie wir über Wirtschaft nachdenken und sprechen. Eingriffe, wie zum Beispiel der von der BDK 2019 vorgeschlagene CO2-Preis, können helfen Symptome zu bekämpfen, lösen aber nicht die ursächlichen Fehlstellungen in unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, das momentan vorherrschende Dogma eines Dualismus zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen Markt und Staat zu hinterfragen und aufzubrechen, indem andere Formen des Wirtschaftens, wie zum Beispiel Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohlökonomie und Solidarische Wirtschaftsformen gezielt gefördert werden. Es geht darum, das Ziel der Profitmaximierung gegen die Gemeinwohlorientierung auszutauschen, nicht mehr die Mittel wie Geld, Wachstum und Innovation in den Mittelpunkt zu stellen, sondern die Ziele: Menschenwürde, Lebensqualität, Chancengleichheit und Freiheit. Dazu reicht es nicht bestimmte Praktiken zu fördern, sondern wir müssen auch lernen umzudenken. Die Wirtschaftswissenschaft muss pluraler werden. Wir unterstützen deshalb die Forderungen des "Netzwerks für Plurale Ökonomie" nach einer Wirtschaftswissenschaft, die sich mit den heutigen Herausforderungen auseinandersetzt und die mit Hilfe verschiedener Theorien und Methoden untersucht. Denn um unsere Wirtschaft strukturell umzugestalten und nachhaltig umzugestalten, brauchen wir nicht Innovation als Wirtschaftstreiber, wir brauchen Innovation im ökonomischen Denken.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 460 nach "diesen Schritt zu wagen":</b> "Die Klimakrise ist eine der Folgen unseres ressourcenverbrauchenden Wirtschaftswachstums, welchem wir kritisch gegenüber stehen. Wir haben es nicht geschafft, dieses System nachhaltig umzugestalten. Eingriffe, wie ein CO2-Preis, können helfen Symptome zu bekämpfen, lösen aber nicht die ursächlichen Fehlstellungen in unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund setzen wir uns für andere Formen des Wirtschaftens, wie zum Beispiel Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohlökonomie und Solidarische Wirtschaftsformen ein. Wir wollen dem Ziel der Gemeinwohlorientierung vor dem Ziel der Profitmaximierung Vorrang geben. Nicht mehr die Mittel wie Geld, Wachstum und Innovation sollen im Mittelpunkt stehen, zu stellen, sondern die Ziele: Menschenwürde, Lebensqualität, Chancengleichheit und Freiheit. Dazu reicht es nicht bestimmte Praktiken zu fördern, sondern wir müssen auch lernen umzudenken. Die Wirtschaftswissenschaften müssen pluraler werden. Wir unterstützen deshalb die Forderungen des "Netzwerks für Plurale Ökonomie" nach einer Wirtschaftswissenschaft, die sich mit den heutigen Herausforderungen auseinandersetzt. Denn um unsere Wirtschaft strukturell und nachhaltig umzugestalten, brauchen wir nicht Innovation als Wirtschaftstreiber, wir brauchen Innovation im ökonomischen Denken".</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-02-466	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p><b>In Zeile 466 einfügen:</b></p> <p><b>nicht mit klimaschädlichen Geschäften erwirtschaftet werden.</b></p> <p><u>Ein wichtiger Faktor und ein wichtiges Schaufenster für klimaverantwortliches wirtschaften und finanzieren ist die Berliner Messe, mit ihrem weltweit beachteten Produkt- und Leistungsschauen. Wir stehen dafür, dass unsere Messe immer mehr zur grünen Messe wird. Wir werden deshalb bspw. für die Internationale Grüne Woche (IGW) mit besonderen Zielvorgaben und Preiskonditionen den Anteil der Bio-Erzeuger*innen erweitern oder auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) gezielt Anbieter*innen von klimafreundlichen Reisen fördern. Besonders die Signalkraft von neuen Messen oder Messen, die aus anderen Städten nach Berlin umziehen, halten wir für wichtig. Wir wollen, dass Berlin für Öko-Innovation steht und nicht für die Wirtschaft von vorgestern. Wir werden uns deshalb nur dann um die Internationale Automobilausstellung (IAA) an unserer Messe bemühen, wenn der Veranstalter vertraglich für die nahe Zukunft einen Mindestanteil an Elektrofahrzeugen von 25% akzeptiert, diese jährlich um mindestens 5% steigert und ab 2030 komplett auf die Ausstellung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren verzichtet.</u></p>	Erledigt durch "Anlage L-02 Zeilen 298 bis 307"
L-02-467	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Nach Zeile 467 einfügen:</b></p> <p><u>Wir stehen einem Wirtschaftssystem, welches auf endlosen Wachstum und Ausbeutung basiert generell sehr kritisch gegenüber und glauben nicht, dass darin die 1,5 Grad Grenze eingehalten werden kann. Deshalb wollen wir diese Strukturen ändern.</u></p>	erledigt durch modifizierte Übernahme L-02-460
L-02-471	Landesvorstand GJ Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>Von Zeile 471 bis 473:</b></p> <p>ökologische Transformation konsequent und dauerhaft umsetzen können. <del>Für uns ist klar, dass wir Berlin klimaneutral umbauen müssen – und zwar jetzt! Dabei ist für uns nicht eine große Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO<sub>2</sub> wir einsparen.</del> Für uns ist klar, dass Berlin bis 2030 klimaneutral sein muss</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein in Zeilen 471 bis 473:</b> "Für uns ist klar, dass Berlin das 1,5 Grad Ziel einhalten und dafür schnellstmöglich klimaneutral werden muss."</p>
L-02-474	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 474:</b></p> <p>Entscheidend ist, dass wir <del>radikal vernünftige</del> <u>die notwendigen</u> Maßnahmen <del>so schnell wie möglich</del></p>	zurückgezogen
L-02-474-2	Landesvorstand GJ Berlin (beschlossen am: 28.11.2019)	<p><b>In Zeile 474:</b></p> <p>Entscheidend ist, dass wir <del>radikal vernünftige</del> <u>die notwendigen</u> Maßnahmen <del>so schnell wie möglich</del></p>	erledigt durch L-02-474

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
<b>SÄA1: §13, Absatz 2 "Besondere Dringlichkeit" (von: Landesvorstand (beschlossen am: 12.09.2019))</b>			
<b>SÄA2: §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen" (von: Landesvorstand (beschlossen am: 12.09.2019))</b>			
SÄA2-004	Michael Greiner (Abteilung Wissenschaft)	<b>In Zeile 4:</b>  gemacht. <sup>2</sup> Antragsberechtigt sind <b>Kreisverbände</b> <b>Bezirksgruppen</b> und <b>Kreisvorstände</b> <b>Bezirksvorstände</b> ,	erledigt durch SÄA2-004-2
SÄA2-004-2	Landesvorstand (beschlossen am: 21.11.2019)	<b>Von Zeile 4 bis 6:</b>  <b>gemacht. 2Antragsberechtigt sind Kreisverbände und Kreisvorstände</b> <b>Kreisvorstände/Geschäftsführende Ausschüsse</b> , Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, <del>innerparteiliche Vereinigungen, die Mitgliederversammlung oder der Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin</del> , die Antragskommission	modifizierte Übernahme:  "Antragsberechtigt sind Bezirksgruppen, Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, Aktiventreffem und Mitgliederversammlung der Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission.."
SÄA2-004-3	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain- Kreuzberg)	<b>In Zeile 4 löschen:</b>  gemacht. <sup>2</sup> Antragsberechtigt sind <b>Kreisverbände</b> <del>und Kreisvorstände</del> ,	erledigt durch modÜ SÄA2-004-2
SÄA2-004-4	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>Von Zeile 4 bis 10:</b>  <del>gemacht. 2Antragsberechtigt sind Kreisverbände und Kreisvorstände, Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. 15 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens acht Frauen.3Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. [...]</del> <b>23Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten, frühestmöglich zugänglich gemacht. [...]</b>	erledigt durch Abstimmung SÄA 2
SÄA2-006	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 19.11.2019)	<b>In Zeile 6 einfügen:</b>  <b>Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen und deren Vorstände</b> , die Antragskommission	erledigt durch Übernahme SÄA2-004-2
SÄA2-007	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 7 bis 8:</b>  <b>im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. 45fünf</b> Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens <del>acht</del> <b>drei</b> Frauen.3Änderungsanträge <b>können auch von einzelnen Mitgliedern gestellt werden</b> , müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und	modifizierte Übernahme:  "im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen. Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen..."  Abtimmung 2) gegen SÄA2-007-5
SÄA2-007-2	Matthias Oomen (KV Berlin- Charlottenburg/Wilmers- dorf)	<b>Von Zeile 7 bis 8:</b>  im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. <del>15 Mitglieder</del> <b>fünf</b> Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens <del>acht Frauen</del> <b>drei</b> Frauen, <sup>3</sup> <b>Aus der Anzahl der Antragsteller*innen ergibt sich darüber hinaus eine Priorität für die Platzierung des Antrages auf der Tagesordnung, wobei dort eine Gruppierung von Anträgen in Leitträgen und verschiedene Anträge davon ungeachtet möglich ist. Änderungsanträge unterliegen keiner Mindestanzahl an gemeinschaftlichen Antragsteller*innen.</b> Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
SAA2-007-3	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 19.11.2019)	<b>Von Zeile 7 bis 8:</b>  im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. <del>15</del> <sup>4</sup> Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter <del>mindestens-acht</del> <sup>mindestens</sup> 2 Frauen. <sup>3</sup> Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und	zurückgezogen
SAA2-007-4	Tilo Fuchs (KV Mitte)	<b>Von Zeile 7 bis 8:</b>  <del>im Rahmen ihrer Aufgaben und</del> <sup>oder</sup> mind. 15 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, <del>darunter mindestens-acht Frauen-wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist</del> <sup>3</sup> Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und	modifizierte Übernahme:  im Rahmen ihrer Aufgaben oder mind. [...] Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen, wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist. Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und  [...] je nach Ergebnis Abstimmung 2
SAA2-007-5	Tobias Balke (KV Charlottenburg- Wilmersdorf)	<b>Neuer Titel:</b> <b>§13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen" / Antragsrecht für jedes Mitglied</b>  <b>Von Zeile 7 bis 8:</b>  im Rahmen ihrer Aufgaben und <del>mind</del> <sup>jed</sup> es Mitglied, <del>einzel</del> <sup>und</sup> <del>gemeinsam mit anderen Mitgliedern.</del> <sup>15</sup> Mitglieder, <del>die-gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens acht Frauen,</del> <sup>[Leerzeichen]</sup> Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und	Abstimmung 2) vs. modÜ SAA2-007
<b>SAA3: §13, Absatz 5 "Antragskommission" (von: Landesvorstand (beschlossen am: 26.09.2019))</b>			
SAA3-011	André Schulze (KV Berlin-Neukölln)	<b>Von Zeile 11 bis 13:</b>  übernimmt im Vorfeld der LMV die Antragskommission. <del>Sie setzt sich zusammen aus zwei vom Landesvorstand entsendeten-Mitgliedern, die nicht die Landesvorsitzenden sein können und sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder.</del> <sup>Sie setzt sich zusammen aus acht durch die LMV zu wählende Mitglieder.</sup> Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre.	Übernahme
SAA3-013	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>In Zeile 13 einfügen:</b>  sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder, <u>die zum Zeitpunkt der Wahl keine Parlamentarier*innen sind.</u> Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre.	zurückgezogen
SAA3-013-2	André Schulze (KV Berlin-Neukölln)	<b>In Zeile 13 einfügen:</b>  sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. <u>Für jeweils eine LMV können die gewählte Antragskommission und der Landesvorstand bei besonderem Bedarf der LMV gemeinsam bis zu vier weitere Mitglieder für die Antragskommission vorschlagen.</u>	Übernahme
SAA3-013-3	Enad Altaweel (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzber g)	<b>In Zeile 13 einfügen:</b>  <del>sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Wahl keine Parlamentarier*innen oder</del> <sup>Senatsmitglieder sind.</sup> Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre.	modifizierte Übernahme: "...Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Wahl keine Regierungsmitglieder sind und maximal zur Hälfte dem Abgeordnetenhaus, dem Bundestag oder dem Europaparlament angehören dürfen."  Abstimmung diese modÜ gegen SAA3-013-3

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
<b>SÄA4: §17, Absatz 4 "Einladungsfrist" (von: Landesvorstand (beschlossen am: 12.09.2019))</b>			
SÄA4-002	Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 2:</b>  (4)*Der Landesausschuss tagt mindestens <del>6</del> <sup>2</sup> -mal im Kalenderjahr <b>und ist vom Landesvorstand mit</b>	zurückgezogen
<b>SÄA5: §19, Absatz 2 "LPR-Mitglieder" (von: Landesvorstand (beschlossen am: 12.09.2019))</b>			
<b>V-01: Gesundheitsschutz in Shisha-Bars umsetzen (von: Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf))</b>			
V-01-002	Bernd Szczepanski (KV Neukölln)	<b>Von Zeile 2 bis 4:</b>  <del>Mehr als 300 Shisha-Bars in Berlin bereichern das Leben vorwiegend junger Menschen. Sie spiegeln die kulturelle Vielfalt wider und sind ein wichtiger sozialer Treffpunkt und auch ein Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt.</del> <u>Mehr als 300 Shisha-Bars in Berlin beräuchern das Leben vorwiegend junger Menschen.</u>	Nichtbefassung
V-01-010	Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)	<b>In Zeile 10 einfügen:</b>  <b>Konsumierenden und der Beschäftigten zu gewährleisten. Denn eine überhöhte <u>Feinstaub- und</u> Kohlenmonoxid-</b>  Von Zeile 15 bis 18:  erheblich durch die geruchsintensiven Emissionen belästigt werden. <del>Und es mehren sich die Untersuchungen, die zeigen: sowohl das aktive Rauchen als auch das Passivrauchen von. Einige suchtfährende und gesundheitsschädliche Stoffe, beispielsweise Nikotin oder Kohlenmonoxid, kommen im Shisha-Tabak aus der Umgebungsluft Rauch sogar in größeren Mengen vor als im Zigarettenrauch. Wer zwei bis drei Tabakköpfe pro Tag raucht, ist mindestens genauso gesundheitsschädlich nach heutigem Kenntnisstand ähnlichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt wie E-Zigaretten, Zigaretten, Zigarren und Pfeifen beim regelmäßigen Rauchen von Zigaretten.</del> <u>Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Werbeverbot für Tabakprodukte und eine Besteuerung von Tabakprodukten ein, die sich am Gefährdungspotential orientiert</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 10:</b> "Konsumierenden und der Beschäftigten zu gewährleisten. Denn eine überhöhte Feinstaub- und Kohlenmonoxid-Belastung..."  <b>Füge ein von Zeile 15 bis 18:</b> "...erheblich durch die geruchsintensiven Emissionen belästigt werden. Einige suchtfährende und gesundheitsschädliche Stoffe, beispielsweise Nikotin oder Kohlenmonoxid, kommen im Shisharauch sogar in größeren Mengen vor als im Zigarettenrauch. Wer zwei bis drei Tabakköpfe pro Tag raucht, ist nach heutigem Kenntnisstand ähnlichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt wie beim regelmäßigen Rauchen von Zigaretten. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Werbeverbot für Tabakprodukte ein."

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-01-036	Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<p><b>Nach Zeile 36 einfügen:</b></p> <p><u>Zudem fordern wir die Regierungsfractionen auf, dass sie sicher stellen, dass ähnliche Maßnahmen durch die Überarbeitung des Berliner Nichtrauchererschutzgesetzes in Klubs und Bars auch gelten.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein von Zeile 31 bis 34 (neuer Bullet point):</b>                      "- Jede Shisha-Bar muss über eine Abzugsanlage mit Geruchsfilter verfügen, auch in den Bereichen, in denen die Kohle vorgeglüht wird. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die Abluft der Abzugsanlagen vollständig über das Dach erfolgt, um Anwohner*innen vor den Rauchgasen zu schützen."</p> <p><b>Füge ein in Zeile 36 (neuer Bullet point):</b>                      "- Die Zubereitung der Kohlen, ihre Lagerung und Entsorgung sind in Bezug auf die Brandgefahr klar zu regulieren."</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 36 (neuer Bullet point):</b>                      "- Zudem fordern wir die Regierungsfractionen auf, dass sie sicher stellen, dass ähnliche Maßnahmen durch die Überarbeitung des Berliner Nichtrauchererschutzgesetzes in Klubs und Bars auch gelten."</p>
<b>V-02: Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen (von: Frank Schmutzsch (KV Tempelhof-Schöneberg))</b>			
V-02-001	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 1:</b></p> <p>Demokratisierung der E-Mobilität – <del>eMobi Pass als</del><u>für eine</u> gleichberechtigte Förderung für Berliner</p>	erledigt durch V-02-001-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-02-001-2	Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow)	<p><b>Von Zeile 1 bis 2:</b></p> <p><del>Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi-Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen-</del>  <del>Streiche Zeile 1 bis 91 und ersetze durch GLOBALALTERNATIVE:</del></p> <p><u>Die Verkehrswende ist mehr als nur die Antriebswende - umweltfreundliche Mobilität und Teilhabe für alle.</u></p> <p><u>Berlin wächst, die Menschen drängeln sich auf Straßen, Radwegen, in Bahn und Bus. Die Trendwende beim ÖPNV ist eingeleitet. Innerhalb von 15 Jahren werden mindestens 28 Milliarden Euro ins System fließen. Die Misere des öffentlichen Nahverkehrs soll spätestens im Jahr 2035 der Vergangenheit angehören.</u></p> <p><u>Diesen sehr langen Zeitraum können wir jedoch nicht verstreichen lassen, ohne die Senkung der lokalen CO2-Emissionen, die Verringerung der Emissionen von Schadgasen (v.a. NOx) und Feinstauben, die Steigerung der Verkehrssicherheit, die Flächengerechtigkeit, sowie die stadtweite Lärminderung in Berlin voranzutreiben.</u></p> <p><u>Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, müssen wir für eine massive Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt sorgen. Um Autofahrer*innen zum Umstieg auf bessere Verkehrsmittel zu bewegen, sind einerseits Maßnahmen nötig, die es unattraktiv machen, mit dem Auto oder anderen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor in Berlin unterwegs zu sein, und andererseits müssen positive Anreize für den Umstieg auf bessere Verkehrsmittel geboten werden.</u></p> <p><u>Verkehrsmittel, die im Einklang mit all unseren Zielen sind und deren Infrastruktur im Sinne einer schnellen Verkehrswende vergleichsweise günstig und schnell bereitgestellt werden kann, sind zum Beispiel Pedelecs, Elektrokleinstfahrzeuge und Fahrräder. Für Menschen, die regelmäßig Strecken von 10 km und mehr zurücklegen müssen, sind darüberhinaus S-Pedelecs eine Alternative, die jedoch in Deutschland durch ihre Gleichsetzung mit Mofas oft nicht auf Radverkehrsanlagen, sondern zwischen Autos und LKWs auf Straßen gefahren werden müssen.</u></p> <p><u>Während Elektroautos, die zumindest bei Lärm- und lokalen CO2-Emissionen einen Fortschritt darstellen, vom Markt bisher nicht angenommen werden und Subventionen benötigen, wurden im Jahr 2018 knapp eine Million Pedelecs in Deutschland verkauft - diese Form der Elektromobilität hat sich also mit einem Anteil von fast 25% aller verkauften Fahrräder bereits am Markt durchgesetzt und benötigt keine weiteren Subventionen.</u></p> <p><u>Das größte Potenzial für positive Anreize für den Umstieg aufs Pedelec, Elektrokleinstfahrzeug oder Fahrrad liegt ganz klar in der Verbesserung der Fahrrad-Infrastruktur, wie sie im Mobilitätsgesetz vorgesehen ist. Hierauf werden wir uns weiterhin fokussieren und den Ausbau mit finanziellen und personellen Mitteln vorantreiben. Um die Bedingungen für S-Pedelecs zu verbessern, werden die Bezirke in Berlin befähigt, geeignete Radverkehrsanlagen durch ein Zusatzschild für S-Pedelecs freizugeben, gegebenenfalls einhergehend mit einer Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf den betroffenen Wegen auf 30 km/h.</u></p> <p><u>Da positive Anreize alleine nicht ausreichen, werden zusätzlich Beschränkungen für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor etabliert.</u></p> <p><u>Um auch Menschen, die bisher auf ihr Verbrenner-Fahrzeug angewiesen sind, den Umstieg auf umweltfreundlichere Alternativen zu ermöglichen, werden wir eine Umweltprämie in Höhe von mindestens 200€ einführen, die bei endgültiger Außerbetriebnahme von fahrbereiten Verbrenner-Fahrzeugen und gleichzeitiger Neuanschaffung eines Fahrrads, Elektrokleinstfahrzeugs (nach eKFV) oder leichten E-Fahrzeugs der EG-Klassen L1e bis L2e (z.B. Pedelec, S-Pedelec, E-Motorroller), gezahlt wird. Bei Anschaffung eines Lastenrades als Ersatz für ein Verbrenner-Fahrzeug wird die Umweltprämie zusätzlich zur bereits 2018 erfolgreich eingeführten Berliner Lastenradförderung gezahlt. Die Laufzeit und das Budget der Umweltprämie werden großzügig gestaltet, sodass möglichst viele Berliner*innen davon profitieren können.</u></p> <p><u>Die Verkehrswende ist eine große Aufgabe für uns alle, die nur gelingen wird, wenn wir Mobilität für alle Menschen ermöglichen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen und mitzunehmen, wird die Berliner Umweltprämie daher durch eine geeignete Kommunikationskampagne begleitet werden.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme der <b>Globalalternative</b>.</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-02-010	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 10 bis 11 löschen:</b></p> <p><del>Sanktionen wie umweltbezogene Zwangsabgabe, Fahrverbote, oder Geschwindigkeitsbeschränkungen alleine führen nicht zu einem Umdenken der Verkehrsteilnehmer.</del> Laut Kraftfahrtbundesamt</p>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-015	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<p><b>In Zeile 15 einfügen:</b></p> <p>For2 electric drive erfolgten.</p> <p><u>Der Audi Q5 Diesel - Euro-Norm 6 - stößt die 19-fache Schadstoffmenge aus als gesetzlich erlaubt (siehe ARTE Reportage &amp; Dokumentation-Der Fall Audi). Bisher unveröffentlichte Schadstoffmessungen des Kraftfahrt-Bundesamtes belegen, dass "Fahrzeuge mit Euro 6 fahren hier herum, dabei liegen sie weit, weit über dem Grenzwert, so dass die nicht mal Euro 1 einhalten. Ein Grenzwert, der 1993 gegolten hat, wird von diesen neuen Fahrzeugen nicht eingehalten", sagt der DUH-Experte Friedrich. "Das ist natürlich ein unglaublicher Vorgang, dass die weiterhin unsere Luft verpesten dürfen." Bisher sind diese Fahrzeuge von Fahrverboten ausgenommen (siehe <a href="https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/10/abgase-dieselskandal-nox-messung-kraftfahrtbundesamt-autos-schmutzig.html">https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/10/abgase-dieselskandal-nox-messung-kraftfahrtbundesamt-autos-schmutzig.html</a>).</u> An Ampeln schaltet die Abgasreinigung mittels der eingebauten Betrugssoftware komplett ab. Kinder im Kinderwagen, die diese Abgase an einer Ampel einatmen, können aufgrund ihrer geringen Körpermasse erhebliche Gesundheitsschäden davontragen. Sogar ein neuer 40-Tonner-LKW ist sauberer durch die Abgasreinigung als diese Fahrzeuge.</p>	zurückgezogen
V-02-020	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 20 löschen:</b></p> <p>Förderung der E-Mobilität im Land Berlin. Aktuell bietet der Senat <del>nur</del> das Programm</p>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-022	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 22 bis 26:</b></p> <p>Wir <del>wollen</del><u>setzen</u> uns für die <b>Demokratisierung der E-Mobilität</b> in Berlin <del>einsetzen</del><u>ein</u>. <del>Ähnlich wie in München, sollten die</del><u>Dazu wollen wir</u> Fördermittel in Berlin allen Bürger*innen zugute kommen <del>lassen</del>. Im Bereich der Privataushalte sollte <del>der Umfang der Unterstützung auf die Förderung</del><u>eine Förderung</u> von <b>Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenrad mit oder ohne elektrischer Antrieb, E-Motorroller/E-Mopeds, sowie E-Tretroller</b> und sonstige Elektroleichtfahrzeuge der EG Klassen Le1e bis Le7e ausgeweitet werden. <u>Sharing-Modelle wollen wir dabei bevorzugt behandeln</u></p>	erledigt durch V-02-001-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-02-023	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<p><b>Von Zeile 23 bis 26 löschen:</b></p> <p><del>München, sollten die Fördermittel in Berlin allen Bürger*innen zugute kommen. Im Bereich der Privathaushalte sollte der Umfang der Unterstützung auf die Förderung von Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb, E-Motorroller/E-Mopeds und sonstige Elektroleichtfahrzeuge der EG-Klassen Le1e bis Le7e ausgeweitet werden.</del></p>	<p>Abstimmung:</p> <p><b>Streichung des Satzes in der Anlage 2_Modifizierte Übernahme Globalalternative zu V-02:</b> "Im Bereich der Privathaushalte sollte eine Förderung von Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb, Elektrokleinstfahrzeuge, E-Motorroller/E-Mopeds und sonstige Elektroleichtfahrzeuge bis 45km/h ausgeweitet werden."</p> <p><b>Streichung des Wortes "Privatpersonen" in folgendem Absatz der Anlage 2_Modifizierte Übernahme Globalalternative zu V-02:</b> "Mit der Einführung einer Förderung von e-Fahrzeugen können Privatpersonen, gemeinnützige Organisationen und Wohnungseigentümergeinschaften, die in Berlin gemeldet sind, diese Förderung beantragen".</p>
V-02-026	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 26:</b></p> <p>Elektroleichtfahrzeuge der EG Klassen Le1e bis Le7e <del>ausgeweitet</del><b>eingeführt</b> werden.</p>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-027	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 27 bis 34:</b></p> <p>Kopenhagen hat gezeigt, dass <del>die Mehrzahl der Radfahrer</del><b>die Radfahrer*innen</b> nicht <del>nur</del> aus rein grünen Motiven <del>auf</del><b>auf</b>s Rad umgestiegen sind, sondern weil sie <del>auch</del> einen Vorteil aus der Nutzung des Rads zogen: Zeit, Prestige und soziale Akzeptanz sind hier maßgebliche Faktoren. <del>Durch das Attraktiveren von Lastenpedelecs, E-Motorrollern &amp; Co kann man</del><b>[Leerzeichen]eine</b> <del>breitere Masse motivieren, für Berufs- oder Einkaufsfahrten ihren PKW Zuhause stehen zu lassen und auf Zweiräder umzusteigen. Diese einfache Veränderung des alltäglichen Mobilitätsverhaltens kann ohne aufwändige Eingriffe in die Infrastruktur zu einer spürbaren Reduzierung des innerstädtischen Flächenverkehrs führen.</del></p>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-035	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 35 löschen:</b></p> <p><del>WIE STELLEN WIR UNS DIE UMSETZUNG VOR?</del></p>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-036	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 36 bis 38:</b></p> <p>Mit der Einführung <del>eines Berlin eMobi Passes</del><b>einer Förderung von e-Fahrzeugen</b> können <del>Privatpersonen, gemeinnützige Organisationen und Wohnungseigentümergeinschaften, die in Berlin registriert gemeldet sind, eine E-Mobilitätsförderung</del><b>diese Förderung</b> beantragen.</p>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-038	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 38 einfügen:</b></p> <p>Mobilitätsförderung beantragen. <del>Bei der Ausgestaltung der Förderung wollen wir uns an dem Förderprogramm</del><b>Elektromobilität in München orientieren.</b></p>	erledigt durch V-02-001-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-02-040	Frank Schmunztzsch (KV Tempelhof-Schöneberg)	<b>Von Zeile 40 bis 42 löschen:</b>  werden. <b>Ein Direktvertrieb über das Internet wird nicht gefördert. Finanziert werden soll die Maßnahme über das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA)</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-043	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 43 löschen:</b>  <b>FÖRDERFÄHIG SIND:</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-044	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 44 löschen:</b>  <b>1. Pedelecs mit 30 % der Nettokosten bis maximal 800 €</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-044-2	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>In Zeile 44 löschen:</b>  <b>1. Pedelecs mit 30 % der Nettokosten bis maximal 800 €</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-045	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 45 löschen:</b>  <b>2. Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb mit 30 % der Nettokosten bis max. 1.500 €</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-045-2	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>In Zeile 45 löschen:</b>  <b>2. Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb mit 30 % der Nettokosten bis max. 1.500 €</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-046	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 46 bis 48 löschen:</b>  <b>3. Elektroleichtfahrzeuge (EG-Klasse L5e bis L7e wie z.B. Renault Tweezy, der als Leichtfahrzeug von der Bundesförderung ausgeschlossen ist) mit 30 % der Nettokosten bis maximal 3.000 €</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-046-2	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>Von Zeile 46 bis 48 löschen:</b>  <b>3. Elektroleichtfahrzeuge (EG-Klasse L5e bis L7e wie z.B. Renault Tweezy, der als Leichtfahrzeug von der Bundesförderung ausgeschlossen ist) mit 30 % der Nettokosten bis maximal 3.000 €</b>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-049	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 49 bis 53 löschen:</b>  <b>4. Abwrackprämie für PKW und Zweiräder mit Verbrennungsmotor: Der Berlin eMobi Pass fördert als Beitrag zur Luftreinhaltung die endgültige Außerbetriebnahme von fahrbereiten Diesel- und Benzinfahrzeugen (Pkws und Zweiräder), bei gleichzeitiger Neuanschaffung eines E-Zweirades (z. B. E-Motorroller, S-Pedelec, Pedelec). Gezahlt werden 200 bis 500 €.- Die Höhe der Prämie ist abhängig von der Schadstoffklasse des abgewrackten Fahrzeugs.</b>	erledigt durch V-02-001-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-02-054	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 54 bis 56 löschen:</b>  <del>4. Ladeinfrastruktur für Leichtfahrzeuge der EG-Klassen L5e bis L7e mit 40 % der Nettokosten für Montage und Installation bis maximal 3.000 € für Normalladepunkte und maximal 10.000 € für Schnellladepunkte</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-057	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 57 bis 58 löschen:</b>  <del>5. Öko-Bonus: Wer sein Elektro-Zweirad oder Leichtfahrzeuge zuhause mit Ökostrom lädt, kann einen zusätzlichen Bonus bis 200 € bis 500 € erhalten</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-057-2	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>Von Zeile 57 bis 58 löschen:</b>  <del>5. Öko-Bonus: Wer sein Elektro-Zweirad oder Leichtfahrzeuge zuhause mit Ökostrom lädt, kann einen zusätzlichen Bonus bis 200 € bis 500 € erhalten</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-059	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 59 bis 62 löschen:</b>  <del>6. Steuerfreie Arbeitgeberleistung: Wir möchten Arbeitgeber motivieren, sich an der Anschaffung der förderfähigen Fahrzeuge zu beteiligen. Hierzu streben wir eine Befreiung des Zuschusses über die lokale Gewerbesteuer an. Die Abschreibung des Zuschusses könnte über zwei bis drei Jahre laufen und somit eine regionale-Mitarbeiterbindungsmaßnahme darstellen.</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-059-2	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>Von Zeile 59 bis 62 löschen:</b>  <del>6. Steuerfreie Arbeitgeberleistung: Wir möchten Arbeitgeber motivieren, sich an der Anschaffung der förderfähigen Fahrzeuge zu beteiligen. Hierzu streben wir eine Befreiung des Zuschusses über die lokale Gewerbesteuer an. Die Abschreibung des Zuschusses könnte über zwei bis drei Jahre laufen und somit eine regionale-Mitarbeiterbindungsmaßnahme darstellen.</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-063	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 63 löschen:</b>  <del>Ausgeschlossen von der Förderung sind E-Tretroller und Segways</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-064	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 64 löschen:</b>  <del>OPERATIVE UMSETZUNG:</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-065	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 65 bis 70 löschen:</b>  <del>Das Förderprogramm "Wirtschaftsnaher Elektromobilität- WELMO" wurde vom Senat der landeseigenen Investitionsbank (IBB) unterstellt. Operativ betreut wird das Thema durch die IBB Business Team GmbH. Da die IBB im Immobiliensektor auch Projekte für private Haushalte betreut, dürfte nichts dagegen sprechen, dass Thema E-Mobilität für Privatpersonen, gemeinnützige Organisationen und Wohnungseigentümergeinschaften auch bei der IBB aufzuhängen.</del>	erledigt durch V-02-001-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-02-071	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 71 bis 72 löschen:</b>  <del>Wir empfehlen hierzu über den SIWANA Nachhaltigkeitsfond zwei befristete Projektstellen für den nicht gewerblichen Sektor einzurichten und bei der IBB Business Team GmbH aufzuhängen.</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-073	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 73 bis 74 löschen:</b>  <del>LAUFZEIT: das Programm soll nach Einrichtung der operativen Funktionen vorerst auf zwei Jahre beschränkt werden.</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-075	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 75 löschen:</b>  <del>KOMMUNIKATIVE BEGLEITUNG:</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-076	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 76 bis 79:</b>  <del>Neben Für die kommunikative Begleitung soll neben der Vorstellung und Beschreibung des Berlin eMobi-Passes Förderprogrammes über „be Berlin“, werden wir auf den einschlägigen Portalen, auch eine Roadshow durch die 12 Bezirke Berlins veranstalten werden. In Kooperation mit den lokalen Fachhändlern, bei denen man auch die förderfähigen Fahrzeuge kauft, gekauft werden wir können, sollen jeweils mehrtägige Info- und Testtage zum Thema E-Mobilität für die Bürger*innen veranstalten werden.</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-080	Frank Schmunzsch (KV Tempelhof-Schöneberg)	<b>Von Zeile 80 bis 88 löschen:</b>  <del>Zur Erhöhung der medialen Reichweite werden wir die Roadshow in den Berlin ePrix der FIA Formula E einbetten. Auf einem eigenen Stand des Berlin eMobi Passes können die Besucher des Berlin ePrix Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenpedelecs, E-Mopends/-Roller ausgiebig testen. Höhepunkt des Auftritts wird ein Lastenpedelec Media Race. Auf der offiziellen Rennstrecke werden Teams der Berliner Media Partner (RBB, Verlagshäuser, etc.) gegen Teams der verschiedenen Parteien aus dem Abgeordnetenhaus antreten. Neben dem Media Race soll es auch einen offenen Lauf geben, für den sich alle Bürger*innen mit einem Berlin eMobi Pass qualifizieren können. Die Siegerehrung wird von Regine Günther und Alejandro Agag (Vorstand der FIA Formula E) medienwirksam inszeniert.</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-080-2	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<b>Von Zeile 80 bis 88 löschen:</b>  <del>Zur Erhöhung der medialen Reichweite werden wir die Roadshow in den Berlin ePrix der FIA Formula E einbetten. Auf einem eigenen Stand des Berlin eMobi Passes können die Besucher des Berlin ePrix Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenpedelecs, E-Mopends/-Roller ausgiebig testen. Höhepunkt des Auftritts wird ein Lastenpedelec Media Race. Auf der offiziellen Rennstrecke werden Teams der Berliner Media Partner (RBB, Verlagshäuser, etc.) gegen Teams der verschiedenen Parteien aus dem Abgeordnetenhaus antreten. Neben dem Media Race soll es auch einen offenen Lauf geben, für den sich alle Bürger*innen mit einem Berlin eMobi Pass qualifizieren können. Die Siegerehrung wird von Regine Günther und Alejandro Agag (Vorstand der FIA Formula E) medienwirksam inszeniert.</del>	erledigt durch V-02-001-2
V-02-089	Frank Schmunzsch (KV Tempelhof-Schöneberg)	<b>Von Zeile 89 bis 91:</b>  <del>Wir empfehlen zur Organisation und Koordination der Kommunikationsmaßnahmen über den SIWANA Nachhaltigkeitsfond eine befristete Projektstellen für das Thema Kommunikation &amp; Eventmanagement im nicht gewerblichen IBB Team einzurichten. eine befristete Projektstellen für das Thema Kommunikation &amp; Eventmanagement einzurichten.</del>	erledigt durch V-02-001-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-02-089-2	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 89 bis 91 löschen:</b></p> <p><del>Wir empfehlen zur Organisation und Koordination der Kommunikationsmaßnahmen über den SIWANA Nachhaltigkeitsfond eine befristete Projektstellen für das Thema Kommunikation &amp; Eventmanagement im nicht-gewerblichen IBB Team einzurichten.</del></p>	erledigt durch V-02-001-2
<b>V-03: Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern (von: LAG Mobilität (beschlossen am: 21.10.2019))</b>			
V-03-007	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 7 bis 8:</b></p> <p>Grünen will <u>auf der Bundes- und europäischer Ebene</u> weitere Schritte in diese Richtung gehen, die wirkliche Lenkungswirkung erzeugen, wie <u>zum Beispiel eine empfindliche der Einführung einer Kerosinsteuer erheben und Erhebung der Mehrwertsteuer bei grenzüberschreitenden Flügen, einen wirksameren Emissionshandel, aber auch die überfällige Novellierung des Fluglärm- und des Luftverkehrsgesetzes.</u></p>	Übernahme
V-03-009	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 9 bis 10:</b></p> <p>Auch das Land Berlin wird <u>u.a. als Miteigentümer der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH</u> seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen, wollen wir die in Paris vereinbarten Klimaziele erreichen. Dafür sehen Bündnis90/Die Grünen <u>fünf folgende</u> Maßnahmen als</p>	Übernahme
V-03-018	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Nach Zeile 18 einfügen:</b></p> <p><u>1. Statt flugverkehrsfördernder Maßnahmen, wie die Gewährung von Rabatten, werden wir die Entgeltordnung an den Berliner Flughäfen modifizieren, indem die Entgeltsätze regelmäßig an die tatsächlich entstandenen Aufwendungen für den Flugbetrieb angepasst werden, ein emissionsabhängiges Entgelt eingeführt wird, ein Lärmschutzentgelt zur Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen an den Berliner Flughäfen eingeführt wird, für verspätete Starts und Landungen am Abend und in der Nacht werden grundsätzlich zeitlich gestaffelte Aufpreise auf die Start- und Landeentgelte erhoben, außerdem wird der Aufschlag auf das lärmabhängige Start- und Landeentgelt ab 22 Uhr im Halbstundentakt deutlich erhöht, für die Beantragung von Ausnahmegenehmigungen für verspätete Starts und Landungen in den Rand- und Nachtstunden wird die obere Luftfahrtbehörde eine Gebühr erheben. Hierdurch nutzen wir unsere Steuerungsmöglichkeiten hin zu weniger schädlichem und leiserem Flugverkehr und zu kostendeckenden Flughafengebühren. Damit tragen wir auch zur Kostenwahrheit im Luftverkehr bei.</u></p>	Übernahme
V-03-023	Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 23 bis 25:</b></p> <p><del>verschärfen. Wir werden sie ad acta legen, weil wir davon ausgehen, dass wir es schaffen, den Flugverkehr in erforderlichen Maßen zu reduzieren, um den Erfordernissen des Klimaschutzes gerecht zu werden. Wir werden sie nicht unterstützen, statt dessen müssen ggf. noch entstehende Kapazitätsfragen über ein nationales oder mindestens ostdeutsches Luftverkehrskonzept gelöst werden.</del></p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-03-026	Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 26 bis 31:</b></p> <p><del>3.-Dem innerdeutschen Luftverkehr wollen wir die Subventionen Stück für Stück streichen und ihn bis zur Deckung seiner Gesamtkosten systematisch verteuern bis hin zu dem Zeitpunkt, dass er weitestgehend überflüssig wird. Die Einnahmen aus Gebühren und Kerosinsteuern sind sinnvoll für die Verbesserung des Bahnangebots in Preis und Takten zu verwenden. Dabei bieten Angebote von komfortablen innereuropäischen Nachtzügen – klassische wie Hochgeschwindigkeitszüge – klimafreundliche Alternativen für den Mittelstrecken-Flugverkehr.</del></p> <p><u>3. Beim Zurückdrängen des innerdeutschen Luftverkehrs werden wir zur Vorbildwirkung innerdeutsche Dienstreisen der Berliner Verwaltung nicht mehr mit dem Flugzeug, sondern mit der Bahn durchführen. Darüber hinaus werden wir den Ausbau von komfortablen innereuropäischen Nachtzugverbindungen - klassische wie Hochgeschwindigkeitszüge - als klimafreundliche Alternativen für den Kurz- und Mittelstrecken-Flugverkehr unterstützen.</u></p>	Übernahme
V-03-034	Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 34 bis 35:</b></p> <p>Speckgürtel einschließlich Potsdams verlärm. <del>Wir bestehen auf einem strikten</del><u>Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein striktes</u> Nachtflugverbot von <del>21 bis 7 Uhr</del><u>22 bis 6 Uhr ein.</u></p>	Abstimmung
V-03-035	Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow)	<p><b>In Zeile 35:</b></p> <p>Nachtflugverbot von <del>21</del><u>22</u> bis <del>7</del><u>6</u> Uhr.</p>	erledigt durch V-03-034
V-03-036	Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow)	<p><b>Von Zeile 36 bis 44 löschen:</b></p> <p><del>5.- Sollte im achten Jahr verschobener Eröffnungen auch der Eröffnungstermin im Oktober 2020 nicht gehalten werden können, stellt sich die größte Flughafenbaustelle Europas von selbst in Frage. Bis heute beziffert sich der durch die Verzögerungen entstandene volkswirtschaftliche Schaden auf geschätzte 3 Milliarden Euro. Bündnis90/Die Grünen werden ein „Weiter so“ nicht mittragen. Die laufenden Kosten der Baustelle betragen aktuell runde 1 Million Euro pro Tag. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall seiner weiteren Verschiebung bereitet der Landesverband bis zum Ende des kommenden Quartals ein Exit-Szenario vor, das von einer Arbeitsgruppe der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, des Landesvorstandes und der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität erarbeitet wird.</del></p>	Abstimmung
V-03-036-2	Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 36 bis 44:</b></p> <p><del>5.- Sollte im achten Jahr verschobener Eröffnungen auch der Eröffnungstermin im Oktober 2020 nicht gehalten werden können, stellt sich die größte Flughafenbaustelle Europas von selbst in Frage. Bis heute beziffert sich der durch die Verzögerungen entstandene volkswirtschaftliche Schaden auf geschätzte 3 Milliarden Euro. Bündnis90/Die Grünen werden ein „Weiter so“ nicht mittragen. Die laufenden Kosten der Baustelle betragen aktuell runde 1 Million Euro pro Tag. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall seiner weiteren Verschiebung bereitet der Landesverband bis zum Ende des kommenden Quartals ein Exit-Szenario vor, das von einer Arbeitsgruppe der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, des Landesvorstandes und der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität erarbeitet wird.</del></p>	erledigt durch V-03-036
V-03-036-3	KV Spandau (beschlossen am: 19.11.2019)	<p><b>Von Zeile 36 bis 44 löschen:</b></p> <p><del>5.- Sollte im achten Jahr verschobener Eröffnungen auch der Eröffnungstermin im Oktober 2020 nicht gehalten werden können, stellt sich die größte Flughafenbaustelle Europas von selbst in Frage. Bis heute beziffert sich der durch die Verzögerungen entstandene volkswirtschaftliche Schaden auf geschätzte 3 Milliarden Euro. Bündnis90/Die Grünen werden ein „Weiter so“ nicht mittragen. Die laufenden Kosten der Baustelle betragen aktuell runde 1 Million Euro pro Tag. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall seiner weiteren Verschiebung bereitet der Landesverband bis zum Ende des kommenden Quartals ein Exit-Szenario vor, das von einer Arbeitsgruppe der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, des Landesvorstandes und der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität erarbeitet wird.</del></p>	erledigt durch V-03-036

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
<b>V-04: Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen (von: LAG Europa (beschlossen am: 28.10.2019))</b>			
V-04-009	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 9 bis 13:</b></p> <p><del>stark gefördert. Das Land Berlin sollte umgehend wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Alternativen zum Flugverkehr auf innereuropäischen Kurz- und Mittelstrecken von und nach Berlin zu stärken. Hierzu sind auch die Reisekostenregelungen für Landesbedienstete zu überarbeiten und in Zusammenarbeit mit dem Bund Nachtzugverbindungen in europäische Hauptstädte zu fördern.</del> Das Land Berlin sollte umgehend <u>alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen</u> <u>um die Alternativen zum Flugverkehr auf innerdeutschen und innereuropäischen Kurz- und Mittelstrecken von und nach Berlin zu stärken. Hierzu sind auch die Reisekostenregelungen für Landesbedienstete zu überarbeiten und in Zusammenarbeit mit dem Bund Nachtzugverbindungen in europäische Hauptstädte zu fördern.</u></p>	Übernahme
V-04-009-2	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 9 bis 10:</b></p> <p>stark gefördert. Das Land Berlin sollte umgehend <u>wirksame Maßnahmen ergreifen</u> <u>alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen</u> , um die Alternativen zum Flugverkehr auf <u>innerdeutschen und</u> innereuropäischen Kurz- und Mittelstrecken von und nach</p>	Übernahme
V-04-014	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>In Zeile 14 löschen:</b></p> <p><del>Nachtzugverbindungen gezielt fördern – EU-Hauptstädte verbinden</del></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>"Nachtzugverbindungen fördern – EU-Hauptstädte verbinden"</p>
V-04-015	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 15 bis 32 löschen:</b></p> <p><del>Das Land Berlin sollte sich zum Ziel setzen, attraktive Angebote im Schienenpersonenfernverkehr in alle Hauptstädte unserer europäischen Nachbarländer zu schaffen. Moderne Nachtzüge sind eine nachhaltige und klimafreundliche Alternative zum Flugverkehr in Europa. Durch eine gezielte öffentliche Förderung kann das Angebot an Nachtzügen in Berlin wieder ausgebaut werden. Aktuell fehlen insbesondere attraktive Bahnverbindungen über Nacht nach Paris und Brüssel, aber auch nach Skandinavien und Osteuropa sollte das Angebot schnell verbessert werden. Für Verbindungen auf Mittelstrecken, wie etwa Richtung London, Rom und Barcelona bieten sich speziell für den Nachtverkehr ertüchtigte Hochgeschwindigkeitszüge an. Deshalb soll sich das Land Berlin über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesländern neue Nachtzugverbindungen mit Schlaf- und Liegewagen sowie (auf geeigneten Strecken) für den Nachtverkehr optimierten Hochgeschwindigkeitszügen ins europäische Ausland ausschreibt, um das bereits existierende eigenwirtschaftliche Angebot zu ergänzen. Als Alternative zu einer Ausschreibung von Verkehrsleistungen durch eine Kooperation mit dem Bund soll auch die Vergabe von Förderkrediten für neue eigenwirtschaftliche Nachtzugverbindungen ab Berlin durch die Investitionsbank Berlin und die KfW geprüft werden. Zur Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen sollen die Start- und Landegebühren an den Berliner Flughäfen angehoben werden.</del></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Die Zeilen 15 bis 18 "in Europa" ersetzen durch:</b> „Das Land Berlin sollte sich dafür einsetzen, attraktive Angebote im Schienenpersonenfernverkehr in alle Hauptstädte unserer europäischen Nachbarländer zu schaffen. Moderne Nachtzüge sind eine nachhaltige und klimafreundliche Alternative zum Flugverkehr in Europa.“</p> <p><b>Die Zeilen 18 ab "Durch eine" und 19 bis "ausgebaut werden" löschen.</b></p> <p><b>Die Zeilen 31 und 32 löschen.</b></p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-04-033	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 33 bis 47 löschen:</b></p> <p><del>Neben fehlender (Nachtzug-)Verbindungen hindert auch die bestehende Praxis des Ticketkaufs viele Menschen daran, transeuropäische Zugverbindungen zu nutzen. Es ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass für eine Zugverbindung von Paris nach Warschau Online-Tickets über die jeweiligen nationalen Anbieter gebucht werden müssen. Die Landesregierung sollte sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, bis Ende der Legislaturperiode ein gemeinsames Online-System und offene technische Schnittstellen verpflichtend einzuführen, um europaweit Tickets für alle Tag- und Nachtzugverbindungen öffentlicher und privater Anbieter auf allen gängigen Buchungsportalen buchen zu können. Außerdem soll dafür gesorgt werden, dass alle online verfügbaren Angebote auch Agenturen und Reisezentren zu fairen Konditionen zur Verfügung gestellt werden, um durch kompetente Beratung weitere Kund*innen für den internationalen Bahnverkehr zu gewinnen. Für eine Reisekette mit mehreren Bahngesellschaften sollen die Fahrgastrechte im Verspätungsfall durchgängig und firmenübergreifend gelten. Zudem soll sich das Land Berlin dafür einsetzen, dass jede*r 18-Jährige in der EU ein kostenloses Interrail-Ticket bekommt und entsprechende Mittel im EU-Haushalt aufgestockt werden.</del></p>	zurückgezogen
V-04-048	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>In Zeile 48 löschen:</b></p> <p><del>Reisekostenregelungen überdenken – Wahlfreiheit für Beschäftigte schaffen</del></p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>"Reisekostenregelung neu gestalten"</p>
V-04-049	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 49 bis 57 löschen:</b></p> <p><del>Beamte*innen und Mitarbeiter*innen des Landes sowie landeseigener Universitäten möchten wir bei Dienstreisen die Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel erleichtern, sowie Anreize für ein sparsames und klimafreundliches Dienstreiseverhalten setzen. Das Landesbeamtengesetz und entsprechende Verwaltungsvorschriften sollen so angepasst werden, dass es Landesbediensteten ausdrücklich erlaubt sein soll, klimafreundliche Verkehrsmittel wie die Bahn auch dann zu nutzen, wenn sich dadurch längere Reisezeiten oder (in einem akzeptablen Rahmen) höhere Kosten ergeben. Ein leicht verständlicher und praktikabler Leitfaden für klimafreundliche Dienstreisen ist in Abstimmung mit Gewerkschaften und Beamte*innenvertretungen sowie Umwelt- und Verkehrsverbänden zu erarbeiten.</del></p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>"Beamte*innen und Mitarbeiter*innen des Landes sowie landeseigene Universitäten möchten wir bei Dienstreisen die Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel erleichtern, sowie Anreize für ein sparsames und klimafreundliches Dienstreiseverhalten setzen. Das Landesbeamtengesetz und entsprechende Verwaltungsvorschriften sollen so angepasst werden, dass klimafreundliches Reisen der Landesbediensteten zum Standard wird. Ein leicht verständlicher und praktikabler Leitfaden für klimafreundliche Dienstreisen ist in Abstimmung mit Gewerkschaften und Beamtinnen*vertretungen sowie Umwelt- und Verkehrsverbänden zu erarbeiten. Die genauen Details einer neuen klimafreundlichen Reisekostenregelung sollen diese Akteur*innen im Dialog erarbeiten".</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-04-058	Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 58 bis 89 löschen:</b></p> <p><del>Landesbedienstete sollen künftig frei wählen dürfen, ob sie auf Dienstreisen geeignete Arbeiten unterwegs, zum Beispiel im Zug, durchführen möchten, was dann auch ausdrücklich über die tägliche Arbeitszeit hinaus anerkannt werden soll, oder die Zeit lieber für private Zwecke nutzen und nicht als Arbeitszeit verbuchen wollen. Bei Dienstreisezielen, die mit der Bahn in unter viereinhalb Stunden erreichbar sind, sollen Flugreisen in der Regel nicht mehr erstattet werden. Fahrten in Nachtzügen sollen bis zur Komfortklasse Schlafwagen erstattet werden und gleichwertig mit Hotelübernachtungen behandelt werden. Die Genehmigung von Flugreisen durch Dienstvorgesetzte soll künftig grundsätzlich meldepflichtig sein. Die hierbei erhobenen Daten sollen statistisch ausgewertet werden, wobei keine personenbezogenen Daten gesammelt werden sollen. Dienststellen mit besonders hohem Flugreiseaufkommen sollen dazu angehalten werden, Alternativen zu prüfen und ihre Mitarbeiter*innen diesbezüglich zu sensibilisieren. In einem zweiten Schritt soll das Land Berlin sich als Teil einer übergeordneten Klimastrategie auf der so gewonnenen Datenbasis verbindliche Ziele für die Reduktion von Dienstreisen per Flugzug setzen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen ergreifen. Allen Landesbediensteten sollen qualitativ hochwertige e-Conferencing-Tools zu Verfügung gestellt werden, nach Möglichkeit auf OpenSource-Basis. Eine neue Richtlinie sollte die Landesverwaltung dazu anhalten, Konferenzen möglichst zeitlich so anzusetzen, dass eine An- und Abreise mit der Bahn für externe Teilnehmer*innen am selben Tag möglich ist, so dass Flugreisen und Hotelübernachtungen vermieden werden können. Die neue Richtlinie soll in erster Linie die verantwortlichen Landesbediensteten für die Problematik sensibilisieren, ohne zu strenge Auflagen zu machen, die die Erledigung von Dienstaufgaben behindern könnten. Auf die Möglichkeit der Nutzung von Nachtzügen sowie geeignete e-Conferencing-Tools durch externe Teilnehmer*innen von Meetings soll ausdrücklich hingewiesen werden. Die genauen Details einer neuen, klimafreundlichen Reisekostenregelung für Landesbedienstete möchten wir im Dialog mit Gewerkschaften und Beamt*innenverbänden erarbeiten. Die neuen Regeln sollen zunächst für einen Zeitraum von einem Jahr in einzelnen Dienststellen freiwillig erprobt werden. Zielsetzung sollte sein, die Umstellung auf das neue Regelwerk durch verstärkte Nutzung von e-Conferencing insgesamt kostenneutral zu gestalten. Grundsätzlich sollen zukünftig die verbleibenden, durch das Reisen von Beamt*innen und Mitarbeiter*innen des Landes entstehenden unvermeidlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen kompensiert werden, wobei die Kompensation durch lokale Projekte in Berlin und nicht in Drittländern erfolgen soll.</del></p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>"Landesbedienstete sollen künftig frei wählen dürfen, ob sie auf Dienstreisen geeignete Arbeiten unterwegs, z.B. im Zug, durchführen möchten, was dann auch ausdrücklich über die tägliche Arbeitszeit hinaus anerkannt werden soll, oder die Zeit lieber für private Zwecke nutzen und nicht als Arbeitszeit verbuchen wollen. Allen Landesbediensteten sollen qualitativ hochwertige e-Conferencing-Tools zur Verfügung gestellt werden, bevorzugt basierend auf FreeLibreOpenSourceSoftware (FLOSS). Bei Dienstreise innerhalb Deutschlands und Städten, die mit der Bahn in fünf Stunden erreichbar sind, sollen Flugreisen in der Regel nicht mehr erstattet werden. Unsere Vorbildwirkung wollen wir ernst nehmen und wollen dies innerhalb der Koalition forcieren. Fahrten in Nachtzügen sollen bis zur Komfortklasse Schlafwagen erstattet werden und gleichwertig mit Hotelübernachtungen behandelt werden. Über die verbleibenden Flugreisen soll ein statistischer Landesbericht erstellt werden. Dienststellen mit besonders hohem Flugreiseaufkommen sollen dazu angehalten werden, Alternativen zu prüfen, und ihre Mitarbeiter*innen diesbezüglich zu sensibilisieren".</p>
V-04-061	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 61 bis 63:</b></p> <p>Zwecke nutzen und nicht als Arbeitszeit verbuchen wollen. Bei Dienstreisezielen <u>innerhalb Deutschlands und Städten</u>, die mit der Bahn in unter <u>viereinhalb fünf</u> Stunden erreichbar sind, sollen Flugreisen <u>in der Regel</u> nicht mehr erstattet werden. <u>Unsere Vorbildwirkung wollen wir ernst nehmen und werden dies innerhalb der Koalition forcieren</u>. Fahrten in Nachtzügen sollen bis zur Komfortklasse Schlafwagen erstattet</p>	<p>Übernahme</p>
V-04-073	Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>In Zeile 73:</b></p> <p>Verfügung gestellt werden, <u>nach Möglichkeit bevorzugt basierend auf OpenSource-BasisFreeLibreOpenSourceSoftware (FLOSS)</u>. Eine neue Richtlinie</p>	<p>Übernahme</p>
<p><b>V-05: Hartz-IV-Sanktionen vermeiden: Jobcenter-Termine auf Augenhöhe vergeben (von: Taylan Kurt u.a. (KV Mitte))</b></p>			
<p><b>V-06NEU: Klimawandel ist tödlich – Flugverbod in Berlin verbieten und CO2-Kennzeichnung von Flügen einführen (von: Oliver Powalla (KV Neukölln))</b></p>			
V-06NEU-032	Annkatrin Esser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)	<p><b>In Zeile 32 einfügen:</b></p> <p><b>Menschen. Für eine ernsthaft klimagerechte Welt ist es jedoch notwendig die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.</b> Weitere Gesundheitsrisiken des Flugverkehrs entstehen durch die hohe Lärmbelastung</p>	<p>mod Ü:</p> <p><b>Füge ein in Zeile 32:</b> "Die Wissenschaft mahnt uns alles notwendige dafür zu tun, die Erderwärmung noch auf unter 1,5 Grad zu begrenzen."</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-06NEU-045	AG buntgrün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 45 einfügen:</b>  Stattdessen bräuchte es <u>bei rein touristisch motivierten Reisen</u> eine kulturelle Hinwendung zu "Slow Travel". Dies würde bedeuten,	Übernahme
V-06NEU-063	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>In Zeile 63 einfügen:</b>  sichtbar zu dokumentieren.  <u>Für Inlandsflüge streben wir eine höhere Abgabe der Flughafengebühren für die Fluggesellschaften an, um Inlandsflüge unattraktiver zu machen. Für jeden unabdingbar notwendigen Flug sollte eine Kompensation für Klimaschutzprojekte (z. B. bei atmosfair) erfolgen. Für jeden Flug des Regierenden, von Parlamentsmitglieder*innen und Mitarbeiter*innen von Behörden des Landes Berlin muss diese Abgabe verpflichtend durch die Landesregierung an Klimaschutzprojekte erfolgen. Vor jedem Flug muss geprüft werden, ob zwingende Gründe vorliegen, dass ein Flug gebucht werden muss und die Anreise nicht per ICE - zumindest innerhalb von Europa - stattfinden kann. Diesbezüglich kann der Senat eine Dienstanweisung an alle Mitarbeiter*innen der Behörden erlassen.</u>	modifizierte Übernahme:  "Nach vielen Jahr der Stagnation streben wir höhere Flughafenentgelte auf alle Flüge von und nach Berlin an - gestaffelt nach Lärm-, Feinstaub- und Treibhausgasemissionen. Die verpflichtenden Kompensationzahlungen für Flüge des Senats und der Mitarbeiter*innen von Behörden des Landes Berlin, die 2009 eingeführte sogenannte Klimaschutzabgabe, wollen wir auf alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses und ihre Dienstreisen mit dem Flugzeug ausweiten. Vor jedem Flug muss dabei geprüft werden, ob zwingende Gründe vorliegen, dass ein Flug gebucht werden muss und die Anreise nicht per ICE oder mit anderen Schnellzüge - zumindest innerhalb von Europa - stattfinden kann".
V-06NEU-073	Klemens Griesehop (KV Pankow)	<b>In Zeile 73 einfügen:</b>  Zukunft noch schön sein wird, sie zu bereisen.  <u>Wir streben zur Eröffnung des BER an, die Fluggesellschaften zu verpflichten, für die gebuchten Flüge eine CO2-Kompensiton zu entrichten.</u>	modifizierte Übernahme  "Wir streben zur Eröffnung des BER an, alle Fluggesellschaften darauf zu verpflichten, für die gebuchten Flüge eine Kompensation ihrer Treibhausgasemissionen und Klimawirkungen zu entrichten. Erworbene Zertifikate müssen dabei allerhöchsten Standards entsprechen mit wirksamen Controlling sowie dem Ausschluss von Mehrfachanrechnungen oder der Vertreibung indigener Gruppen aus geschützten Waldgebieten".
<b>V-07: Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen (von: Bettina Jarasch u.a. (KV Pankow))</b>			
V-07-001	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<b>In Zeile 1 einfügen:</b>  <b>Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln <u>und aus Bihac/Kroatien</u> aufnehmen</b>	erledigt durch modifizierte Übernahme V-07-002

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-07-002	Frank Schmunzsch (KV Tempelhof Schöneberg)	<p><b>Neuer Titel:</b> Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete gerade in Berlin schneller aufnehmen</p> <p><b>Von Zeile 2 bis 14:</b></p> <p><del>Seit einigen Monaten kommen wieder mehr Menschen auf der Flucht auf griechischen Inseln an. Die Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf Lesbos und Moria ist katastrophal. Aber auch auf dem griechischen Festland kann oftmals keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Griechenland kämpft noch mit den Konsequenzen der Finanzkrise und ist sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Zugleich spitzt sich die Situation weiter zu. Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, den EU-Türkei-Deal aufzukündigen und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Es gibt nur 1000 altersgerechte Unterbringungsplätze für sie in ganz Griechenland. Deshalb leben mittlerweile tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche auf der Straße, in Lagern für Erwachsene ohne jeden Kinderschutz oder sind gar in Haft.</del></p> <p><u>Streiche von Zeile 1 bis 14 und ersetze durch Globalalternative:</u></p> <p><u>Seit einigen Monaten kommen wieder mehr Menschen auf der Flucht auf griechischen Inseln an und stranden an verschiedenen EU Außengrenzen.</u></p> <p><u>Die Situation in überfüllten Flüchtlingslagern wie auf Lesbos, Samos und Chios oder an den osteuropäischen Landgrenzen ist katastrophal. So will die Regierung in Athen z.B. die großen Hotspots wie Moria schließen – die Situation kurz vor dem Winter gerät außer Kontrolle.</u></p> <p><u>Text geht in der nächste Zeile weiter:</u></p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p><b>Füge ein in Zeile 14 nach "Haft"</b> : „Auch andernorts in Europa bahnen sich humanitäre Katastrophen an: im Zeltlager Vujak in der bosnischen Region Bihac beispielsweise harren über 800 Geflüchtete seit Monaten auf einer Müllhalde aus.“</p> <p><b>Füge ein in Zeile 35 nach "zu werben"</b>: "Berlin kann das besser!"</p> <p><b>Füge ein in Zeile 40 nach "Griechenland"</b>: "und Vucjak"</p> <p><b>Füge ein in Zeile 53 nach „...einsetzen“</b> neuen Absatz einfügen</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
		<p>Oftmals kann keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Die Erstaufnahmeländer sind sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Aktuell leben tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche auf der Straße, in Lagern für Erwachsene ohne jeden Kinderschutz – oder sitzen als Illegale in Haft.</p> <p>Wir brauchen endlich mehr Solidarität in Europa: Solidarität aller Mitgliedstaaten, um Geflüchtete menschenwürdig aufnehmen, unterbringen und versorgen zu können.</p> <p>Wir begrüßen den Vorstoß von Bundesinnenminister Seehofer, 25% der Seenotgeretteten in Deutschland aufzunehmen und erwarten, dass seinen Worten nun schnell Taten folgen. Aber der Widerstand gegen diesen Vorschlag, von anderen EU-Staaten und aus Seehofers eigener Fraktion im Bundestag zeigt, dass wir eigene Anstrengungen unternehmen müssen.</p> <p>Die Metropolen sind hier besonders gefragt. Berlin als internationales, freie und diverse Stadt im Herzen Europas, muss beispielhaft sein. Berlin unterstützt die Forderungen der Seebrücke nicht nur, Berlin setzt sie um:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung von Aufnahmeprogrammen über die bestehenden Anordnungen hinaus.</li> <li>- Aufnahme von Geflüchteten über die Quote des Bund hinaus.</li> <li>- Aktive Unterstützung der Seenotrettung.</li> </ul> <p><b>Text geht in der nächste Zeilen weiter:</b></p>	

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
		<p>Die Ablehnungsquote von Asylanträgen lag in Deutschland in 2019 (bis Oktober) bei über 60%. Dies betrifft häufig auch Kinder und Jugendliche, die nicht zu hier lebenden Verwandten weiterreisen durften. Das EU-Resettlement Programm wird nicht angemessen umgesetzt, eine signifikante Erhöhung der Aufnahmeplätzen ist nicht in Sicht.</p> <p>Berlin kann das besser.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berlin muss jetzt seinen Zusagen, u.a. aus der „Seebrücke“, Handlungen folgen lassen und darf die Erstaufnahmeländer und die Geflüchteten nicht länger allein lassen.</li> <li>- Berlin muss jetzt sofort seinen Beitrag leisten und zumindest Kinder, Jugendliche sowie Familienangehörige von nach Deutschland geflüchteten Menschen im Zuge der Dublin-III-Verordnung aufnehmen.</li> <li>- Berlin muss die Bundesratsinitiative „die Aufnahme Geflüchteter ohne Zustimmung des Bundesministeriums zu ermöglichen“ durchsetzen.</li> </ul> <p>Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berlin soll als Zeichen der Solidarität, sofort 100 unbegleitete Minderjährige - ungeachtet des Herkunftslandes und des asylrechtlichen Status- aus Flüchtlingslager wie Vucjak oder Moria aufnehmen.</li> <li>- Berlin soll darüber hinaus, unbegleitete Minderjährige und Verwandte von in Berlin lebenden anerkannten bzw. subsidiär geschützten Geflüchteten ungeachtet des Herkunftslandes aufnehmen.</li> <li>- Berlin soll sein europaweites Städtenetzwerk gezielt nutzen, um eine zügige und nachhaltige Inklusion der Geflüchteten zu realisieren - über das Resettlement-Programm der EU hinaus.</li> <li>- Berlin soll ein internationales Netz der „Solidarity Cities“ anführen und sich insbesondere dafür einsetzen, dass unbegleitete Jugendliche bzw. ihre Vormünd*innen unterstützt werden, damit sie schneller wieder mit ihren Familien vereinte, frei, ohne Angst und mit einer positiven Perspektive lebenden können.</li> </ul>	
V-07-003	Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)	<p><b>Von Zeile 3 bis 7:</b></p> <p><del>Die Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf Lesbos und Moria ist katastrophal. Aber auch auf dem griechischen Festland kann oftmals keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Griechenland kämpft noch mit den Konsequenzen der Finanzkrise und ist sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Zugleich spitzt sich die Situation weiter zu.</del> <u>den griechischen Inseln ist seit Jahren katastrophal. Doch auch auf dem Festland ist die Versorgungslage für Geflüchtete schwierig. Griechenland sollte die Situation für Geflüchtete verbessern und sicherstellen, dass die EU-Unterstützung auch zur Verbesserung der Lage von schutzsuchenden Menschen eingesetzt wird. Aber Griechenland hat nicht die alleinige Verantwortung für Menschen, die Schutz in Europa suchen. Zugleich spitzt sich die Situation außerhalb Europas weiter zu.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Die Zeilen 3 ab „Lesbos“ bis Zeile 7 „weiter zu“ löschen und ersetzen durch:</b></p> <p>"den griechischen Inseln ist seit Jahren katastrophal. Doch auch auf dem Festland ist die Versorgungslage für Geflüchtete schwierig. Griechenland muss zumindest sicherstellen, dass die EU-Unterstützung auch zur Verbesserung der Lage von schutzsuchenden Menschen eingesetzt wird. Aber Griechenland hat nicht die alleinige Verantwortung für Menschen, die Schutz in Europa suchen. Zugleich spitzt sich die Situation außerhalb Europas weiter zu."</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-07-008	AG buntgrün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>Von Zeile 8 bis 10:</b></p> <p><del>Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, den EU-Türkei-Deal aufzukündigen und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. Für den Fall, dass der sogenannte EU-Türkei-Deal vonseiten des türkischen Staatschefs Erdoğan aufgekündigt wird, ist damit zu rechnen, dass wieder mehr Menschen den Weg nach Europa über die griechischen Inseln wählen werden.</del> Besonders unerträglich ist die Situation der</p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p><b>Die Zeilen 8 ab „Der türkische Staatschef Erdogan...“ bis Zeile 10 „...zu verhindern suchen.“ löschen und ersetzen durch:</b></p> <p>„Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, die Abhängigkeit auszunutzen, in die die EU sich durch den sogenannten EU-Türkei-Deal begeben hat. Sollte er den Deal aufkündigen, ist damit zu rechnen, dass wieder mehr Menschen den Weg nach Europa über die griechischen Inseln wählen werden. Statt Flucht und Migration nach Europa menschenwürdig zu gestalten, drücken sich viele Europäische Mitgliedsstaaten vor ihrer Verantwortung und lassen humanitäre Krisen an den europäischen Außengrenzen zu.“</p>
V-07-008-2	Erik Marquardt (KV Treprow-Köpenick)	<p><b>Von Zeile 8 bis 10:</b></p> <p>Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, <del>den</del> die Abhängigkeit, in die sich die EU mit dem EU-Türkei-Deal <del>aufzukündigen</del> begeben hat, auszunutzen und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. <u>Statt Flucht und Migration nach Europa menschenwürdig zu gestalten, drücken sich viele Europäische Mitgliedsstaaten vor ihrer Verantwortung und lassen humanitäre Krisen an den europäischen Außengrenzen zu.</u> Besonders unerträglich ist die Situation der</p>	<p>Erledigt durch modifizierte Übernahme V-07-008</p>
V-07-010	AG buntgrün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>Von Zeile 10 bis 11:</b></p> <p>Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. Besonders unerträglich ist die Situation <del>der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten</del> für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Es gibt nur 1000 altersgerechte</p>	<p>Übernahme</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-07-014	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)	<p><b>In Zeile 14 einfügen:</b></p> <p>Kinderschutz oder sind gar in Haft.</p> <p><u>Gleichzeitig findet mitten in Europa eine humanitäre Katastrophe ungeahnten Ausmaßes statt, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. In der bosnischen Region Bihac an der Grenze zu Kroatien befinden sich ca. 7.000 Geflüchtete. 2018 waren es noch ca. 3.350 Geflüchtete (s. Lagebericht der Europäischen Kommission vom 4. Sept. 2018). Die Geflüchteten sind dort aus den Kriegs- und Krisengebieten (Pakistan, Iran, Syrien, Afghanistan, Irak und Libyen) gestrandet. Im Zeltlager Vucjak in Bihac befinden sich ca. 800 Geflüchtete. „Das Lager wurde auf einer Müllhalde errichtet; ohne Sanitäranlagen, Strom und Wasser müssen 800 Migranten Wind, Regen und Kälte trotzen. Krankheiten und Unterernährung sind die Folge, das ist nicht nur eine Gefahr für die Gestrandeten, Seuchen können sich auch über das Lager hinaus schnell verbreiten. (...)Und Europa</u></p> <p><u>? Das EU-Land Kroatien, das zur Jahreswende die Führerschaft in der EU übernimmt, tut nichts anderes, als Migranten mit teilweise brutaler Gewalt daran zu hindern, weiter nach Norden zu kommen. Zeitgleich lässt die Türkei zunehmend Migranten nach Griechenland ziehen. Von dort aus versuchen immer mehr Menschen, die neue Balkanroute über Serbien und Montenegro nach Bosnien zu nutzen. Und werden hier, nicht nur wegen des Winters, hängen bleiben. Das Europa der EU schließt davor die Augen.“ (TAZ-Bericht von Erich Rathfelder vom 11.11.2019: Flüchtlinge in Bihac/Menschenrechte zählen nicht – siehe: <a href="https://taz.de/Fluechtlinge-in-Bihac/!5639896/">https://taz.de/Fluechtlinge-in-Bihac/!5639896/</a> siehe auch: Jagoda Marinic- Europa mauert <a href="https://taz.de/Kolumne-Schlagloch/!5524859/">https://taz.de/Kolumne-Schlagloch/!5524859/</a>)</u></p> <p><u>Die Menschen werden in dem i. d. R. sehr kalten Wintern in Bihac/Bosnien vom Tode bedroht sein. Bereits im letzten Winter wurde eine Hilfsaktion von Grünen aus Köln und Berlin gestartet, um die Menschen über den Winter zu bringen. Wir dürfen nicht länger dabei zuschauen, wie grundlegende Menschenrechte in Europa verletzt werden.</u></p>	<p>Erledigt durch modifizierte Übernahme V-07-008</p>
V-07-018	Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick)	<p><b>Von Zeile 18 bis 19:</b></p> <p><u>Taten folgen. <del>Denn Widerstand gegen diesen Vorschlag kommt sowohl von anderen EU-Staaten als auch aus Seehofers eigener Fraktion im Bundestag.</del> Doch der Plan, in einem 6-monatigen Pilotprojekt mit Frankreich, Italien und Malta eine schnelle Verteilung der Geretteten zu organisieren, kann nur ein erster Schritt sein. Auf europäischer Ebene muss die Union ihren Widerstand gegen die Seenotrettung aufgeben und für eine Unterstützung der zivilen Rettungsorganisationen eintreten, statt weiter libysche Milizen zu finanzieren. Wer in Pressekonferenzen für Humanität wirbt und in Parlamenten dagegen stimmt, ist nicht glaubwürdig.</u></p>	<p>Übernahme</p>
V-07-039	Enad Altaweel (KV Berlin- Friedrichshain/Kreuzberg)	<p><b>Von Zeile 39 bis 40:</b></p> <p><u>sofort <del>400</del>200 unbegleitete Minderjährige – ungeachtet des Herkunftslandes - aus Griechenland aufzunehmen <u>davon mindestens 100 aus den Inseln</u> und dafür Wohnplätze in Einrichtungen der Jugendhilfe und die</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Die Zeile 39 von „100 unbegleitete“ bis Zeile 40 „aus Griechenland aufzunehmen“ ersetzen durch:</b></p> <p><u>„mindestens 100 unbegleitete Minderjährige - ungeachtet des Herkunftslandes - von den griechischen Inseln und Vucjak aufzunehmen“</u></p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-07-056	Dániel Fehér (KV Pankow)	<p><b>Nach Zeile 56 einfügen:</b></p> <p><u>Auf der europäischen Ebene soll Berlin den Vorstoß der Oberbürgermeister von Warschau und Budapest unterstützen, dass EU-Mittel für bestimmte Aufgaben von der Kommission den Kommunen auch direkt zur Verfügung gestellt werden können. Mittel zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten sollen von der EU zudem in gleicher Höhe um Mittel für die ländliche bzw. Stadtentwicklung ergänzt werden. Über die Verwendung dieser zusätzlichen Ressourcen sollen die Bürger*innen in den jeweiligen Kommunen weitestgehend partizipativ entscheiden, um die gemeinsame Verantwortung für diese Aufgabe zu unterstreichen und die mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in den Vordergrund zu stellen.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>neuen Bulletpoint nach Zeile 56 einsetzen:</b></p> <p>"Auf der europäischen Ebene soll Berlin den Vorstoß der Oberbürgermeister von Warschau und Budapest unterstützen, dass EU-Mittel für bestimmte Aufgaben von der Kommission den Kommunen auch direkt zur Verfügung gestellt werden können. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Mittel zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten von der EU künftig in gleicher Höhe um Mittel für die ländliche bzw. Stadtentwicklung ergänzt werden. Über die Verwendung dieser zusätzlichen Ressourcen sollen die Bürger*innen in den jeweiligen Kommunen weitestgehend partizipativ entscheiden, um die gemeinsame Verantwortung für diese Aufgabe zu unterstreichen und die mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in den Vordergrund zu stellen."</p>
<p><b>V-08: Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen (von: Walter Otte u.a. (KV Friedrichshain-Kreuzberg))</b></p>			
V-08-001	Landesvorstand (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Neuer Titel:</b></p> <p>Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen</p> <p><b>Von Zeile 1 bis 2:</b></p> <p><b>Solidarität mit Rojava – Keine ethnischen Säuberungen – Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen</b></p> <p><u>Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen</u></p>	Übernahme
V-08-001-2	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 1:</b></p> <p><b>Solidarität mit <del>Rojava</del>Nord- und Nordostsyrien - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der</b></p>	erledigt durch Ü V-08-001

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-003	Landesvorstand (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 3 bis 11:</b></p> <p><del>1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen Politik über die türkische Invasion in Syrien aufbrechen. Die Besetzung kurdischer Gebiete in Syrien im Gefolge des Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der kurdischen Streitkräfte und Hunderte Zivilisten geführt, gegenüber Frauen wird von islamistischen Terroristen sexualisierte Gewalt angewendet. Kurden und andere Minderheiten wie beispielsweise die Jesiden, christliche Assyrer und Armenier werden aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben. Die gesamte Region wird nachhaltig destabilisiert mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung.</del></p> <p><u>Bündnis 90/Die Grünen Berlin unterstützen den Beschluss des Bundesverbands von Bündnis 90/Die Grünen "Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen":</u></p> <p><u>Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilist*innen sind zu beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurd*innen im eigenen Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus, die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.</u></p> <p><u>Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur Verschärfung des Konflikts beitragen.</u></p>	Übernahme - Globalalternative siehe Anlage 3
V-08-003-2	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>Von Zeile 3 bis 4:</b></p> <p>1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen <del>Politik</del><u>Außenpolitik</u> über die <del>türkische</del><u>völkerrechtswidrige</u> Invasion <del>der Türkei, ein NATO-Partner,</del> in Syrien aufbrechen. Die Besetzung kurdischer Gebiete in Syrien im Gefolge des</p>	erledigt durch Ü V-08-003

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-004	Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)	<p><b>Neuer Titel:</b> Solidarität mit Nordsyrien / Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen</p> <p><b>Von Zeile 4 bis 6:</b> Invasion <u>mit Hilfe islamistischer Hilfstruppen</u> in Syrien aufbrechen. Die Besetzung <u>kurdischer</u> Gebiete in <u>Syrien/Nordsyrien</u> im Gefolge des Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der <u>kurdischen Streitkräfte</u> <u>multiethnischen Demokratischen Kräfte Syrien (QSD)</u> und Hunderter</p> <p><b>In Zeile 9 einfügen:</b> christliche Assyrer und Armenier werden aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben, <u>ihr Hab und Gut wird geplündert.</u></p>	erledigt durch Ü V-08-003
V-08-004-2	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 4:</b> Invasion in Syrien aufbrechen. Die Besetzung <u>kurdischer</u> <u>der mehrheitlich kurdisch bewohnten</u> Gebiete in Syrien im Gefolge des</p>	erledigt durch Ü V-08-003
V-08-006	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 6:</b> <b>Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der <u>kurdischen Streitkräfte</u> <u>Demokratischen Kräfte Syriens (SDF)</u> und Hunderter</b></p>	<p>modifizierte Übernahme: <b>füge ein in Zeile 11 der Globalalternative (Anlage 3):</b> "Kurdische Kräfte" durch "Demokratische Kräfte Syriens (SDF)" ersetzen (im gesamten Antrag)</p> <p>Begründung: Die offizielle Bezeichnung lautet "Demokratische Kräfte Syriens" entsprechend sollte der Begriff auch verwendet werden. Zudem ist die Bezeichnung "kurdisch" auch unzutreffend, weil zu eng gefasst und eine mediale Verzerrung. Die SDF vereint kurdische, arabische, assyrische und christliche Kräfte.</p>
V-08-008	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 8 einfügen:</b> Gewalt angewendet. <u>Die Bevölkerung der Region, insbesondere die</u> Kurden und andere Minderheiten wie beispielsweise die Jesiden,</p>	erledigt durch Ü V-08-003
V-08-011	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 11 einfügen:</b> Bevölkerung. <u>Die Türkei ist kein Stabilitäts- und Sicherheitsgarant für die hiesige Bevölkerung, dies zeigt sich exemplarisch an den bereits unter türkischer Kontrolle stehenden Euphrat-Shields-Gebieten und Afrin.</u></p>	erledigt durch Ü V-08-003

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-012	Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)	<b>In Zeile 12 einfügen:</b>  2. Die LDK erklärt sich solidarisch mit den Menschen in <u>Nordsyrien/</u> Rojava und dem militärischen Wider-	erledigt durch Ü V-08-0012-2
V-08-012-2	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Von Zeile 12 bis 14 löschen:</b>  <del>2. Die LDK erklärt sich solidarisch mit den Menschen in Rojava und dem militärischen Widerstand gegen die türkischen Invasionstruppen und deren Verbündeten, den islamistischen Terrorgruppen.</del>	Übernahme
V-08-015	Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)	<b>In Zeile 15 einfügen:</b>  3. <u>Nordsyrien /</u> Rojava ist in der gesamten Region beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen.	erledigt durch Ü V-08-0015-2
V-08-015-2	Landesvorstand (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Von Zeile 15 bis 19 löschen:</b>  <del>3. Rojava ist in der gesamten Region beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen. Es ist dort politisches Programm, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen zu fördern. Entsprechende Strukturen hierzu sind geschaffen worden. Dies alles ist aufgrund der türkischen Invasion der Zerschlagung ausgesetzt. Auch deshalb ist es erforderlich, den politischen Zustand wie vor Beginn der türkischen Aggression wiederherzustellen.</del>	Übernahme
V-08-015-3	Jian Omar (KV Mitte)	<b>In Zeile 15:</b>  3. <u>Rojava ist Selbstverwaltung</u> in der gesamten Region <u>Nord- und Nordsostsyrien ist im Kriegsland Syrien</u> beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen.	erledigt durch Ü V-08-0015-2
V-08-020	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Von Zeile 20 bis 25 löschen:</b>  <del>4. Die LDK verlangt die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen seitens der türkischen Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren sofortigen Abzug aus Rojava. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in Rojava in den letzten Jahren geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen. Geflüchtete und Vertriebene müssen schnellstmöglich in ihre Wohnorte / Wohnungen zurückkehren können.</del>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-020-2	Svenja Borgschulte (KV Pankow)	<p><b>Von Zeile 20 bis 25:</b></p> <p><b>4. Die LDK verlangt zum Schutz der Bevölkerung</b> die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen seitens der türkischen Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren sofortigen Abzug aus <b>Rojava/Nord-Ostsyrien</b>. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen <del>in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in Rojava in den letzten Jahren geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen</del> <b>Nord-Ostsyrien</b>. Geflüchtete und Vertriebene müssen schnellstmöglich in ihre Wohnorte / Wohnungen zurückkehren können. <u>Zudem muss Deutschland aus seiner Position heraus Druck ausüben, damit die Verhandlungen zu Syrien umfangreich und inklusiv gestaltet und alle Parteien einbezogen werden – dazu zählen auch die kurdischen Kräfte, die gegen den IS gekämpft haben.</u></p>	<p><b>Verfahren</b></p> <p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 122 der Globalalternative (Anlage 3):</b></p> <p>Neuer Punkt 3: "Dass die Bundesregierung auf allen Ebenen, darunter EU und UN, massiv Druck auf die Türkei ausübt, damit die Türkei die geplanten Zwangsumsiedlungen und illegalen Bevölkerungsverschiebungen nicht vollziehen kann. Außerdem muss den Hunderttausenden bereits vertriebenen Menschen in Nordost-Syrien schnellstmöglich die Rückkehr in ihre Häuser ermöglicht werden.</p> <p>Begründung: Erdogans Invasion ist im Kontext seiner Abschiebungspläne zu sehen. Er will zwei Millionen syrische Geflüchtete in die sog. „Sicherheitszone“ umsiedeln. Er spricht von auf Freiwilligkeit basierenden Rückführungen – diese sind jedoch nicht freiwillig und auch keine Rückführungen, da die Menschen aus diesen Gebieten gar nicht kommen. Alarmierenderweise hat auch die UN diesen Sprech übernommen und hat ein Expertenteam des UNHCR damit beauftragt in enger Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden einen Plan für die Umsiedlung zu erstellen, um eine "freiwillige und sichere Rückkehr" zu gewährleisten.</p>
V-08-022	Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)	<p><b>Von Zeile 22 bis 23 einfügen:</b></p> <p>sofortigen Abzug aus <u>Nordsyrien</u> / Rojava. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in <u>Nordsyrien</u>/ Rojava in den letzten Jahren geschaffenen</p>	<p>erledigt durch Ü V-08-0020</p>
V-08-022-2	Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)	<p><b>In Zeile 22:</b></p> <p>sofortigen Abzug aus Rojava. <u>Ziel Der Militäreinsatz ist völkerrechtswidrig und wir verurteilen den Einmarsch scharf. Darum ist das Ziel</u> das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien</p>	<p>erledigt durch Ü V-08-0020</p>
V-08-026	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 26 bis 29 löschen:</b></p> <p><del>5. Dringend erforderlich ist ein ungehinderter und gesicherter Zugang internationaler Hilfsorganisationen, insbesondere des Roten Kreuzes und zivilgesellschaftlicher Hilfsorganisationen in das Krisengebiet. Humanitäre Hilfe, insbesondere die medizinische Versorgung der Bevölkerung, muss ohne Behinderung möglich sein.</del></p>	<p>Übernahme</p>

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-030	Qosay Amer (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 30 bis 33:</b></p> <p><del>6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungsstrukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (QSD) zu ermöglichen, ihre Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen Invasion stationiert waren.</del></p> <p><u>6. Die LDK fordert, dass die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten sich dafür einsetzen sollen, die Kurdinnen und Kurden aus dem Norden Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess vertreten zu sein und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien zu erhalten und sich auch dafür einsetzen sollen, das schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das syrische Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend zu beenden.</u></p>	erledigt durch Ü V-08-0030-2
V-08-030-2	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 30 bis 33 löschen:</b></p> <p><del>6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungsstrukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (QSD) zu ermöglichen, ihre Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen Invasion stationiert waren.</del></p>	Übernahme
V-08-031	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 31:</b></p> <p>strukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien <del>(QSD)</del>(SDF) zu ermöglichen, ihre</p>	erledigt durch Ü V-08-0030-2
V-08-031-2	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 31:</b></p> <p>strukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien <del>(QSD)</del>(SDF) zu ermöglichen, ihre</p>	erledigt durch Ü V-08-0030-2
V-08-033	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 33 einfügen:</b></p> <p>Invasion stationiert waren. <u>Wir fordern die Strafverfolgung von in Nord- und Nordostsyrien begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dazu muss die Generalbundesanwaltschaft mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden.</u></p>	erledigt durch Ü V-08-0030-2
V-08-034	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 34 bis 41 löschen:</b></p> <p><del>7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung sämtlicher in Gefangenschaft des türkischen Militärs und der islamistischen Terrorgruppen geratener Angehöriger der YPJ und des YPD sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syrien (QSD). Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren. Es ist sicherzustellen, dass die Gefangenen als sog. „Kombattanten“ wie Kriegsgefangene den Schutz der Genfer Konvention genießen und nicht, wie von der Türkei praktiziert, als Terroristen behandelt und in türkische Gefängnisse verschleppt werden.</del></p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-034-2	Qosay Amer (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 34 bis 41:</b></p> <p><del>7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung sämtlicher in Gefangenschaft des türkischen Militärs und der islamistischen Terrorgruppen geratener Angehöriger der YPJ und des YPD sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD). Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren. Es ist sicherzustellen, dass die Gefangenen als sog. „Kombattanten“ wie Kriegsgefangene den Schutz der Genfer Konvention genießen und nicht, wie von der Türkei praktiziert, als Terroristen behandelt und in türkische Gefängnisse verschleppt werden.</del></p> <p><u>7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung alle verhafteten und verschwundenen Menschen, die wegen ihrer politischen Meinungen und ihres zivilgesellschaftlichen Engagements verhaftet sind.</u></p> <p><u>Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 138 der Globalalternative (Anlage 3):</b></p> <p>Neuer Punkt 7: "Die Freilassung aller politischen Gefangenen von allen Kriegsparteien in Syrien."</p> <p>Begründung: Die Freilassung aller politischen Gefangenen in Syrien ist auch eine zentrale Forderung der UNO und immer wieder auf den Genfer Friedensverhandlungen diskutiert worden und muss Grundlage für diese sein.</p>
V-08-036	Jian Omar (KV Mitte)	<p><b>In Zeile 36:</b></p> <p>sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syriens <del>(QSD)</del> <u>(SDF)</u>. Ist eine umgehende</p>	erledigt durch Ü V-08-0034
V-08-042	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 42 bis 47 löschen:</b></p> <p><del>8. Die LDK erkennt an, dass es neben einer umfänglichen humanitären Hilfe für die Menschen vor Ort und die Unterstützung für die vielen Flüchtlinge weiterer Schritte bedarf, Leben und Sicherheit der Betroffenen zu schützen. Es war ein schwerer Fehler der deutschen und europäischen Politik, sich seit Beginn des syrischen Krieges der Einrichtung einer Schutzzone verweigert zu haben. Es ist eine Schande westlicher Politik, es zu unterlassen, die Menschen vor den brutalen Übergriffen und Bombenangriffen des Assad-Regimes zu schützen.</del></p>	Übernahme
V-08-048	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 48 bis 56 löschen:</b></p> <p><del>9. Sämtliche Waffenlieferungen sowie die Lieferung militärischer nutzbarer Güter an die Türkei sind sofort einzustellen. Solange die Okkupation seitens der türkischen Armee andauert, darf es auch keine Hermes-Bürgschaften zur Absicherung von Auslandsgeschäften mit der Türkei geben. Einschneidende Maßnahmen müssen dem Erdogan-Regime unmissverständlich klar machen, dass es bei seiner aggressiven erpresserischen Politik nach innen und nach außen auf den entschlossenen Widerstand der europäischen Demokratie stößt. Die Politik der Bundesregierung ist unentschlossen und widersprüchlich. Sie schadet den Menschen im Krisengebiet und hilft letztlich dem Autokraten Erdogan, seine Interessenbrutal und rücksichtslos durchzusetzen.</del></p>	Übernahme
V-08-049	Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)	<p><b>In Zeile 49 einfügen:</b></p> <p>Türkei sind sofort einzustellen <u>und entsprechende Genehmigungen müssen widerrufen werden.</u> Solange die Okkupation seitens der türkischen Armee andau-</p>	erledigt durch Ü V-08-042

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-053	Svenja Borgschulte	<p><b>Von Zeile 53 bis 54 einfügen:</b></p> <p>den entschlossenen Widerstand der europäischen Demokratien stößt. <u>Dazu zählen auch die geplanten Zwangsumsiedlungen syrischer Schutzsuchender, die derzeit in der Türkei leben. Deutschland muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass dieser Völkerrechtsbruch und gewaltsame Bevölkerungsverschiebung nicht stattfinden. Die Bundesregierung muss hier entschlossen agieren.</u> Die Politik der Bundesregierung ist <u>derzeit</u> unentschlossen und widersprüchlich. Sie schadet den Menschen im</p>	erledigt durch Ü V-08-042
V-08-057	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 57 bis 59 löschen:</b></p> <p><del>10. Die EU muss ein klares Zeichen setzen und die "Hilfen für die Heranführung" der Türkei an die EU aussetzen. Die Verhandlungen über einen Beitritt des Landes zur EU sind ebenfalls auszusetzen.</del></p>	Übernahme
V-08-058	Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)	<p><b>Von Zeile 58 bis 59:</b></p> <p>an die EU <u>aussetzen ausschließlich an zivilgesellschaftliche, prodemokratische Organisationen auszahlen.</u> Die Verhandlungen über einen Beitritt des Landes zur EU <u>sind ebenfalls auszusetzen müssen an eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden. Als zusätzliche Maßnahme sollten EU-Sanktionen gegen politische Entscheidungsträger, verhängt werden, insbesondere persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen gegen Präsident Erdoğan und sein politisches Umfeld.</u></p> <p><u>Der EU-Türkei-Deal über die Aufnahme von Geflüchteten hat die EU erpressbar gemacht und muss beendet werden. Zugleich darf damit die europäische Unterstützung unmittelbar zu Gunsten der mehr als drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss gesichert werden.</u></p>	erledigt durch Ü V-08-057
V-08-060	Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)	<p><b>Von Zeile 60 bis 67:</b></p> <p><del>11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.</del></p> <p><u>11. Die Bundeswehr muss umgehend ihr Engagement über Syrien und dem Irak beenden und die Tornados aus Jordanien abziehen. Es muss sofort dafür gesorgt werden, dass keine Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei weitergegeben werden.</u></p> <p><u>Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des Krieges und weiterer militärischer Intervention bestehen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten und Interessengruppen sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden. In diesem Rahmen wäre ein vermittelndes Engagement Deutschlands und der EU sehr hilfreich. Dafür muss die außenpolitische Handlungsfähigkeit und -bereitschaft Deutschlands und der EU weiter gestärkt werden, wobei der Fokus immer auf den Mitteln der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung liegen muss.</u></p>	erledigt durch Ü V-08-060-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-060-2	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 60 bis 67 löschen:</b></p> <p><del>11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.</del></p>	Übernahme
V-08-060-3	Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick)	<p><b>Von Zeile 60 bis 64:</b></p> <p><del>11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern.</del> <u>11. Europa muss außenpolitisch handlungsfähiger werden. In Krisen wie in Syrien muss die Europäische Union wirksame Mittel ergreifen. Schon durch EU-Wirtschaftssanktionen hätte man Erdogan und seinem völkerrechtswidrigen Verhalten die Grenzen aufzeigen können.. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber keine eigenen Antworten zu liefern, wie Menschen dort vor einer militärischen Eskalation geschützt werden können.</u> Bislang hat Europa am Verrat des</p>	erledigt durch Ü V-08-060-2
V-08-060-4	Svenja Borgschulte (KV Pankow)	<p><b>Von Zeile 60 bis 67:</b></p> <p><del>11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.</del></p> <p><u>11. Wir fordern den Rückzug aller ausländischen Akteure, darunter die Türkei, Russland und der Iran. Die EU muss diese Forderung stärker auf internationaler Bühne vertreten. Die Bundesregierung und andere EU-Staaten müssen ihre IS-Kämpfer und deren Familien, die Staatsbürger*innen der EU-Staaten sind und sich in Gefängnislagern in Nordsyrien befinden, dringend zurückholen.</u></p>	erledigt durch Ü V-08-060-2
V-08-063	Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)	<p><b>Von Zeile 63 bis 66:</b></p> <p>aus <del>den Kurdengebieten in</del> Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den <del>Kurden</del><u>Menschen in Nordsyrien</u> zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in <u>Nordsyrien</u> / Rojava sind nicht einmal beantwortet</p>	erledigt durch Ü V-08-060-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-08-065	Jian Omar (KV Mitte)	<b>In Zeile 65:</b>  Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von <del>GSDF</del> wegen	erledigt durch Ü V-08-060-2
V-08-066	Jian Omar (KV Mitte)	<b>In Zeile 66:</b>  Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in <del>Rojava</del> <u>Nord- und Nordostsyrien</u> sind nicht einmal beantwortet	erledigt durch Ü V-08-060-2
V-08-067	Svenja Borgschulte (KV Pankow)	<b>Nach Zeile 67 einfügen:</b>  <u>12. Die Lage in ganz Syrien bleibt katastrophal – ob in Nord-Ostsyrien, Idlib oder den Assad-kontrollierten Gebieten. Auch nach dem Ende von Kampfhandlungen erkennen wir an, dass Syrien unter dem Assad-Regime keinerlei Sicherheit bietet. Daher lehnen wir Abschiebungen nach Syrien für alle Personengruppen ab.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein nach Zeile 138 der Globalalternative (Anlage 3):</b>  Nach Punkt 14 neu einfügen: "Anzuerkennen, dass Syrien unter dem Assad-Regime niemandem Sicherheit bietet. Abschiebungen nach Syrien müssen für alle Personengruppen dauerhaft ausgeschlossen und der Abschiebestopp erweitert werden, solange das Assad-Regime an der Macht ist."  Begründung: Seit April findet eine massive Offensive auf Idlib, der letzten Protesthochburg, statt - die Zivilgesellschaft wird jeden Tag bombardiert. Zeitgleich finden seit zwei Monaten massive Kampfhandlungen in Nord-Ostsyrien statt. Das Regime und seine Verbündeten begehen jeden Tag schwere Menschenrechts- und Kriegsverletzungen. Trotzdem fordern zunehmend Innenminister den Abschiebestopp für Syrien aufzuheben, da sich die Lage "stabilisiere". Bereits im Mai könnte es soweit sein. Selbst wenn die Kampfhandlungen und der Krieg irgendwann ein Ende haben sollten: Syrien unter Assad ist und bleibt ein Folterstaat, in dem niemand sicher ist. Abschiebungen in ein solches Land können nicht gerechtfertigt werden.
V-08-068	LaVo (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 68 löschen:</b>  <del>So darf es nicht weitergehen!</del>	Übernahme
<b>V-09: Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit! (von: Anika Esser u.a. (KV Tempelhof-Schöneberg))</b>			
V-09-077	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>Von Zeile 77 bis 78:</b>  beides Gruppen in denen Frauen* besonders stark vertreten sind, werden etwa durch <del>Erhöhungen</del> <u>Subventionen</u> der <del>EEG-Umlage (Erneuerbare Energien-Gesetz)</del> <u>fossilen Industrie und die (auch dadurch hohen) Abgaben auf Energie</u> , überproportional belastet.	Übernahme
V-09-112	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>Von Zeile 112 bis 113:</b>  <u>1. Aus Gerade auch aus Geschlechtergerechtigkeitperspektive müssen wir alles dafür tun, damit die mit dem Pariser Klimaabkommen festgelegte 1,5°C Grenze nicht überschritten wird! Dies ist auch weiterhin unser Ziel vor dem wir unsere eigenen Klimaschutzanstrengungen ständig überprüfen und weiter anpassen müssen.</u>	erledigt durch L-02-112-2

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-09-112-2	Landesvorstand (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 112 bis 113:</b>  1. <del>[Leerzeichen]</del> Aus Geschlechtergerechtigkeitsperspektive müssen wir alles dafür tun, damit wir die <del>1,5°C-Grenze nicht überschritten wird</del> <u>Ziele des Pariser Klimaschutzabkommen erreichen.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeilen 112 bis 113:</b> "Gerade aus Geschlechtergerechtigkeitsperspektive müssen wir alles dafür tun, damit die mit dem Pariser Klimakommen festlegte 1,5 Grad Grenze nicht überschritten wird, auch wenn wir wissen, wie schwer dies wird."
V-09-115	Landesvorstand (beschlossen am: 28.11.2019)	<b>Von Zeile 115 bis 116:</b>  Klimavorbehalt ein. <del>Eine Zustimmung zu Gesetzesvorhaben darf nur noch gegeben werden, wenn dies erfolgt ist</del> <u>Klimafolgen müssen ein wichtiges Kriterium für alle politischen Entscheidungen werden und Grundlage aller Entscheidungen über Gesetzesvorlagen sein.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeilen 115 bis 116:</b> "Geschlechtergerechtigkeit und Klimafolgen müssen zum zentralen Kriterium aller politischen Entscheidungen werden und Grundlage aller Entscheidungen über Gesetzesvorlagen sein."
V-09-120	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	<b>Von Zeile 120 bis 122:</b>  geschlechtergerecht besetzt werden. <del>Die Senatsverwaltungen für</del> <u>Mit Regine Günther als Senatoring</u> Umwelt, Verkehr und Klima <del>sowie und Ramona Pop für Stadtentwicklung</del> <u>Wirtschaft</u> und <del>Wohnen sollen im</del> <u>Energie sind wir hier einen</u> ersten Schritt <del>gegangen. Wir wollen weiterhin</del> <u>sein und appellieren an den Senat</u> , sämtliche Führungspositionen paritätisch <del>zu</del> <u>besetzen</u> und <del>Personen</del> <u>paritätisch</u> in Bundesgremien entsenden.	Übernahme
V-09-146	Bettina Jarasch (KV Pankow)	<b>Von Zeile 146 bis 149:</b>  <del>8. Berlin soll sich ihrer Verantwortung für die Klimakrise bekennen. Allen Menschen, die auf Grund unserer Lebensweise ihr Zuhause verlieren, sollen durch den Klimapass Asyl in Berlin bekommen. Der Klimapass für Berlin soll dabei vorrangig an Frauen* und ihre Familien vergeben werden.</del> <u>8. Das Land Berlin soll sich zu seiner Mitverantwortung für die Klimakrise bekennen. Deshalb soll Berlin auf allen Ebenen – im Bundesrat wie auch in den europäischen Städtenetzwerken, in denen Berlin Mitglied ist – dafür werben, dass die EU den Bewohner*innen von Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten soll.</u>	modifizierte Übernahme  "Das Land Berlin soll sich zu seiner Mitverantwortung für die Klimakrise bekennen. Deshalb soll Berlin auf allen Ebenen – im Bundesrat wie auch in den europäischen Städtenetzwerken, in denen Berlin Mitglied ist – dafür werben, dass die EU den Bewohner*innen von Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten soll. Als ersten Schritt soll Berlin als europäische Metropole betroffene Frauen* von den Inselstaaten zu einer Konferenz einladen, um so Handlungsdruck auf die Bundespolitik und die europäische Ebene aufzubauen."
<b>V-10: Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern (von: Matthias Dittmer u.a. (LAG Mobilität))</b>			
V-10-001	Matthias Oomen (KV Berlin- Charlottenburg/Wilmers dorf)	<b>Neuer Titel:</b> <b>#Mobilitätswende: Neubesetzung des BVG-Vorstandsvorsitzes als Chance für Berlin gestalten!</b>	Übernahme
V-10-008	Matthias Oomen (KV Berlin- Charlottenburg/Wilmers dorf)	<b>Von Zeile 8 bis 12:</b>  Dr. Sigrid Evelyn Nikutta ist seit dem 1. Oktober 2010 - zu Zeiten des Regierenden[ <u>Zeilenbruch</u> ] Bürgermeisters Klaus Wowereit - Vorstandsvorsitzende der BVG. Ihr Vertrag wurde vor zwei[ <u>Zeilenbruch</u> ] Jahren mit <del>verbessertem</del> <u>angepasstem</u> Verdienst verlängert. Nach neun Jahren leitender Tätigkeit wird sie[ <u>Zeilenbruch</u> ] nun am 1. Januar 2020 zum DB-Konzern wechseln. Der Personalausschuss des DB-Aufsichtsrats[ <u>Zeilenbruch</u> ] votierte am 30.10.2019 für sie. <u>Wir danken Frau Dr. Nikutta für ihre Dienste an unserer Stadt.</u>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-10-013	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 13 bis 14:</b> <del>Ramona Pop, Wirtschaftsministerin und Aufsichtsratsvorsitzende der BVG, bedauerte Nikittas Weggang und betonte, dass es keinen Anlass für überstürztes Handeln gebe.</del> <u>Die BVG-Führung ist eine Schlüsselstelle in unserer Stadt, denn die BVG steht hinsichtlich Fahrzeugmangel, zögerlichem Straßenbahnausbau und fehlender moderner Infrastruktur vor großen Herausforderungen.</u> <u>Daher wollen wir eine zeitnahe Neubesetzung vornehmen.</u>	Übernahme
V-10-015	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 15 bis 17 löschen:</b> <del>Die Problemlagen der BVG, wie Fahrzeugmangel bei der U-Bahn, zu langsamer Straßenbahnausbau, fehlende Busspuren und kaum vorhandene Bevorrechtigungen des ÖPNV an Ampelanlagen, erfordern jedoch eine zügige Neubesetzung.</del>	Übernahme
V-10-018	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>In Zeile 18:</b> Diese Neubesetzung soll gemäß bündnisgrüner Grundsätze transparent, gerecht und mit <del>(Leerzeichen)</del>	Übernahme
V-10-020	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>In Zeile 20:</b> 1.) Die Stelle ist <u>zügig so schnell wie möglich europaweit</u> öffentlich auszuschreiben.	Übernahme
V-10-021	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 21 bis 22:</b> <del>2.: Das Brutto-Gehalt des Nachfolgers/der Nachfolgerin einschließlich möglicher Boni darf nicht über dem Brutto-Gehalt des Regierenden Bürgermeisters liegen.</del> <u>2.) Die Entlohnung der Nachfolgerin darf branchenübliche Entgelde nicht übersteigen. Wir erwarten eine hauptsächliche Entlohnung in Form von stark leistungsorientierten Bonuszahlungen.</u>	Abstimmung
V-10-023	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>Von Zeile 23 bis 25:</b> <del>3.: Die Boni für den/die BVG-Vorstandsvorsitzende/n sind an eine positive Veränderung des Modal-Split und des ökologischen Fußabdrucks der Verkehrsleistungen zu koppeln und nicht wie bisher nur an das Wachsen der Verkehrsleistung und die "Schwarze Null".</del> <u>3.) Diese Bonuszahlungen orientieren sich u.a. an folgenden, für die Stadtgesellschaft relevanten Werten:</u> <u>- Steigerung des Marktanteiles der BVG im Modal Split</u> <u>- Reduktion des CO2-Ausstoßes</u> <u>- Betriebswirtschaftliche Ausgeglichenheit</u> <u>- Zustand des Fahrzeugparkes</u> <u>- Zustand der Infrastruktur</u> <u>- Kundenzufriedenheit, gemessen durch unabhängige Dritte</u>	Abstimmung
V-10-026	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>In Zeile 26:</b> 4.) Der Besetzungsprozess ist maximal transparent zu organisieren.	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-10-027	Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)	<b>In Zeile 27:</b> 5.: Bei <u>gleicherangemessener</u> Qualifikation ist die Besetzung durch eine Frau vorzuziehen.	Übernahme
V-10-027-2	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 27 einfügen:</b> 5.: Bei gleicher Qualifikation ist die Besetzung durch eine Frau vorzuziehen. <u>Darüber hinaus soll gezielt bei Frauen und Menschen mit Rassismuserfahrungen geworben werden.</u>	Übernahme
<b>V-11: Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin (von: LV-AG Ernährung und Landwirtschaft)</b>			
V-11-020	Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 20 einfügen:</b> Brandenburgs Landwirt*innen <u>und hier vor allem kleinen und mittleren Betrieben</u> zusammenarbeiten und die gesamte Gemeinschaftsverpflegung	Nichtbefassung
V-11-021	Philipp Ahrens (KV Lichtenberg)	<b>In Zeile 21:</b> konsequent auf regionale und <u>ökologisch bio-vegan</u> erzeugte Produkte umstellen, können wir die	zurückgezogen
V-11-023	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 23 einfügen:</b> lassen. <u>Mit einem Fokus auf vegetarische und insbesondere vegane Lebensmittel wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren und Tierleid minimieren.</u>	zurückgezogen
V-11-033	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 33 einfügen:</b> Die Umstellung der gesamten Gemeinschaftsverpflegung auf bioregionale, <u>vorzugsweise vegane</u> Produkte ist ein	zurückgezogen
V-11-034	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 34:</b> entscheidender Beitrag zur Förderung einer ökologischen und <u>tiergerechten tierleidfreien</u> Produktion	modifizierte Übernahme: "Förderung einer ökologischen und mit weniger Tierleid verbundenen Produktion"
V-11-037	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 37 einfügen:</b> anzuheben <u>und dabei vor allem auf veganes, klimafreundliches Essen zu setzen.</u>	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-11-037-2	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Nach Zeile 37 einfügen:</b>  <u>Für eine Verbesserung des pflanzlichen Speisenangebots in der gesamten Gemeinschaftsverpflegung, fordern wir, dass in allen öffentlichen Betrieben und Einrichtungen (Mensen an Schulen und Universitäten, Betriebskantinen der öffentlichen Verwaltung, Gefängnisse, Militär etc.) verpflichtend zu jeder Mahlzeit mindestens eine vollwertige pflanzliche Speise angeboten wird.</u>	modifizierte Übernahme:  "Für eine Verbesserung des pflanzlichen Speisenangebots in der gesamten Gemeinschaftsverpflegung, fordern wir, dass in allen öffentlichen Betrieben und Einrichtungen (Mensen an Schulen und Universitäten, Betriebskantinen der öffentlichen Verwaltung, Gefängnisse, Militär etc.) darauf hin gearbeitet wird, dass zu jeder Mahlzeit mindestens eine vollwertige pflanzliche Speise angeboten wird. "
V-11-037-3	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 37 einfügen:</b>  anzuheben, <u>möglichst aus der Metropolregion Berlin-Brandenburg.</u>	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 37 nach "anzuheben":</b> und die Lebensmittel möglichst aus der Metropolregion Berlin-Brandenburg bezogen werden."
V-11-053	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Von Zeile 53 bis 55:</b>  <u>Im eigenen Stadtgebiet verfügt Berlin über 3.633 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Zudem ist Berlin Eigentümerin der Berliner Stadtgüter und besitzt damit rund 16.500 Hektar eigene Fläche in Brandenburg, wovon 13.610 Hektar als landwirtschaftliche Fläche genutzt werden.</u> Die	Übernahme
V-11-059	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 59:</b>  <del>schließen, die zertifizierten Biolandbau betreiben</del> <u>bio-vegane Landwirtschaft betreiben und unsere ökologischen Ziele unterstützen.</u>	zurückgezogen
V-11-059-2	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 59 einfügen:</b>  schließen, die zertifizierten Biolandbau betreiben. <u>Für Neu-Einsteiger*innen oder Umsteiger*innen können Übergangsfristen bestimmt werden.</u>	Übernahme
V-11-059-3	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 59 einfügen:</b>  schließen, die zertifizierten Biolandbau betreiben. <u>Wir möchten Landwirt*innen bei der Umstellung auf eine ökologische und klimaschonende Bewirtschaftung stärker unterstützen, indem wir z.B. Anreize durch die weitere Ausgestaltung entsprechender Landes-Förderprogramme schaffen oder die Planungssicherheit der Betriebe durch mehrjährige Pachtverlängerungen erhöhen.</u>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-11-060	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<p><b>Von Zeile 60 bis 64:</b></p> <p><del>Massentierhaltung ist aus ethischen und ökologischen Gründen abzulehnen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen neuer Pachtverträge für landeseigene Flächen die Anzahl der Tiere zu beschränken und weitere Anforderungen an die Tierhaltung zu stellen, mindestens analog zu den Kriterien des Tierschutzlabels des Deutschen Tierschutzbundes.</del></p> <p><u>Landwirtschaftliche Tierhaltung, insbesondere Massentierhaltung, ist aus ethischen und ökologischen Gründen abzulehnen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen neuer Pachtverträge für landeseigene Flächen aus der Landwirtschaft mit Tieren auszusteiern. Neue Pachtverträge sollen daher nur an klimafreundliche bio-vegane Landwirt*innen vergeben werden.</u></p>	zurückgezogen
V-11-061	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<p><b>Von Zeile 61 bis 64:</b></p> <p>uns dafür ein, im Rahmen neuer Pachtverträge für landeseigene Flächen <del>die Anzahl der Tiere zu beschränken und weitere Anforderungen an die Tierhaltung zu stellen, mindestens analog zu den Kriterien des Tierschutzlabels des Deutschen Tierschutzbundes.</del> <u>durch eine flächengebundene Tierhaltung die Anzahl der Tiere zu beschränken.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein nach Zeile 64:</b> "Gleichzeitig müssen wir neue Wege finden, wie wir als Klimaschutzpartei mit der Klimabelastung durch landwirtschaftliche Tierhaltung umgehen."</p>
V-11-071	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 71 einfügen:</b></p> <p>Wir wollen die Berliner*innen für diese Themen sensibilisieren <u>und mit der Unterstützung und Förderung der bio-vegane Landwirtschaft noch einen wichtigen Schritt weiter gehen, hin zu einer tierleidfreien und klimafreundlichen Landwirtschaft.</u></p>	zurückgezogen
V-11-083	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<p><b>In Zeile 83 löschen:</b></p> <p>Ohne Ernährungswende gibt es keine Agrarwende. Saisonal, regional, <del>vegetarisches und</del></p> <p><b>In Zeile 86 löschen:</b></p> <p>uns bei den Industrie- und Handelskammern dafür ein, dass <del>vegetarisches und</del> veganes</p>	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-11-089	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 89 einfügen:</b>  stärker berücksichtigt werden. <u>Durch finanzielle Unterstützung von Fortbildungen in pflanzlicher Küche sowie eine Anpassung der Ausbildung von Köch*innen, sodass die Zubereitung pflanzlicher Lebensmittel einen höheren Stellenwert erhält und eine vegane Kochausbildung (auch durch rein pflanzliche Prüfungsmenüs), soll die Verbesserung der pflanzlichen Kochkünste in der Berufs- und Schulausbildung ermöglicht werden.</u>	zurückgezogen
V-11-101	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 101:</b>  Parteiveranstaltungen nur bioregionales, <u>vegan-vegetarisches/veganes</u> und möglichst saisonales	modifizierte Übernahme:  "Für Veranstaltungen, bei denen der Landesverband Finanzierungen übernimmt, nimmt Berlin eine Vorreiterrolle ein und bietet ausschließlich veganes Essen an, wenn der Veranstaltungsort dies ermöglicht. Für alle anderen Veranstaltungen folgend wir mindestens dem BDK-Beschluss und gestalten das Catering grds. vegetarisch, biologisch und regional. Dabei ist für jedes vegetarische Angebot stets eine vollwertige vegane Alternative anzubieten.
V-11-105	Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)	<b>In Zeile 105 einfügen:</b>  welches <u>bio-vegan</u> in der Stadt erzeugt wird, eruieren und deren Ausbau ggf. fördern.	zurückgezogen
V-11-105-2	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Nach Zeile 105 einfügen:</b>  <u>Eine umfassende, unabhängige Ernährungsbildung gehört zu grüner Klima-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik und soll daher ein fester Bestandteil der Lehrpläne in der Schul- und Erwachsenenbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit sein. Insbesondere soll über die Folgen der Tierhaltung und die Vorteile pflanzlicher Ernährung informiert werden.</u>	zurückgezogen
V-11-105-3	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Nach Zeile 105 einfügen:</b>  <u>Um eine pflanzliche Ernährungsweise erschwinglicher zu machen, setzen wir uns dafür ein pflanzliche Produkte gegenüber Tierprodukten steuerlich mindestens gleichzustellen.</u>	zurückgezogen
V-11-105-4	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>Nach Zeile 105 einfügen:</b>  <u>Auf eigenen Veranstaltungen gehen wir mit gutem Vorbild voran, indem wir das Catering und Essensangebot grundsätzlich vegan-vegetarisch und biologisch gestalten. Dabei bieten wir für jedes vegetarische Angebot stets auch eine vollwertige vegane Alternative an.</u>	zurückgezogen
<b>V-12: Sonntagsöffnungen: Den Wert der langen Wochenenden für Beschäftigte des Einzelhandels sichern (von: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf))</b>			
<b>V-13: Wir digitalisieren Berlins Schulen nachhaltig, ökologisch und frei! (von: Jelisaweta Kamm u.a. (KV Mitte))</b>			

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-13-015	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<b>Von Zeile 15 bis 17:</b>  Schüler:innen einen transparenten Einblick in die Funktionalität der Computer- <del>und eine klimafreundliche Konfiguration ist immer möglich.</del> <u>Dafür fordern wir zusätzlich ein freies Betriebssystem auf jedem edukativen Schulcomputer.</u> <u>Wir setzen uns dafür ein, dass an jeder Schule edukative Schulcomputer in einer relevanten Anzahl mit einem freien Betriebssystem zur Verfügung stehen.</u>	Übernahme
V-13-027	Filiz Keküllüoğlu-Abdurazak (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	<b>In Zeile 27 einfügen:</b>  Netz, Fake News, <u>Hate Speech</u> und weiteren auseinandersetzen und eine innerschulische Willenserklärungen	Übernahme
V-13-038	Filiz Keküllüoğlu-Abdurazak (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 38:</b>  die erhöhte <del>Diversität der</del> <u>Multiprofessionalität unter den</u> Akteur:innen an den Schulen, bündeln wir Kompetenzen und stärken	Übernahme
V-13-046	Alexandra Heimerl (KV Berlin Lichtenberg)	<b>In Zeile 46 einfügen:</b>  Gerät und den produzierten Daten entstehen. <u>Wir fordern außerdem Schüler:innen früh Grundlagenfertigkeiten des Programmierens, die oft im Fach Mathematik liegen, spielerisch im Zuge des Lehrplans und Lehralltags nahezubringen, sowie in die Weiterbildung von Lehrkräften zu investieren.</u> Wir wollen, dass digitales Arbeiten partizipativ	Übernahme
<b>V-14: Vorsorgeprinzip stärken! (von: Rebecca Griffin-Oestreich (KV Friedrichshain-Kreuzberg))</b>			
V-14-002	Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)	<b>Von Zeile 2 bis 6:</b>  <del>Berlin</del> <u>Die 5. Generation des Mobilfunks, 5G, ist eine technisch und wirtschaftlich komplexe Basisinnovation mit weitreichenden Wirkungen und zahlreichen Unsicherheiten. Die Anwendungsbereiche der Technik und Geschäftsmodelle, die auf ihr aufbauen, sind noch offen. Es scheint sich um eine Innovation zu handeln, zu der die Probleme, die sie lösen soll, noch gefunden werden müssen. Gleichwohl sind die Erwartungen hoch und die Rede ist von Zeitdruck im internationalen Wettbewerb um Technologieführerschaft.</u> <u>Auch der Berliner Senat macht Tempo beim 5G Ausbau und wird somit zum Vorzeigestandort und Forschungsgebiet. Die Senatsverwaltung hat mit der Telekom eine Vereinbarung für schnelles Internet gemacht, einen beschleunigten 5G-Ausbau unterzeichnet, mehrere 5G Testgebiete wurden eingerichtet. Die bundesweite Versteigerung der ersten 5G Frequenzbereiche <del>sind</del> ist beendet und der stadtweite Ausbau beginnt. 66 Antennen in Berlins Mitte bilden seit Sept. 2019 auf rund sechs Quadratkilometern das aktuell größte zusammenhängende 5G-Gebiet Deutschlands.</u> <u>Die wesentlichen mit 5G verbundenen Risiken bestehen bzgl. Datensicherheit, Netzverfügbarkeit (Sabotage), Energieverbrauch und Gesundheit (Strahlung im Fall von hohen Frequenzen).</u> Noch bewegen wir uns in <del>bekannt</del> <u>den niedrigen</u> Frequenzbereichen. Dort telefonieren wir schon heute. Und schon steht die nächste Ausbaustufe vor der Tür. Da bewegen wir uns im Hochfrequenzbereich ( <del>26</del> <u>20</u> GHz).	modifizierte Übernahme:  "Die 5. Generation des Mobilfunks, 5G, ist eine technisch und wirtschaftlich komplexe Basisinnovation mit weitreichenden Wirkungen, Unsicherheiten und Chancen. Die Anwendungsbereiche der Technik und Geschäftsmodelle, die auf ihr aufbauen, sind noch offen. Der Berliner Senat macht Tempo beim 5G-Ausbau und wird somit zum Vorzeigestandort und Forschungsgebiet. Die Senatsverwaltung hat mit der Telekom eine Vereinbarung für schnelles Internet gemacht für einen beschleunigten 5G-Ausbau unterzeichnet, mehrere 5G- Testgebiete wurden eingerichtet. Die bundesweite Versteigerung der ersten 5G-Frequenzbereiche ist beendet und der stadtweite Ausbau beginnt. 66 Antennen in Berlins Mitte bilden seit Sept. 2019 auf rund sechs Quadratkilometern das aktuell größte zusammenhängende 5G-Gebiet Deutschlands. Mögliche mit 5G verbundene Risiken bestehen bzgl. Datensicherheit, Netzverfügbarkeit (Sabotage), Energieverbrauch und Gesundheit (Strahlung im Fall von hohen Frequenzen). Noch bewegen wir uns in den niedrigen Frequenzbereichen. Dort telefonieren wir schon heute. Die nächste Ausbaustufe steht vor der Tür. Da bewegen wir uns im Hochfrequenzbereich (20 GHz)."

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-14-007	Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)	<p><b>Von Zeile 7 bis 9:</b></p> <p><del>Die Skepsis im Bezug auf immer mehr Funkeinrichtungen nimmt zu und wie dieser Frequenzbereich, flächendeckend eingesetzt, auf Pflanzen, Tiere und Menschen wirken ist weitgehend unerforschtes Gebiet.</del></p> <p><u>Wie der höhere Frequenzbereich, flächendeckend eingesetzt, auf Menschen und Tiere wirkt, ist weitgehend unerforscht.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>"Wie der höhere Frequenzbereich, flächendeckend eingesetzt, auf Pflanzen, Tiere und Menschen, wirkt, muss weiter erforscht werden."</p>
V-14-007-2	Landesvorstand (beschlossen am: 29.11.2019)	<p><b>Von Zeile 7 bis 9:</b></p> <p><del>Die Skepsis im Bezug auf immer mehr Funkeinrichtungen nimmt zu und wie dieser Frequenzbereich, flächendeckend eingesetzt, auf Pflanzen, Tiere und Menschen wirken ist weitgehend unerforschtes Gebiet.</del></p> <p><u>Wir lassen uns beim Ausbau der Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Da die Skepsis im Bezug auf immer mehr Funkeinrichtungen zunimmt, fordern wir die Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen.</u></p>	Übernahme
V-14-010	Landesvorstand (beschlossen am: 29.11.2019)	<p><b>Von Zeile 10 bis 12 löschen:</b></p> <p><del>Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass es über die Folgen der Einführung dieser Hochfrequenten Strahlung in weiten Kreisen der Gesellschaft große Vorbehalte und Debatten gibt.</del></p>	Übernahme
V-14-013	Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)	<p><b>Von Zeile 13 bis 15:</b></p> <p><del>Diese Vorbehalte sollten wir nicht achtlos bei Seite schieben. Gemäß Artikel 191 des geltenden EU-Vertrags sind die Bürger*innen grundsätzlich vor Produkten zu schützen, deren Unbedenklichkeit noch nicht erwiesen ist.</del></p> <p><u>Wir lassen uns auch beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten und streben verantwortungsvoll nach einer umfassenden Technikfolgenabschätzung.</u></p>	erledigt durch V-007-2
V-14-013-2	Landesvorstand (beschlossen am: 29.11.2019)	<p><b>Von Zeile 13 bis 15 löschen:</b></p> <p><del>Diese Vorbehalte sollten wir nicht achtlos bei Seite schieben. Gemäß Artikel 191 des geltenden EU-Vertrags sind die Bürger*innen grundsätzlich vor Produkten zu schützen, deren Unbedenklichkeit noch nicht erwiesen ist.</del></p>	Übernahme
V-14-016	Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)	<p><b>Von Zeile 16 bis 19:</b></p> <p><del>Berlin verfügt über eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft. Darum erscheint es sinnvoll, vor der großflächigen Einführung dieser Technologie, in Berlin unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung zu etablieren.</del></p> <p><u>Darum werden wir vor der großflächigen Einführung dieser Technologie in Berlin eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung etablieren, ihre Ergebnisse veröffentlichen und eine gesellschaftliche Debatte darüber führen.</u></p>	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-14-016-2	Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)	<b>Von Zeile 16 bis 19:</b>  <del>Berlin verfügt über eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft.</del> Wir lassen uns auch beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten und streben verantwortungsvoll nach einer umfassenden Technikfolgenabschätzung. Darum <del>erscheint es sinnvoll, werden wir</del> vor der großflächigen Einführung dieser Technologie, in Berlin unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung <u>etablieren, deren Ergebnisse veröffentlichen und eine gesellschaftliche Debatte dazu führen. Wir unterstützen auch auf Landesebene die BDK Beschlüsse zu etablieren</u> 5G (Veröffentlichung aller Studien, Weitentwicklung der Prüf- und Messverfahren, Formulierung verbindlicher Grenzwerte und EU weite Abstimmung).	zurückgezogen
V-14-016-3	Landesvorstand (beschlossen am: 29.11.2019)	<b>Von Zeile 16 bis 19:</b>  <del>Berlin verfügt über eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft. Darum erscheint es sinnvoll, vor der großflächigen Einführung dieser Technologie, in Berlin unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung zu etablieren.</del> <u>Wir unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über Auswirkungen durch hochfrequente Send- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz.</u>	modifizierte Übernahme:  "Wir unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über Auswirkungen durch hochfrequente Send- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz und unabhängige Forschungsinstitute".
<b>V-15: Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen! (von: LAG Wissenschaft)</b>			
V-15-008	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 8 einfügen:</b>  Forschung und Lehre sowohl die inhaltliche Demokratisierung als auch die sozial-ökologischen <u>und (tier)ethischen</u> .	modifizierte Übernahme: "...und ethischen..."
V-15-008-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 8 einfügen:</b>  Forschung und Lehre sowohl die inhaltliche Demokratisierung <u>auch in Bezug auf Wissenressourcen und Epistemologien</u> als auch die sozial-ökologischen	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein in Zeile 10 nach „transdisziplinären“:</b> "und diskriminierungskritischen Forschung und Lehre."
V-15-014	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 14:</b>  unterstützt und ihre <u>soziale diversitätsorientierte</u> Öffnung vorantreibt. Wir brauchen ein Hochschulgesetz, das mit	modifizierte Übernahme:  "soziale und diversitätsorientierte"
V-15-053	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 53 einfügen:</b>  Hochschulen stärken, ihren Beitrag zur <u>inkluisiven und</u> nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft, zur	modÜ „nachhaltigen und inklusiven“
V-15-056	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 56 einfügen:</b>  Nachhaltigkeitskonzepte <u>und Diversitätsorientierung</u> in den Aufgaben, Strukturen und in der Organisation der	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-15-057	Annkatrin Esser (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p><b>Nach Zeile 57 einfügen:</b></p> <p><u>Hochschulen sollen sich verbindliche Nachhaltigkeitsziele setzen, um selbst dazu beizutragen, dass Berlin bis 2030 das Netto 0 erreicht. Hier sollen Student*innen beteiligt werden. Für die Erarbeitung und Durchführung sollen Stellen geschaffen werden.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Nach Zeile 57 einfügen:</b> „Um das 1,5 Grad Ziel überhaupt noch zu erreichen, sollen sich die Hochschulen verbindliche Nachhaltigkeitsziele setzen, um selbst dazu beizutragen, die Verpflichtungen durch das Pariser Klimaschutzabkommen noch zu erreichen. Dies soll in einem partizipativen Prozess unter Einbindung aller Statusgruppen passieren““</p>
V-15-062	Alexander Kräß (KV Steglitz-Zehlendorf)	<p><b>Nach Zeile 62 einfügen:</b></p> <p><u>Transparentere Informationen über die Werberechtvergabe an Hochschulen und deren Einnahmen, sowie die Reduzierung von unnötigem Werbemüll (wie die Campustüte).</u></p>	zurückgezogen
V-15-062-2	Alexander Kräß (KV Steglitz-Zehlendorf)	<p><b>Nach Zeile 62 einfügen:</b></p> <p><u>Transparentere Informationen über die Werberechtvergabe an Hochschulen und deren Einnahmen, sowie die Reduzierung von unnötigem Werbemüll (wie die Campustüte).</u></p>	zurückgezogen
V-15-079	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 79 einfügen:</b></p> <p>Die Pflicht zur <u>diversitätsorientierten und</u> nachhaltigen Personal- und Organisationsentwicklung auf Hochschul- und</p>	modÜ „nachhaltigen und diversitätsorientierten“
V-15-081	René Lutter (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 81 bis 84:</b></p> <p>Hochschulen für angewandte Wissenschaft (Fachhochschulen) <del>in denjenigen Forschungsfeldern und Lehrgebieten das Promotionsrecht verleihen, in denen die Möglichkeit zur Promotion nicht durch die Kooperation mit Universitäten in Berlin sichergestellt werden kann</del> <u>das Promotionsrecht verleihen</u></p>	modÜ „Hochschulen für angewandte Wissenschaft (Fachhochschulen) im Ausbau ihres wissenschaftlichen Qualifizierungsangebots unterstützen und ihnen insbesondere in denjenigen“
V-15-090	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 90 einfügen:</b></p> <p>Die Selbstbestimmung, <u>Selbstbefähigung</u>, Flexibilität und Mobilität der Studierenden in einem qualitativ</p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p>„Selbstbestimmung, Empowerment, [...]“</p> <p>Bestimmter Artikel streichen, Selbstbefähigung durch Empowerment ersetzen</p>
V-15-095	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 95 einfügen:</b></p> <p>den ersten beiden Semestern</p> <p><u>- Die Schaffung von Schutz- und Empowermenträumen für Studierende of Color in nachhaltigen Strukturen</u></p>	zurückgezogen

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-15-096	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.11.2019)	<b>In Zeile 96 einfügen:</b>  - Die Ausweitung der vollständigen Wahlfreiheit auf ein Drittel des Studiums, <u>- Die Ermöglichung des ethischen Verweigerungsrechts im Studium der Lebenswissenschaften bzgl. Tierversuchen und der Verwendung von Tieren, die in Tierversuchen oder für Ausbildungszwecke getötet wurden.</u>	zurückgezogen
V-15-100	Alexander Kräß (KV Steglitz-Zehlendorf)	<b>Nach Zeile 100 einfügen:</b>  <u>Die Möglichkeiten, nach einer Ausbildung ein Studium anzufangen, erweitern.</u>	Übernahme
V-15-102	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain- Kreuzberg)	<b>Nach Zeile 102 einfügen:</b>  <u>Alle Formen der direkten und indirekten Anwesenheitskontrolle abschaffen und Verstöße sanktionieren</u>	modifizierte Übernahme: "Alle Formen der direkten und indirekten Anwesenheitskontrolle abschaffen"

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-15-124	Philmon Ghirmai (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 124 bis 134:</b></p> <p><del>7Z.</del> Unsere Hochschulen müssen <del>diskriminierungsfrei sein und</del> die Diversität <del>schätzen</del> in ihren Institutionen fördern sowie für <del>alle Personen ein diskriminierungsfreies Studium bzw. eine berufliche und wissenschaftliche Tätigkeit sicherstellen</del></p> <p>Dafür werden wir:</p> <p><u>Die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Berliner Hochschulen auf allen Ebenen anhaltend fördern und strukturell durch die herausragende Arbeit der Frauenbeauftragten unterstützen.</u></p> <p><u>Um die Diversität an Berliner Hochschulen auf allen Ebenen zu erhöhen, werden wir darauf hinwirken, dass sie gesetzlich dazu verpflichtet werden, verbindliche und über alle Bereiche und Statusgruppen hinweg gültige Diversitätsstrategien zu entwickeln. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung in die Stadtgesellschaft sollen sie gezielt bei unterrepräsentierten Geschlechtern und Gruppen (seien es beispielsweise People of Color, Schwarze Menschen, Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung sowie Arbeiter*innenkinder) für die Aufnahme eines Studiums bzw. für die Mitarbeit in der Hochschule werben.</u></p> <p><u>Zudem werden wir für die hochschulgesetzliche Verankerung von standardisierten Antidiskriminierungsmaßnahmen an Berliner Hochschulen eintreten, indem wir uns für</u></p> <p><del>Die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Berliner Hochschulen auf allen Ebenen anhaltend fördern und strukturell durch die herausragende Arbeit der Frauenbeauftragten unterstützen</del></p> <p><del>Die Rolle marginalisierter Gruppen stärken und Vielfalt fördern, indem wir:</del></p> <p><del>-Hochschulen strukturell als diskriminierungsfreien Raum gestalten</del></p> <p><del>-Hochschulen zur diskriminierungsfreien Ausgestaltung des Studiums, zur Barrierefreiheit sowie zur Berücksichtigung der sozialen Lage der Studierenden verpflichten</del></p> <p><del>-Digitale und inklusive Lehrformate fördern, um die Flexibilität und Mobilität des Studiums zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern</del></p> <p><del>ein striktes Diskriminierungsverbot,</del></p> <p><u>die Einrichtung von weisungsunabhängigen Antidiskriminierungsberatungsstellen und -beschwerdestrukturen auf Hochschulebene für Studierende sowie für Angehörige und Mitarbeiter*innen der Hochschulen,</u></p> <p><u>den Abbau von bestehenden diskriminierenden Strukturen durch eine diskriminierungskritische und diversitätsorientierte Organisationsentwicklung,</u></p> <p><u>den barrierearmen Zugang sowie</u></p> <p><u>den Ausbau der diskriminierungskritischen Forschung und Lehre einsetzen.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein von Zeile 124 bis 134:</b></p> <p>"7. Unsere Hochschulen müssen die Diversität in ihren Institutionen fördern sowie für alle Personen ein diskriminierungsfreies Studium bzw. eine berufliche und wissenschaftliche Tätigkeit sicherstellen.</p> <p>Dafür werden wir:</p> <p>Die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Berliner Hochschulen auf allen Ebenen anhaltend fördern und strukturell durch die herausragende Arbeit der Frauenbeauftragten unterstützen. Um die Diversität an Berliner Hochschulen auf allen Ebenen zu erhöhen, werden wir darauf hinwirken, dass sie gesetzlich dazu verpflichtet werden, verbindliche und über alle Bereiche und Statusgruppen hinweg gültige Diversitätsstrategien zu entwickeln. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung in die Stadtgesellschaft sollen sie gezielt bei unterrepräsentierten Geschlechtern und Gruppen (seien es beispielsweise People of Color, Schwarze Menschen, Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung sowie Personen aus Nicht-Akademiker*innen-Familien und trans*- und inter*-Personen) für die Aufnahme eines Studiums bzw. für die Mitarbeit in der Hochschule werben.</p> <p>Zudem werden wir für die hochschulgesetzliche Verankerung von standardisierten Antidiskriminierungsmaßnahmen an Berliner Hochschulen eintreten, indem wir uns für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- ein striktes Diskriminierungsverbot,</li> <li>- die Einrichtung von weisungsunabhängigen Antidiskriminierungsberatungsstellen und -beschwerdestrukturen auf Hochschulebene für Studierende sowie für Angehörige und Mitarbeiter*innen der Hochschulen,</li> <li>- den Abbau von bestehenden diskriminierenden Strukturen durch eine diskriminierungskritische und diversitätsorientierte Organisationsentwicklung,</li> <li>- den barrierearmen Zugang sowie</li> <li>- den Ausbau der diskriminierungskritischen Forschung und Lehre</li> </ul> <p>einsetzen."</p>
V-15-125	Philmon Ghirmai (KV	<p><b>In Zeile 125 löschen:</b></p>	Übernahme
V-15-126	Philmon Ghirmai (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 126 bis 129 löschen:</b></p> <p><del>Die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Berliner Hochschulen auf allen Ebenen anhaltend fördern und strukturell durch die herausragende Arbeit der Frauenbeauftragten unterstützen</del></p> <p><del>Die Rolle marginalisierter Gruppen stärken und Vielfalt fördern, indem wir:</del></p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-15-128	René Lutter (KV Berlin-Neukölln)	<p><b>Nach Zeile 128 einfügen:</b></p> <p><u>Den Anteil von Studierenden aus nicht-akademischen Familien erhöhen, indem wir</u>  <u>- Hochschulen fördern, die sich aktiv für eine Erhöhung des Anteils von Kindern aus Nicht-Akademiker-Familien einsetzen,</u>  <u>- Hochschulen in regelmäßigen Abständen über ihre Bemühungen, alle gesellschaftlichen Gruppen unter Studierenden und Mitarbeitenden zu repräsentieren, berichten lassen.</u></p>	erledigt durch V-15-124
V-15-128-2	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>Nach Zeile 128 einfügen:</b></p> <p><u>Die fehlende Repräsentation von Mitarbeitenden of Color auf allen Ebenen fördern und die neu etablierten Stellen der Diversitätsbeauftragten unterstützen.</u></p>	erledigt durch V-15-124
V-15-130	Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichs-Kreuzberg)	<p><b>In Zeile 130 einfügen:</b></p> <p>- Hochschulen strukturell als diskriminierungsfreien Raum gestalten  <u>- u.a. durch die verpflichtende Einrichtung genderneutraler Toiletten in allen Hochschulen in Berlin</u></p>	erledigt durch V-15-124
V-15-130-2	Philmon Ghirmai (KV Neukölln)	<p><b>In Zeile 130 löschen:</b></p> <p><del>-Hochschulen strukturell als diskriminierungsfreien Raum gestalten</del></p>	Übernahme
V-15-130-3	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<p><b>In Zeile 130:</b></p> <p>- Hochschulen strukturell als <del>diskriminierungsfreien</del><u>diskriminierungs- und machtkritischen</u> Raum gestalten</p>	erledigt durch V-15-124
V-15-131	Philmon Ghirmai (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 131 bis 132 löschen:</b></p> <p><del>-Hochschulen zur diskriminierungsfreien Ausgestaltung des Studiums, zur Barrierefreiheit sowie zur Berücksichtigung der sozialen Lage der Studierenden verpflichtet</del></p>	Übernahme
V-15-133	Philmon Ghirmai (KV Neukölln)	<p><b>Von Zeile 133 bis 134 löschen:</b></p> <p><del>-Digitale und inklusive Lehrformate fördern, um die Flexibilität und Mobilität des Studiums zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern</del></p>	Übernahme

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-15-134	Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	<b>Nach Zeile 134 einfügen:</b>  - <u>Mehr Stipendien für sie zur Verfügung stellen</u>	zurückgezogen
V-15-134-2	Alexander Kräß (Steglitz-Zehlendorf)	<b>In Zeile 134 einfügen:</b>  zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern  - <u>die Bedürfnisse und Probleme von trans* und inter* Personen respektieren und in der sozialen und administrativen Struktur der Hochschulen berücksichtigen.</u>	erledigt durch V-15-124
V-15-134-3	AG Bunt-Grün (beschlossen am: 24.11.2019)	<b>In Zeile 134 einfügen:</b>  zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern  - <u>Queere, transgender und B.PoC Netzwerke fördern, um die Dekonstruktion von heteronormativen und cis-dominante Strukturen (Wissen und Personal) zu fördern.</u>  - <u>Das intersektionale Verständnis von Diversität an Hochschulen fördern, um nachhaltige Strategien gegen Sexismus.</u>	erledigt durch V-15-124
<b>V-16: Hilfe statt Stigmatisierung: Überschuldete unterstützen, Schuldnerberatung stärken (von: Taylan Kurt (KV Mitte))</b>			
V-16-004	Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)	<b>Von Zeile 4 bis 6:</b>  Berliner*innen haben hierfür die erforderlichen finanziellen Mittel. Weil sie <del>arm sind und</del> nicht über das entsprechende Einkommen verfügen, aber dennoch teilhaben wollen und sich dafür verschulden.  <u>Die Prävention gegen Überschuldung beginnt in der Schule, Jugendeinrichtung und Elternhaus. Das Erlernen des Umgangs mit eigenem Geld, ist in Zeiten von Handyverträgen, Kreditkarten und Onlineshopping wichtiger denn je. Dies gelingt jedoch zu wenig, wie die Entwicklung der letzten Jahre nahelegt.</u>	Übernahme
<b>V-17: Knowhow der U5-Projektgesellschaft für die Zukunft sichern (von: Stefan Gelbhaar (KV Pankow))</b>			
V-17-004	Frank Geraets (KV Pankow)	<b>Von Zeile 4 bis 6:</b>  stehen. Die <u>Digitalisierung von U-Bahn-Strecken (autonomes Fahren)</u> , die Umsetzung von Teilprojekten der i2030-Planung (etwa Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn, Siemensbahn <del>usw.</del> , <u>der dringendst erforderliche zweite Bauabschnitt der S21 usw.</u> ), sowie die zügige Beantragung und Sicherung von Fördermitteln aus der	modifizierte Übernahme:  <b>Füge ein von Zeile 4 bis 6:</b> "Die Digitalisierung von U-Bahn-Strecken (autonomes Fahren), die Umsetzung von Teilprojekten der i2030-Planung (etwa Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn, Siemensbahn, 2. Bauabschnitt S21 usw.), sowie die zügige Beantragung und Sicherung von Fördermitteln aus der ..."

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-17-007	Frank Geraets (KV Pankow)	<p><b>Von Zeile 7 bis 9:</b></p> <p>Gemeindeverkehrsfinanzierung des Bundes sind ebenso relevante mögliche Aufgaben. <del>Eine ausschließliche Fokussierung der Projektgesellschaft auf die Prüfung, Planung und Umsetzung von U-Bahn-Projekten ist weder möglich noch nötig.</del> <u>Die Prüfung, Planung und Umsetzung von U-Bahn-NeubauProjekten ist kurz-/und mittelfristig ausgeschlossen.</u> <u>Ferner wird die "Projektrealisierungs GmbH U5" wieder in die BVG eingegliedert und den dortigen Planungsbereichen gleichgestellt, z.B. tariflich.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein von Zeile 7 bis 9:</b>"Gemeindeverkehrsfinanzierung des Bundes sind ebenso relevante mögliche Aufgaben. Eine Fokussierung der Projektgesellschaft auf U-Bahn-Projekte ist weder möglich noch nötig, in dieser Legislaturperiode wird die Prüfung, Planung und Umsetzung von U-Bahn-Neubau-Projekte ausgeschlossen."</p>
<b>V-18: Bei Startups das Potential aller Geschlechter nutzen (von: Julius Hassemer u.a. (KV Lichtenberg))</b>			
V-18-040	Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p><b>Von Zeile 40 bis 42:</b></p> <p><del>stellten, weil es Frauen sind. [2]. Wir beantragenfordern den Senat auf, ein GründerINNEN-Stipendium zu prüfen, das Gründer:innen-Stipendium, dass sich an</del> Gründungsteams <del>fördert,richtet,</del> die mehrheitlich aus Frauen oderintersexuellen, nicht-binären, lesbischen oder transgender-Personen bestehen (im Folgenden FLINT). <u>Dieses Stipendium soll mit Beratungs- und Coachingangeboten kombiniert werden, die die spezifischen Hemmnisse von Frauen* bei der Gründung von Unternehmen adressieren.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme:</p> <p><b>Füge ein von Zeile 40 bis 42:</b> "Wir fordern den Senat auf, ein Gründerinnen-Stipendium zu prüfen, dass sich an Gründungsteams richtet, die mehrheitlich aus Frauen oder intersexuellen, nicht-binären, lesbischen oder transgender-Personen bestehen (im Folgenden FLINT). Dieses Stipendium soll mit Beratungs- und Coachingangeboten kombiniert werden, die die spezifischen Hemmnisse von Frauen bei der Gründung von Unternehmen adressieren."</p>
<b>V-19: Verlässliche Bundesförderpolitik für eine starke und plurale Zivilgesellschaft! (von: Sebastian Walter u.a. (KV Tempelhof-Schöneberg))</b>			